

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Bierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereinar-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 20. Juni 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das Zuchthausgesetz vor den Schranken des Reichstags.

Vor wenigen Monaten war das Zuchthausurteil aus dem Löbtauer Prozeß auf der Anklagebank des Reichstags. Heute ist es das Zuchthausgesetz selbst. Zuchthausgesetz? Aber so will es ja nicht heißen. „Gesetz zum Schutze des Arbeitsverhältnisses!“

Niemals ist die deutsche Arbeiterwelt durch irgend ein Ereignis so bis in ihre innersten Tiefen aufgerüttelt worden, wie durch dieses Zuchthausgesetz. Selbst das Socialistengesetz hatte auch nicht annähernd so weite Kreise erbittert und empört. Und der Andrang zu den Tribünen des Reichstags war gestern weit größer als bei irgend einer der früheren Sitzungen dieser Session.

recht und die Arbeiterbewegung vernichten. Das wird aber nicht erreicht werden. Hunderttausende von Arbeitern, die uns bisher ferngeblieben, werden durch dieses Gesetz uns zugeführt, das sich gegen alle Arbeiter richtet, einerlei, welcher Partei sie angehören — mit diesem Gedanken leitete Bebel seine Rede ein, und zerpflückte, zermalmt über zwei Stunden lang das Zuchthausgesetz im allgemeinen und in seinen einzelnen Teilen — mitsamt der „Denkschrift“.

Bebel forderte zum Schluß die Verwerfung der Vorlage ohne Kommissionsberatung. Weitere Redner kamen nicht mehr zum Wort; Dienstag wird die Debatte fortgesetzt, deren schleunige Beendigung vor allem im Interesse der Regierung liegt, die solche Vorlage verteidigen muß.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Juni.

Der Anarchist Posadowski.

Wie in der Begründung der Zuchthausvorlage, so trieb auch gestern in der Verteidigungsrede des Grafen Posadowski das Recht auf individuelle Selbstbestimmung sein spähig. Wesen. Im Staate des Militarismus, der die blinde Unterwerfung unter draconische Zwangsgebote heischt, im Staate der Polizei, die jedes freie Wort an die Koppel legt, im Staate der Zwangsimmungen und Zwangsimpfungen, im Staate der Junker, die sogar das Recht der Freizügigkeit aufzuheben trachten, im Reiche Bobbielskis, der seinen Beamten bei Strafe die freie Vereinigung verbietet, bekennet sich der Vertreter der Regierungen zu den Grundfragen des Anarchismus, der die Freiheit des Einzelnen über die kulturelle Organisation der Gesamtheit stellt.

Zwangslage. Die regierenden Herren sind sich offenbar weder der Tragweite ihrer in der Rot proklamirten anarchisirenden Grundsätze bewußt geworden, noch des ganzen Glanzes ihrer Haltung. Zweierlei konnte man nur thun. Entweder erkannte man die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und die Kulturverdienste der Organisation an, dann hätte man statt der Zuchthausvorlage einen Gesetzentwurf über staatlichen Schutz der Arbeiterorganisationen vorlegen müssen. Oder aber man erklärte sich gegen die Koalitionsfreiheit mit allen ihren Folgerungen — dann durfte man einen Gesetzentwurf einbringen, der dieses Recht beseitigt. Die Regierung aber wagt weder das Eine noch das Andere; für die Koalitionsfreiheit eingutreten hindert sie die Rücksicht auf das Unternehmertum, unumwunden sich gegen dies Recht auszusprechen, unterläßt sie aus einem Rest von Kulturscheu. So wird nun versucht, die Gegensätze zu verkitten, die unversöhnlichen Widersprüche zu vereinen.

Diese Doppelmeinung aber ist viel kläglicher als selbst eine nackte Verwerfung der Koalitionsfreiheit sein würde. Die Kulturbedeutung der Streiks anerkennen, die Koalitionsfreiheit hervorheben und dabei alles thun, um die Möglichkeit eines Sieges zu vereiteln, das heißt die Arbeiter unter dem Schein eines formal ihnen gewährten Rechtes in Streiks hegen, um sie darin unkommen zu lassen; das heißt sie in einen Hinterhalt locken, an ihre Widersacher ausliefern, um ihnen den Kampf für immer zu verleißen. Indem Graf Posadowski zugab, daß die Arbeiter ein Recht, ja eine Kulturpflicht haben, um die Besserung ihrer Lage zu kämpfen, mußte er nach dem Gesetze der Logik die Interessen der Organisationen, die allein befähigt sind, solchen Kulturkampf siegreich durchzuführen, mit den Interessen des Staates für solidarisch erklären. Er aber that das Gegenteil, er identifizirte das Staatsinteresse mit der Unüberlegtheit der kulturfeindlichen Elemente. Und damit geriet er in jene zweideutige Stellung und setzte sich selbst dem schlimmsten Verdacht aus, die Zuchthausvorlage habe den Zweck, dadurch daß sie den Arbeitern die Erhaltung der Koalitionsfreiheit verpricht und ihnen zugleich eine erfolgreiche Durchführung von Streiks materiell unmöglich macht, die Kraft der emporsteigenden Arbeiterkraft durch Anreizung zu aussichtslosen Streiks zu zerstören.

Uebersicht - Politik.

Ein Kaiserbild in die deutsche Zukunft.

Bei Grundbittel, wo der Nord-Ostseeanal in die Elbe tritt, fand am Sonntag eine Segelregatta statt unter Weisheit des deutschen Kaisers. Bei dem darauffolgenden großen Diner hielt der Kaiser auf eine Ansprache des Hamburger Bürgermeisters Dr. Mönckeberg eine Rede, in der er seine Freude am Segelsport beklundete und eine Art Parallele zwischen diesem Sport und der Entwicklung der deutschen Seemacht zog. Aber der letzte Teil dieser Rede hat politische Bedeutung. Der Kaiser sagte:

„Meine Herren! Sie haben soeben gehört, und ich bin es Ihnen dankbar, daß Sie mit Freude und Anerkennung unserer Politik folgten. Es ist mein Grundsat, überall, wo ich kann, neue Punkte zu finden, an denen wir einsehen können, an denen in späteren Zeiten unsere Kinder und Enkel sich ausbauen und das zu Nutzen machen können, was wir ihnen erworben haben. Langsam nur hat das Verständnis für Wasser- und Seeweisen, für die Wichtigkeit des Meeres und seiner Beherrschung bei unseren Landesleuten Platz gegriffen; aber das Verständnis ist erwacht, und wenn einmal beim Deutschen keine Idee, ein Gedanke Funken gefangen hat, so wird selbiger auch bald zu lodender Flamme. So wird es auch hier sein. Das deutsche Volk ist wie ein edles Vollblutpferd, es bildet nicht, daß ihm einer an die Surten heranlumpt, sondern will seinen Platz vorne behaupten, und das ist mein Wunsch: Mögen wir mit unseren sämtlichen Bestrebungen und mögen Sie in Hamburg mit Ihren Gedanken und Ihren vorwärtsgehenden Bestrebungen an der Spitze marschieren wie bisher, darauf leere ich mein Glas!“

Das ist ein ganzes Programm kaiserlicher Zukunfts-Weltpolitik. Noch nie ist so deutlich gesagt worden, wohin diese Welt- und Uebersee-Politik zielt. Und darum sind noch niemals die schweren Fährlichkeiten dieser Politik so in helles Licht gesetzt worden, als durch diese Auslassung des Kaisers. Fast möchten wir dem deutschen Kaiser danken, daß es so gerade heraus verkinderte, wohin des Weges seine Politik marschieren will.

Überall auf dem Erdenrund, wo sich eine Möglichkeit findet, sollen „neue Punkte“ gefunden werden, „an denen wir einsehen können, an denen in späteren Zeiten unsere Kinder und Enkel sich ausbauen können“. Selbstam, höchst selbstam! Seit einem halben Menschenalter betreibt Deutschland diesen Anstieg nach „neuen Punkten“ und es hat deren allerlei ergriffen. Wir haben mächtige Landgebiete in Afrika erworben, wir nahmen Neu-Guinea und allerlei Inseln in dessen Nähe, wir „packeten“ neuerdings in China und unsere neueste Errungenschaft sind die Karolinen- und Marianen-Inseln, die Spanien nicht mehr brauchen konnte und kein anderer

Staat haben wollte. Von all diesen neuen Punkten deutscher Reichs-  
expansion aber ist auch kein einziger, auf dem für Kinder und Enkel  
ein wertvoller Ausbau möglich ist. Die Stimpfe Ostafrikas, die  
wasserlose Oede Südwestafrikas, die Fieberküste Guineas bieten auch  
für fernere Zukunft keine Aussicht für eine erfolgreichere Besiedelung  
für den Europäer. Das Hinterland von Kinaufschu aber ist, wo es  
nicht raues Gebirgsland ist, bevölkert und überbevölkert, nimmermehr  
ein brauchbar für die Kolonisation. Und die winzigen aller  
neuesten Punkte in der Südssee sind ruhige Punkte, schon wegen ihrer  
Winzigkeit belanglos.

Und doch sollen noch immer neuere Punkte gesucht werden.  
Wo irgend eine Inselbrocken, wo irgend ein Landstrich zu haben  
in den Weiten des Erdkrums, da sollen wir einsehen. Und in  
„Iobender Flamme“ soll die Begeisterung für diese Pläne empors-  
schlagen, damit Deutschland ja nicht hinter anderen Nationen  
zurückbleibe, sondern „seinen Platz voran“ behaupte.

Es bleibt ein Geheimnis des Kaisers, wie durch jenes Auffuchen  
neuer Punkte, durch das Festsetzen bald hier bald dort, durch  
hastendes Erwerben von allerlei Kolonialpartikeln deutsche Wohlfahrt  
gefördert werden könnte.

Dah nur das „edle Vollblutpferd“ bei diesem Ritt ins roman-  
tische Land der Uebersee-Eroberungen nicht schwer zu Falle komme  
und statt des „Plages vorn“ sich mit einem Platz weit hinten unter  
den Völkern wird begnügen müssen!

Auch wir wünschen, daß das deutsche Volk „vorn“ unter den  
Nationen schreite. Möge es die Fülle seiner Fähigkeiten nutzen, um  
innerlich zu erstarren an Wohlfahrt und Kultur, die dann hinausziehen und anderen Völkern mitteilen mag von  
ihrem Ueberfluß. Diesen „Platz vorn“ haben die großen  
Denker aller Zeiten dem deutschen Volk als Ziel gesetzt.

### Der Reichstag

beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung zunächst mit dem  
britischen Handelsabkommen, das noch zu einer langen Debatte  
führte. Der Agrarier erstand ein Helfer in der Person des  
Freiherrn v. Seyl, der nach seinem rollenwichtigen Seiten-  
sprung auf socialpolitischem Gebiet offenbar das Bedürfnis  
empfindet, sich bei den Strauß- und Schlotzjüngern wieder gut  
find zu machen. Herr v. Seyl beantragte, die Regierungsvor-  
lage bezuglich zu modifizieren, daß eventuell „Teile des britischen  
Reiches“ (Kolonien) ausgenommen werden könnten. Mit diesem  
Antrag zusammen wurde die Vorlage an eine Kommission  
geschickt, die ihre Aufgabe natürlich sehr rasch erledigen muß,  
wenn der Reichstag nicht noch beträchtlich länger zusammen-  
bleiben muß, als geplant war.

Die Debatte gab Anlaß zu einer kleinen diplomatischen  
Komödie. Eine Bemerkung über Samoa hat dem Herrn  
Staatssekretär für das Auswärtige: v. Villow die erwünschte  
und, wie hochhafte Leute verneinen — auch befehlte Gelegen-  
heit, dem Reichstag über die Lage der Dinge auf Samoa  
Mitteilungen zu machen, die wir schon vor etwa acht Tagen  
in Londoner Blättern gelesen haben — nur ohne die rhe-  
torische patriotische Schlussfloskel.

Ueber die Debatte, welche nun folgte: erste Beratung des  
Zuchthausgesetzes, berichten wir an anderer Stelle. Als  
heiterer Zwischenfall sei hier erwähnt, daß Herr v. Ballestrem,  
Erster Präsident des deutschen Reichstags, als gegen Schluß  
der Rede Posadowskys aus der Mitte des Hauses ein lautes  
Pfeifen ertönte, mit Pathos ausrief: „Ich muß sagen,  
daß der Ruf Pfeif nicht parlamentarisch ist“, welches  
Wort einen Sturm der Heiterkeit entfesselte, dessen  
Ursache der Urheber des famosen Bismarck-Pfeif,  
erst hintennach begriff — was die Heiterkeit natürlich noch  
steigerte.

Morgen Fortsetzung der Debatte über das Zuchthaus-  
gesetz. Ob sie morgen beendet werden wird, ist sehr die  
Frage. Jedenfalls ist es nach dem gestrigen Beschluß in  
Sachen des britischen Handelsabkommens und bei dem  
Sinausziehen der Verhandlungen in den spanischen Cortes  
über den Karolinen-Verkauf nicht möglich, daß der Reichstag  
schon Mittwoch in die Vertagungsferien gehen kann.

### Abgeordnetenhaus

Das Abgeordnetenhaus nahm heute den Gesetzentwurf betr. die  
Anstellung und Verlozung der Kommunalbeamten in dritter  
Lesung unverändert an und beriet sodann den Antrag Langerhans  
(fr. Bsp.) betr. Aufhebung der Verpflichtung der bürgerlichen Gemeinden  
bezüglich der Pfarr- u. Kirchenbauten. Es handelt sich hier um  
einen Antrag, der besonders für die Stadt Berlin von hoher Bedeutung  
ist. Nach der Konstitutionsordnung von 1878 ist die Stadt Berlin  
verpflichtet, für die evangelische Bevölkerung Kirchen zu bauen, und  
diese Verordnungen über die Zuständigkeit entschieden hat, noch  
heute gültig. In den letzten Jahren hat die Stadt für evangelische  
Kirchenbauten fast 1 1/2 Millionen Mark zahlen müssen, zu  
welcher Summe alle Steuerzahler, gleichviel welcher Konfession sie  
angehören, beisteuern müssen. Bereits im vorigen Jahre hatte  
das Abgeordnetenhaus den Antrag Langerhans auf Aufhebung der  
Konstitutionsverordnung angenommen, das Herrenhaus aber ist diesem  
Beschlusse nicht beigetreten. In seiner heutigen Sitzung beschloß das  
Abgeordnetenhaus nach längerer Debatte, dem Antrage seiner  
Kommission entsprechend, den Antrag Langerhans abzu-  
lehnen.

An eine Kommission verwies das Haus sodann noch den Antrag  
Graf Kanitz (l.), wonach bei Bildung von Rentengütern die  
Bestimmungen über die Zuständigkeit und das Verfahren bei  
Genehmigung neuer Anstellungen unberührt bleiben sollen, nament-  
lich auch die Bestimmungen über die Verteilung der öffentlichen  
Lasten bei Grundstücks-Verteilungen und bei Gründung neuer An-  
siedlungen.

Morgen: Karfreitagvorlage.

### Deutsches Reich

Ein Invalide des Freisins. Herr Reinhard Schmidt,  
der zweite Vizepräsident des Reichstages und Vor-  
sitzende der Kommission des Invaliditätsversicherungsgesetzentwurfs,  
hat die Annahme dieses Gesetzes mit einem solennen Festmahle  
gefeiert.

In dem reichgeschmückten Speisesaale des Savoy-Hotels ver-  
sammelten sich unter Vorhitz des Herrn Schmidt die in der Kom-  
mission thätig gewesenen Regierungsvizepräsidenten sowie die Kommissions-  
mitglieder — mit Ausnahme der Socialdemokraten, welche vermutlich  
in Rücksicht auf den Grafen v. Posadowsky nicht eingeladen waren.  
Vielleicht fürchtete der Herr Graf, daß ein socialdemokratischer Ab-  
geordneter mit einer roten Kravatte erscheinen konnte. Das Fest soll  
sehr angenehm verlaufen sein. Das Verbrüderungsmahl begann  
und endete bei schäumendem Sekt, welcher verschiedene Reden zu  
Tage förderte. Als wertvolle und dauernde Erinnerung an diesen  
Abschluß der Kommissionsarbeit wurde die ganze Tafelrunde photo-  
graphiert, und hierzu der Moment gewählt, in welchem die Gesell-  
schaft mit erhobenen Gläsern den glücklichen Abschluß ihrer Kom-  
missionsthätigkeit feierte. Herr Schmidt will jedem seiner Kollegen  
ein Exemplar dieser Photographie verehren.

So mußte auch das Gesetz der Arbeitsinvaliden die Staats-  
männliche Invalidität des Reinhard Schmidtschen Freisins bezeugen.

Vielleicht setzt die freisinnige Partei dem Vizepräsidenten die gebührende  
Rente aus, da er nicht mehr im Stande ist, das erforderliche Drittel  
freisinniger Erwerbthätigkeit auszuüben.

### Landrätliche Wahlprüfung.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat die Wahl  
des konservativen Abgeordneten Dietrich für den Wahlkreis  
Muppig-Teuplin beantragt. Die Beantragung erfolgte  
vornehmlich, weil Saisonarbeitern, Schiffen und Ziegeln  
in verschiedenen Orten die Aufnahme in die Wählerliste verweigert  
worden war. Nach dem Wahlprotest des socialdemokratischen Wahl-  
komitees in Neu-Muppig hatte der Amtsvorsteher Sommer in Camp  
bei Jechenid auch geäußert, daß die Nichtaufnahme auf An-  
weisung des Landrats von Arnim geschah. Der Bericht  
der Wahlprüfungs-Kommission sagt zu diesem Protestpunkt:

„Die Erklärung des Amtsvorstehers Sommer, daß die Nicht-  
aufnahme der Lipper und Polen auf eine Verfügung des Land-  
rats v. Arnim zurückzuführen sei, ist bei diesem Punkt des Pro-  
testes besonders in Betracht gezogen worden. Denn, ist einmal  
eine solche gesetzwidrige Verfügung von dem Landrat  
v. Arnim erlassen, so folgt daraus, daß die an mehreren  
Orten des Kreises verweigerte Aufnahme von Wander- und  
Saisonarbeitern in die Wählerliste systematisch betrieben  
worden ist. Und das fällt hier in diesem Wahlkreise um so  
schwerer ins Gewicht, als Arbeiter in außerordentlich  
hoher Zahl — wenn die Angaben des Protestes richtig sind,  
circa 1000 — von dieser Maßregel betroffen worden sind. Das  
muß besonders beim Resultat der Wahl berücksichtigt werden;  
denn wenn diese Arbeiter alle hätten wählen können, dann war  
die Möglichkeit gegeben, daß statt Gräbner, welcher nach  
dem amtlichen Wahlergebnis nur 296 Stimmen mehr erhalten  
hatte als Apelt, letzterer in die Stichwahl gekommen wäre.“

Im ersten Wahlgang hatten nämlich die Konservativen 8084,  
der freisinnige Pfarrer Gräbner 4488, der Socialdemokrat Apelt  
4170, ein antisemitischer Kandidat 1214 Stimmen erhalten; in der  
Stichwahl siegte Dietrich mit 10 292 gegen 9041 Stimmen.

Die Wahlprüfungs-Kommission hat amtliche und eidlische Ver-  
nehmungen beschlossen über die Richtigkeit der Protestbehauptungen.  
Wir sind nun in der Lage, den Beweis für dieses systematisch  
betriebene gesetzwidrige Handeln des Landrats schon jetzt zu erbringen.  
Folgendes Attestiert giebt vollen Ausschluß:

Der Landrat  
des Kreises Teuplin.

Zur Vermeidung von Beschwerden und Weitläufigkeiten werden  
die Herren Gemeinde- und Ortsvorsteher darauf hingewiesen, daß  
in die demnächst aufzustellende Wählerliste für die bevorstehende  
Reichstagswahl nur diejenigen Wahlberechtigten aufzunehmen sind,  
welche in dem Gemeinde- und Kreisbezirk ihren Wohnsitz haben.  
Bei Aufnahme der während der Sommermonate vorübergehend als  
Zielerbeiter oder Schmittler im Kreise befristeten Personen ist  
in jedem einzelnen Falle zu prüfen, ob der betreffende Arbeiter außerhalb  
des Ortes, in welchem seine zeitliche Arbeitsstätte sich befindet, eine  
besondere Wohnung hat oder nicht. Im ersten Falle sind die  
Arbeiter nicht in die Wählerliste aufzunehmen, im anderen Falle  
hat ihre Aufnahme in die Wählerliste erst dann zu erfolgen, wenn  
der Herr Gemeinde- und Ortsvorsteher sich durch Vorlegung einer  
polizeilichen Abmeldebesccheinigung davon Ueberzeugung verschafft hat,  
daß der betreffende Arbeiter seinen früheren Wohnsitz (Wohn- und  
Aufenthaltort) aufgegeben hat. In zweifelhaften Fällen ist meine  
Entscheidung einzuholen.

An die Herren Gemeinde- und Ortsvorsteher des Kreises,  
Kreiskreissekretär.  
Hiermit ist der Beweis für die Richtigkeit des Protestes im  
weitesten Maße erbracht. Die Wahlprüfungs-Kommission wird die  
Ungültigkeit der Wahl des Abg. Dietrich aussprechen.

### „Germania“-Märchen.

Auf unsere Abfertigung, die wir in unserer Sonnabend-Knummer  
der „Germania“ zu Theil werden ließen, weiß das Centralblatt  
nur folgendes zu sagen:

„Den socialdemokratischen Terrorismus gegenüber unorganisierten  
oder nicht-socialdemokratisch organisierten Arbeitern, wovon  
wir wiederholt unter Anführung von Einzelfällen berichtet,  
bemüht sich der „Vorwärts“ als „Märchen“ der „Germania“  
abzutun. Wir haben aber in jedem Einzelfalle den  
Nachweis erbracht, daß es sich dabei nicht um Streikbrecher  
oder um Gesellen handelte, welche eine Koalition mit den  
übrigen Arbeitgenossen verweigert oder zu einem niedrigeren  
Lohnsätze die Arbeit aufgenommen hätten, und dann — schwierig  
der „Vorwärts“ zählt der „Vorwärts“ sich und seine  
„Genossen“ ganz rein von socialdemokratischem  
Terrorismus, und glaubt er einen unüberlegbaren  
Nachweis führen zu können, daß auch die Denkschrift in  
dieser Hinsicht Unrichtigkeiten enthält, so wird er ja unserem  
Vorschlage, eine parlamentarische Enquete darüber  
zu veranstalten, um ein unanfechtbares Beweis-  
material zu beschaffen, gewiß keinen Widerspruch ent-  
gegensetzen.“

Demgegenüber stellen wir fest, daß die „Germania“ es war, die  
sich in allgemeinen Nebensätzen erging, ohne bestimmte  
Einzelfälle anzuführen, während dem wir mehrere solcher Fälle  
klar gelegt und nachgewiesen haben, daß die Anlagen der „Germania“  
ceteris paribus sind. Weber jetzt, noch auf dieselben Angriffe, welche  
das Blatt im Herbst 1898 gegen uns machte, haben wir ge-  
antwortet, sondern die „Germania“, die zuletzt, in die Enge  
getrieben, nur noch nach Art der „Post“ auf die „Arbeiterführer“,  
welche die „Arbeitergroßen“ verpöhlen, schimpfte, zum Schweigen  
gebracht.

Was nun die parlamentarische Enquete anlangt, die die  
„Germania“ empfiehlt, so fürchten wir uns vor dieser nicht. Bei  
grundständiger Ablehnung der Vorlage hätten wir im übrigen nichts  
gegen eine objektive parlamentarische Enquete —  
wenn nun einmal Untersuchungen über den angeblichen „Terrorismus“  
der Arbeiter angestellt werden müssen — einzuwenden gehabt.  
Jedenfalls würde dadurch das „Material“ der Denkschrift in eine  
andere Beleuchtung gerückt werden.

Ueber das Thema „Zuchthaus-Gesetz“ darf nicht gesprochen  
werden. Der Karlsruher nationalliberale Stadtrat duldet  
nicht. Die man uns aus Baden berichtet, zog der Oberbürger-  
meister der badischen Residenz im Auftrag des Magistrats die erteilte  
Erlaubnis zur Benutzung der Festhalle zurück. Es hat die  
nationalliberalen Schloßhölzer auf dem Rathause empört, daß  
in der Einladung zu der für Mittwochabend anberaumten  
Protestversammlung das Stichwort „Zuchthaus“ doch zu  
Tage trat, wiewohl man es behördlich in diesem Zusammenhang  
verwünscht hatte. Die aus dem kommunalen Versammlungssaal  
ausgewiesenen Arbeiter zogen nach dem Reichshallentheater-Saal.  
Die Stimmung hob sich durch die so entfachte, wirksame Agitation  
des Oberbürgermeisters Schaepler um so mehr und der Protest  
gegen die freilebenden Stadträte reichte sich würdig dem Verdikt  
über die „Zuchthausvorlage“ an.

Vom Terrorismus des Königs Stumm. König Stumm  
hatte vor kurzem durch Anschlag am Schwarzen Brett seiner Werke  
den Arbeitern unter Androhung der Abschiebung verboten, in dem Lokal  
zu verkehren, worin eine Maurerverammlung zur Beratung an die  
Unternehmer zu stellenen Lohnforderungen getagt hatte. Dieser  
Tage fanden die Stummischen Arbeiter wiederum einen Anschlag am  
Schwarzen Brett, und zwar, wie wir der „Trierischen Landeszeitung“  
entnehmen, folgendes Wortlauts:

„Das in dem Anschlag vom 19. Mai d. J. ergangene Verbot,  
betreffend den Besuch der Johann Herrmannschen Wirtschaft am  
oberen Marktplatz, wird hierdurch aufgehoben, nachdem der Wirt  
Herrmann verprochen hat, in Zukunft sein Lokal zum Abhalten  
socialdemokratischer Versammlungen nicht mehr hergeben zu wollen.“  
Der Wirt hat sich befehrt; er wird von Sr. Gnaden, dem Herrn

von Stumm wieder in die Reihe der Ordnungsbreite gestellt. So  
schloß der Gewaltige vom Halberg zufrieden und staatsbehaltenden  
Sinn.

Von allerlei „Kompensationen“ für den Kanalbau erfährt  
die „Nationalliberale Korresp.“ von „besehrter Seite“, was wohl  
heißt soll, aus dem in anderen Fragen befreundeten  
Lager der Konservativen. Diese sogenannten Kompen-  
sationsforderungen, gegen welche man agrarischerseits mit sich reden  
lassen und die nötige Anzahl Landräte dispensieren würde, sollen sich  
schon jetzt auf etwa eine halbe Milliarde Mark belaufen.  
Weiter verlautet aus derselben Quelle, daß die geplanten Forde-  
rungen sich keineswegs mit Verlehrsverweiterungen und „Erlächte-  
rungen“ begnügen, sondern sich auch auf Dinge erstrecken wie  
Schulsubventionen und Provinzialdotationen und  
anderes mehr, was ordnungsgemäß je nach dem Verhältnis und den  
Mitteln des Staates im Wege des Etats für die verschiedenen Ver-  
waltungen zu erledigen wäre. — Auch die Polen wollen mit  
Kompensationsanträgen kommen.

Wenn die Regierung sich auf die Verquickung dieser Dinge mit  
der Kanalvorlage einläßt, dann dürfte vielleicht aus den bisherigen  
Kanalstreitigkeiten eine Majorität gegen den Kanal zu Stande  
kommen.

Ein „Deutscher Bund für Handel und Gewerbe“ wurde  
am Montag in Leipzig begründet. Derselbe bezweckt die „Ver-  
stärkung von Auswärtigen im Handel und Gewerbe und die Hebung  
des Handels und Gewerbes“. An den Kaiser, König Albert, sowie  
an den Reichskanzler und den Finanzminister v. Biquel wurden  
Telegramme gesandt.

### Friedliches aus dem Haag.

Der deutsche Delegierte Professor Dr. Zorn hat sich  
nach einer längeren Besprechung mit dem Grafen Münster nach  
Berlin begeben. Es verlautet, er werde dort über die Stellung  
der Konferenz zum Schiedsgericht einen mündlichen Bericht erstatten.  
In dieser Frage ist in den letzten Tagen der Versuch gemacht  
worden, die Möglichkeit einer Verständigung durch einen neuen Vor-  
schlag zu finden, der dahin geht, im Haag ein Bureau mit be-  
schränktem Befugnissen einzurichten, welches nicht die Autorität  
der eigentlichen Vertreter der Mächte besitzt. Dieses Bureau  
würde im Falle eines Konfliktes zwischen zwei Mächten und auf  
Wunsch dieser Mächte verpflichtet sein, ein Schiedsgericht zur Ab-  
urteilung der Streitigkeiten zu berufen. Es würde also kein  
ständiges Schiedsgericht bestehen. Man werde ein Ver-  
fahren festlegen, welches innegehalten werden müsse, um vor-  
kommendenfalls das Schiedsgericht zu bilden. Dieses Gericht  
werde in jedem Falle fakultativ sein. Es sei aller Grund zu der  
Annahme vorhanden, daß die übrigen Mächte, wenn die Antwort  
Deutschlands günstig laute, eingeschlossen seien, diesen neuen Vorschlag  
als Grundlage der Unterhandlungen anzunehmen.

London, 19. Juni. Die „Daily News“ erfährt aus dem  
Haag: In Begleitung des nach Berlin gereisten Professors Zorn  
soll sich der diesem befreundete amerikanische Delegierte  
Hollis befinden. Beide sollen dem Kaiser Kompromiß-Vor-  
schläge vorlegen. Falls der Kaiser dieselben ablehnt, soll Hollis  
ihn auf den bedauerndsten Eindruck in der civilisierten Welt auf-  
merksam machen und den religiösen Hebel einsetzen. Falls  
der Kaiser sich dennoch weigert, ein obligatorisches Schieds-  
gericht anzunehmen, soll er aufgefordert werden, die Konvention be-  
züglich des Schiedsgerichts unter Reserve zu zeichnen und sich  
nur zu verpflichten, eventuell das Verfahren der Haager Konferenz  
anzunehmen.

Der „Standard“ schreibt: Wir können wirklich über die  
Haltung Deutschlands bezüglich des Schiedsgerichts nicht überrascht  
sein. Schiedsrichter sind leicht gefunden in Fällen, in denen sich  
schonmedes eine friedliche Erledigung leicht erreichen läßt, aber ernste  
Streitigkeiten, bei denen die Interessen der nationalen Ehre in Frage  
kommen, lassen sich nicht oft in solcher Weise behandeln.

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

Massendemonstration der Wiener Arbeiter.  
Am Sonntag fanden in allen Bezirken, von der inneren Stadt  
bis zu den entlegensten Bezirken, socialdemokratische  
Versammlungen, im ganzen 56 an der Zahl, statt, die zu-  
sammen von mehr als 15 000 Arbeitern besucht waren, in  
denen ein scharfer Protest gegen Zuegers neue  
Gemeindevahlordnung, wodurch die Arbeiter des Wahl-  
rechts beraubt werden, beschloffen wurde. Ingleich wurde die Regierung  
aufgefordert, die Wahlordnung nicht zur Sanktionierung vorzulegen,  
widrigenfalls die Arbeiter Wiens die Regierung für alle Folgen ver-  
antwortlich machen.

Alle Redner sprachen auf das heftigste gegen Zueger, weil er  
vorgefesselt im Gemeinderat die Socialdemokraten Duben genannt  
hatte. Zwei Versammlungen wurden wegen der Angriffe auf den  
Bürgermeister aufgelöst. — Nur in dem Bezirk Meidling kamen noch  
Schluß der Versammlung Konflikte mit der Polizei vor, da die Ar-  
beiter vor das Haus des verhassten Antisemitenführers Schreiber  
ziehen wollten. Zehn Arbeiter wurden verhaftet. Für nächsten  
Sonntag ist ein großer Arbeiterzug durch die Stadt be-  
absichtigt.

#### Frankreich.

#### Auch Waldeck-Roussseau.

dem alten, allgemein geachteten Republikaner, ist es bisher nicht ge-  
lungen, ein Ministerium zu Stande zu bringen. Allerdings hat er  
am Montagvormittag dem Präsidenten die Forderung aus-  
gesprochen, daß die von ihm angeführten Verhandlungen zu  
einem günstigen Ergebnis führen würden. Uebertrauen muß  
es, daß Waldeck-Roussseau tatsächlich versucht hat, den früheren  
Präsidenten der Republik Casimir Perier als Kriegsminister  
ins Kabinett zu ziehen. Waldeck-Roussseau soll ihm ausbeinander-  
gesetzt haben, daß er, Perier, die größte Autorität gegenüber den  
Generalen besitze, um die Krone eines sich unter denselben geltend  
machenden gereizten Gefühls zu erlösen. Casimir Perier  
wachte dagegen ein, daß er sich dem politischen Leben zurückgezogen  
habe, um nicht mehr in dasselbe zurückzukehren, und lehnte später  
bestimmt ab.

Die meisten Blätter sprechen ihre Zustimmung zu der Ver-  
dringung Waldeck-Roussseau und zugleich die Ueberzeugung aus,  
daß es ihm gelingen werde, ein Kabinett zu bilden. Die Socia-  
listen versprechen ihm ihre Unterstützung, wogegen die anti-  
revisionistischen Blätter deutlich ihrer Enttäuschung Ausdruck geben  
und meinen, man werde auf diese Weise nicht zu einer Verdringung  
der Geister gelangen. Die einzigen Namen, welche noch in den  
Vordergrund treten, sind die von Delcassé und dem  
Socialisten Millerand. Gegen des letzteren Eintritt ins  
Ministerium soll jedoch der Senat eingenommen sein. Mille-  
rand würde für den Posten des Justizministers in Betracht  
kommen.

Wie stark sich die Monarchisten, Nationalisten etc. eben wieder  
fühlen, und was sie sich trotz der Schläge, die sie in der letzten Zeit ge-  
troffen haben, glauben erlauben zu dürfen, das zeigt eine hochpolitische  
Rede des Majors Marchand, der in Paris über die Wahlen gefeiert  
worden ist und der jetzt selbst caesaristische Anwendungen zu haben  
scheint. „Ich hätte“, sagte er, „geru noch länger mein  
bisheriges strenges Schweigen beobachtet, da ich doch nicht  
sagen darf, was meine Partei schwelt, ich muß aber  
endlich meinen Dank für mein angebetetes Frankreich aus-  
sprechen, das in einem ungeheuren Jura seine vaterländische Lebens-  
fülle, seinen Glauben, sein Vertrauen zum Heer ausdrücken  
wollte. Dieser große tröstliche Schrei richtete die gestreuten  
Stirnen auf und vereinigte Herzen um den Altar des Vaterlandes.“

Was wir im Geheimen fühlen, das wissen wir. Aber französische Offiziere lassen ihrem Pflichtgefühl den Vortritt vor ihren geheimen Empfindungen, und die Pflicht fordert, die Regierung und die Einrichtungen, die Frankreich sich gegeben hat, zu unterstützen. Seien wir eilig, wenn auswärtige Fragen obwalten!

Das ist ungefähr der Ton Boulanger's und es sind dieselben Phrasen, mit denen in Frankreich Thronpräsidenten und ihre Entrepreneurs von jeher begonnen haben. Später werden sie dann deutlicher.

### Italien.

In der italienischen Deputiertenkammer ist es am Sonntag wieder zu heftigen Auftritten gekommen. Die Sozialisten Ferri und Genossen besprachen, daß die Sitzung zu Recht einberufen sei, da der Schluß der gestrigen Sitzung ergeben habe, daß das Haus nicht beschlußfähig war. Der Präsident legt demgegenüber dar, daß die Sitzung ordnungsmäßig einberufen sei, da die Kammer in dem Augenblick, wo beschlossen wurde, am Sonntag eine Sitzung abzuhalten, beschlußfähig war. Ferri und Genossen bringen hierauf einen Antrag ein, welcher die Sitzung für illegal erklärt, und verlangen namentliche Abstimmung. Da die Abstimmung ergiebt, daß die Deputierten nicht in beschlußfähiger Zahl anwesend sind, wird die Sitzung aufgehoben.

### Türkei.

Der serbisch-südslawische Grenzkonflikt. Als Antwort auf die Note der Porte über die Grenzverhältnisse bei Jablanica richtete die serbische Regierung ebenfalls eine Note an die Porte, in welcher an die zahlreichen serbischen Koten der letzten Zeit sowie an die fortwährenden Gewaltthaten im Vilajet Kossowo erinnert und erklärt wird, der Einbruch an der Grenze vom 14. d. M. sei viel empfindlicher Natur gewesen, da sich auch Soldaten beteiligten. Ferner wird betont, die serbische Regierung habe wirksame Maßnahmen zu treffen beschloffen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten; sie hoffe, die Porte werde durch energische Maßnahmen dem Zustande ein Ende bereiten, der mit den zwischen den beiden Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen nicht zu vereinbaren sei.

### Asien.

Italien in China. Den „Times“ wird aus Schanghai gemeldet, der Gouverneur von Tscheiang habe, wie er selbst telegraphiert, vom Tsung-li-Hamen die Mitteilung erhalten, daß eine besiedelnde Regelung der italienischen Forderungen bevorstehe; doch sei die Meldung bis jetzt nicht bestätigt worden. In den Kreisen der einheimischen Beamten in Schanghai, melden die „Times“ weiter, sei man allgemein der Ansicht, daß die Kriegsvorbereitungen der Kaiserin Italien sowohl wie den übrigen Mächten Besorgnis eingeflößt haben.

### Afrika.

Die Nisländer in der Südafrikanischen Republik. In Pretoria hat die angekündigte Versammlung der Bürger unter Beteiligung von 4000 Personen stattgefunden. Die Versammlung nahm Beschlüsse an, die die Vor schläge des Präsidenten billigen und erklären, daß dieselben angesichts der vielen feindseligen fremden Elemente im Lande so liberal seien, als ohne Gefährdung der Sicherheit zugestanden werden konnte. Die Versammlung war einhellig dafür, daß keine weiteren Zugeständnisse gemacht werden dürfen.

Der „Times“ wird aus Johannesburg telegraphiert, die Annahme, daß der Gesepentwurf, betreffend das Wahlrecht, gegenüber den vom Präsidenten Krüger in Wormfontein gemachten Vorschlägen eine Verbesserung bedeute, sei nicht richtig. Es komme vielmehr auf dasselbe heraus. Die allgemeine Auffassung sei die, das Gesetz sei so gefaßt, daß die „echten Nisländer“ ausgeschlossen bleiben.

### Amerika.

Die Nordamerikaner auf den Philippinen. New York, 15. Juni. Große Verstärkung hat die Meldung hervorgerufen, daß die Brigade des Generals Arthur, welche schon seit mehreren Wochen jede Thätigkeit eingestellt hat, statt ihrer normalen Stärke von 7500 Mann nur noch 600 Mann kampffähiger Soldaten zählt, die jedoch fast ausschließlich zum Versehen des Nachts, Logareit- und Verpflegungsbedienstet gebraucht werden.

## Reichstag.

(Schluß aus der 1. Sitzung.)

Abg. Debel (Soz.):

Nun einige Worte über die geplanten Verschärfungen. Beim 180er Antrage der Regierung hatten wir es mit einem einzigen, allerdings sehr gefährlichen Paragraphen zu thun, hier aber mit einem Bündel von 10 Paragraphen, die, wenn sie Gesetz werden sollten, die Koalitionsfreiheit völlig vernichten. (Sehr richtig! h. d. Soc.) Der Staatssekretär behauptet, wir forderten Körperlichen Zwang, Ehrverletzung und Berufsverletzung, während wir läßtlich sein und hätten damit unseren 1803er eingemommenen Standpunkt verlassen. Nun, unsere Absicht war damals in erster Linie, zu bewirken, daß auch die Unternehmer getroffen werden sollten; also eine ganz andere, als der Herr Staatssekretär uns unterstellt hat.

Bezüglich der letzten Absätze des § 4, der ausdrücklich die Zulässigkeit der schwarzen Liste ausspricht, sagte der Herr Staatssekretär, auch den Arbeitern stehe das Recht zu, ihre Genossen aufzufordern, in den von den Betrieben nicht zu arbeiten. (Zuruf des Grafen Posadowsky.) Herr Staatssekretär, wir können an die Unparteilichkeit Ihrer Berichte nicht glauben und können kein Vertrauen dazu haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Würde dieser Entwurf Gesetz, so würde einer der ersten, der gepacht werden müßte — Herr v. Podbielski sein, der Staatssekretär für das Reichs-Postamt (Große Heiterkeit); indessen sollte er auch wirklich angefaßt werden, so wird doch das Gericht mit Leichtigkeit mildernde Umstände entdecken; er wird höchstens zu 1000 M. verurteilt, die ihm alsdann aus der Reichskasse ersetzt werden. Der Herr Staatssekretär behauptet, die schwarzen Listen treffen nur die sogenannten Agitatoren und Heher. Allein auch alte Arbeiter kommen, wenn sie in den Streit treten, auf die schwarze Liste. Bei dem hiesigen Maurerstreik sehen wir es ja; wir sehen ferner, wie die soziale Macht des Unternehmertums den einzelnen Unternehmer der anderer Ansicht ist, einfach zwingt, der Mehrheit sich zu beugen. Der Herr Staatssekretär sagt: da werden tausende von Arbeitern gezwungen, sich nicht beschäftigen zu lassen — nun, blide er doch auf die Arbeitgeber im Maurergewerbe, die durch ganz Deutschland eine Ausbreitung fertig zu bringen versuchen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber natürlich! Die schwarzen Listen sind nicht strafbar! Aber wenn ein Arbeiterblatt anfordert, Zugang ist fernzuhalten, dann ist das Drohung und Berufsverletzung, die bestraft werden muß!

Der § 5 zeigt Arbeitswillige in eine Linie mit regierenden Hauptern; indem Verfolgung ihrer „Beleidiger“ auch ohne Antrag eintritt. Eine ungeheuerliche Bestimmung enthält § 7, welcher Zusammenrottungen mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bedroht. Meine Herren, die heute wiederholte und bereits in den Motiven enthaltene Erklärung, das Koalitionsrecht solle nicht angetastet werden, hat nicht verfehlt, ein komisches Gelächter bei den deutschen Arbeitern wachzurufen. Die Koalitionsfreiheit in diesem Gesetz, d. h. ungefähr dasselbe wie 1849 die Pressfreiheit mit dem Galgen daneben, hier die Koalitionsfreiheit und die Zuschlagsstrafe daneben, koalieren dürft Ihr Euch, macht Ihr aber Gebrauch davon, so werdet Ihr mit 10 und soviel Gefängnis bestraft.

Diejenigen, die gegen diese Vorlage stimmen, hat der Staatssekretär angefordert, zu beweisen, daß die bestehenden Vorschriften genügen. Dieser Beweis wird uns, glaube ich, sehr leicht werden. § 153 kommt ja nur in Anwendung, soweit kein schwererer Paragraph in Anwendung kommt, indeß läßt sich nicht

bestreiten, daß die Praxis der Richter gerade bei Streiks und dergleichen, eine Interpretation gefunden hat und Strafen verhängt hat, daß man sagen muß: es ist zum Teil entleglich. Was kommen nicht Alles für Strafbestimmungen in Betracht. Zunächst der Ungehorsam gegen das Gesetz und Aufreizung zum Ungehorsam gegen von der Obrigkeit getroffene Anordnungen: Gefängnis bis zu 2 Jahren; dann Widerstand gegen Beamte: 14 Tage bis 2 Jahre Gefängnis. Zusammenrottungen: Gefängnis unter 6 Monaten bis 5 Jahren, Mädelstörer: mit Zuschlagsstrafe bis zu 10 Jahren. Dann Hausfriedensbruch: bis zu 3 Monaten Gefängnis, Zusammenrottungen in der Absicht, Gewaltthätigkeiten gegen Personen oder Sachen zu begehen: Strafe von einem Monat bis 2 Jahren Gefängnis. Landfriedensbruch: Gefängnis nicht unter 3 Monaten. Erregung von Klassenhaß, Bedrohung des öffentlichen Friedens: Gefängnis bis zu 3 Jahren, weiter Beleidigung, leichte und schwere Körperverletzung, Rötigung, Bedrohung mit einem Verbrechen, Erpressung, Sachbeschädigung, endlich der große Unfugparagraph, der angewendet wird, wenn man überhaupt keinen anderen mehr anwenden kann.

Also ich meine, nach dieser Wäthenlese könnte man sich wahrhaftig damit begnügen, was heute bereits Rechts ist. Sie finden ja auf Seite 5 der Regierungsvorlage nicht allein die Bestrafungen angeführt, die in den Jahren 1892—97 auf Grund des § 153 von deutschen Gerichten erkannt worden sind, sondern Sie finden auch weiter eine große Statistik, wo ein großer Teil derjenigen Paragraphen mit hineingezeichnet worden ist, die ich Ihnen eben vorgelesen habe. Bleiben wir zunächst bei § 153. Da hat sich die Zahl der Verurteilten allmählich von 174 auf 264 vermehrt. Die Steigerung soll beweisen, daß § 153 nicht mehr ausreicht. Die Beweisführung der Regierung ist aber sehr mangelhaft. Eine richtige Uebersicht kann doch nicht erlangt werden, wenn man weiß, wie viel Streiks stattgefunden haben, wie viel Arbeiter daran beteiligt waren und wie lange gestreikt worden ist. Von 1892—1897 sind nach der Statistik der verschiedenen Regierungen im ganzen 758 Personen auf Grund des § 153 verurteilt worden. (Hört! hört! links.) Nun haben in diesen Zeiträumen in 180 verschiedenen Gewerben 1585 Streiks stattgefunden. Daran beteiligten sich 235 665 Arbeiter. Die Dauer der Streiks beläuft sich im ganzen auf 6828 Wochen. Auf 10 000 Streikende sind nur 3,6 mit dem § 153 in Konflikt geraten (Hört! hört! links), eine außerordentlich geringe Zahl, wie sie kaum bei einem anderen Vergehen und bei einer anderen Klasse vorgebracht werden könnte. Von diesen 264 Personen sind zwei mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden, 218 mit weniger als einem Monat und nur 34 mit höheren Strafen. Dabei ist die Praxis unserer Gerichte gerade jetzt bedeutend schärfer in Bezug auf diese Vergehen als früher. Trotzdem konnte das Höchstmäß nur in zwei Fällen erreicht werden. Die Motive der Vorlage sprechen dann von frivolem Streik. Wer entscheidet denn, ob ein Streik frivol ist? Von 857 Angriffsstreiks in den letzten sechs Jahren sind 440 voll, 245 wenigstens teilweise gewonnen worden, so daß nur 163 davon keinen Erfolg hatten. Umgekehrt ist das Verhältnis bei den Abwehrstreiks, da haben die Arbeiter, die doch provoziert werden sind, nahezu in der Mehrheit der Fälle verloren. Ob die Streiks aber erfolgreich waren oder nicht, das hängt nicht damit zusammen ob sie frivol waren oder nicht. Die ganze Strafstatistik der Vorlage ist aber unbrauchbar, denn sie enthält die Strafen, die die gesamte strafmündige Bevölkerung Deutschlands erhalten hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man da einen Vergleich ziehen mit den streikenden Arbeitern. Diese Statistik ist in ebenso leichtfertiger Weise aufgestellt, wie bei der verflochtenen Umsturzworlage. Ich kann mir das nur so erklären, daß der arme Geheimrat à tout prix etwas zusammenbringen mußte. (Zustimmung links.) Auf Grund dieser wertlosen nichtsagenden, völlig unbrauchbaren Statistik erzählt dann die Vorlage von den mehrfachen Verschlimpungen, Beleidigungen, Drohungen, Gewaltthätigkeiten, Revolverentaten etc. Wenn ein Ausländer die Motive liest, muß er denken, es giebt für alle diese Dinge bei uns keine Strafen. Aber ich habe Ihnen vorhin die lange Liste der Bestrafungen vorgelesen und es ist Thatsache, daß die Gerichte alle die hier aufgeführten Dinge ohne Ausnahme sehr schwer bestrafen.

Dabei wird von den organisierten Arbeitern immer der Versuch gemacht auf friedliche Vellezung. Es ist nicht wahr, was aus der Vorlage und aus den heutigen Reden der Herren von Regierungstisch hervorleuchtet, daß die Streiks in frivolster Weise nur im Partei-Interesse vom Jaume gebrochen werden. Ich bitte mir erst den Nachweis zu führen, daß ich unrecht habe. Es wird nicht gelingen. Vor allem ist es eine Uebertreibung der allerhöchsten Art, wenn Graf Posadowsky erklärt hat, die sozialdemokratische Parteileitung sei an den meisten Streiks beteiligt. Die sozialdemokratische Parteileitung ist sehr selten um ihre Meinung bei Streiks gefragt worden und hat fast stets in diesen Fällen vom Streik abgeraten. Sie hat mit diesen Dingen gar nichts zu thun, ihr liegt die politische und parlamentarische Vertretung ob. Ich wiederhole, es ist diese Behauptung des Grafen Posadowsky eine ganz maßlose Uebertreibung. (Sehr richtig! links.) Auf die Seiten 6 und 7 der Begründung einzugehen, schenke ich mir, ich kann aber ein solches Maßwerk nur achselzuckend und spöttisch lächelnd hinweggehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will Ihnen nur einige Strafen mitteilen. Unser Kollege Horn hat in seinem Blatte „Der Jaggenosse“, die Mitteilung von einem Streik gebracht und hinzugefügt: „Jung fernhalten“. Dafür hat ihn das Schöffengericht in Dresden zu 500 M. Geldstrafe oder 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Dafür, daß einem Tischlermeister die Arbeiter unterrichtet, sie würden bei einer Lohnsenkung die Arbeit niederlegen, wurden diese Arbeiter wegen Erpressung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. (Direktor Wöbcke schüttelt mit dem Kopf und macht einen Zwischenruf. Präsident Graf Vallasstem bittet den Direktor Wöbcke, den Redner nicht zu unterbrechen. Große Heiterkeit.) R. H., das Schöffengericht zu Jena verurteilte einen Arbeiter zu zwei Monaten Gefängnis, weil er auf dem Bahnhofe in aller Ruhe zu Arbeitswilligen gesagt hat: Leute, hier ist ein Streik, Ihr seid noch jung und wist nicht, was Ihr thut, hütet Euch! Nach polizeilichem Zeugnis war er ein ruhiger und besonnenner Mann und doch dies Urteil! Vor länger als zwei Jahren wurde in Berlin ein Arbeiter, weil er gegen einen Arbeitswilligen einen Schirm zum Schutze erhoben hatte, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. (Hört! hört! bei den Soc.) Vor ein paar Monaten erklärte ein Dresdener Maurermeister seinen Leuten, er wolle den Stundenlohn von 45 auf 43 Pfennig herabsetzen. Darauf sagte sein Geselle, der Maurer Dada, er würde dafür sorgen, daß für die nächsten vier Wochen kein Maurer auf den Bau kommen werde. Die Auslage ist gerichtlich festgestellt. Wegen dieser Erklärung ist der Mann zu 6 Monaten Gefängnis und 3jährigem Ehrverlust verurteilt worden. (Beifaste Aufse: Pfu! bei den Sozialdemokraten.) Glode des Präsidenten...

Präsident Graf Vallasstem:

Meine Herren, der Auf Pfu! ist unparlamentarisch. Das hat schon einer meiner Herren Vorgänger festgestellt. Große Heiterkeit. (Graf Vallasstem ist als Abgeordneter selber zur Ordnung gerufen worden, weil er Pfu! gerufen hat, als Widmarz den Attentäter Kullmann an die „Wochensche des Zentrums“ hängte.)

Abg. Debel (fortfahrend):

Auf einem Bau sagte der Maurer Jänichen eines Sonntags zu dem Maurer Gumpert und zu Adolf Otto, ob jeder seine Papiere in Ordnung habe, das soll heißen, ob sie Mitglieder des Verbandes seien. Der Arbeiter Jiem sagt abends in einer Gastwirtschaft hinzu: Wer am Montag keine reine Wäsche hat, wird vom Bau gebauen. Am Montag soll Jänichen den Gumpert am Arm gepackt und zum Bau hinausgeschoben haben mit den Worten: Du kamst Dich auf dem Klosett anziehen, für Dich ist unter den Stollen kein Platz mehr. Deshalb wird er von der vierten Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu sieben Monaten Gefängnis wegen Erpressung verurteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die steht es nun mit den Streikposten und dergleichen? Auch da ist bereits heute in einer ganzen Reihe von Fällen der große Unfug-Paragraph in Anwendung gekommen, eine Reihe Behörden haben extra Strafenbestimmungen erlassen, um Streikposten verurteilen zu können. Kurz, nach allen Richtungen ist schon jetzt im höchsten Maße dafür gesorgt, daß Arbeiter bestraft werden, wenn sie im geringsten etwas thun, was geeignet ist, den andern irgendwie zu bedrohen.

Verurteilungen von Unternehmern sind gar keine, oder nahezu gar keine aufzubringen. Der einzige Fall ist der bekannte Eisenader, wo der Leiter der Maurermeister-Organisation, der ein Unterneher, der die Forderungen der Leute bewilligt, zu einem Tage Gefängnis verurteilt worden ist (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), obwohl die Drohungen vielfach geringer waren, als all das, was ich vorgelesen habe und wo viele Monate Gefängnis verhängt worden sind.

Andererseits ist doch auch der Beweis geliefert, daß die Unternehmer wahrhaftig keine Engel sind, zunächst auf dem Gebiete, wo sie zuerst die Befehle respektieren sollten, auf dem des Arbeiterschutzes. In den Jahren 1891 bis 1894 sind wegen der Verletzung des § 146 der Gewerbe-Ordnung nicht weniger als 2332 Unternehmer verurteilt worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn irgendwo, so kann man hier auf Willkürlichkeiten schließen. Und wie sind die Strafen ausgefallen? Die Gewerbe-Inspektoren besäuerten sich hauptsächlich über die Milde. 1899 Unternehmer sind mit weniger als 15 Mark bestraft worden, obgleich bis zu 2000 Mark erkannt werden kann; im ganzen 2201 Unternehmer mit weniger als 60 Mark. In den Jahren von 1894 bis 1896 sind bei 24 355 revidierten Anlagen, nur bei 12 Prozent der Gesamtanlagen nicht weniger als 61 669 Uebertretungen betreffend Beschäftigung jugendlicher Arbeiter vorgekommen, bei 8365 Anlagen 29 884 Uebertretungen wegen Beschäftigungen von Arbeiterinnen, in Summa also 80 653 Uebertretungsfälle, wobei 8950 Personen bestraft wurden, wieder ein Beweis, wie die klaren Vorschriften der Gewerbe-Ordnung systematisch von einem großen Teil der Unternehmer übertreten werden. Im Jahre 1897 sind 96 Unternehmer bestraft worden wegen § 115, das Trudsystem, 2817 wegen ungleichlicher Beschäftigung von Arbeiterinnen am Sonntag, 944 wegen verbotswidriger Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Personen, 8 wegen ungleichlicher Eintragung ins Arbeitsbuch. Aber wie milde die Strafen!

Ebenso milde werden die Arbeitswilligen behandelt. Im Oktober 1898 verurteilte das Hamburger Schöffengericht 5 Arbeitswillige zu je 5 M. und einen Arbeitswilligen zu 10 M. Strafe, weil sie ohne sichtbaren Grund einen Streikenden überfallen und gemißhandelt hatten. (Hört! hört! links.) Hier also eine lumpige Geldstrafe, während bei bloher Drohung auf der anderen Seite viele Monate Gefängnis verhängt worden sind. So könnte ich Ihnen eine ganze Reihe von Fällen aufrühren. In Westfalen ist eben ein Maurerstreik: Die dortige Polizeibehörde stellt bekannt, daß das Postenstehen strafbar sei. Beide Parteien stellen Posten an den Arbeitsstellen wie an der Bahn, und was geschieht? Die Arbeiter bekommen für das Postenstehen 34 Strafmantel, die Unternehmer nicht ein einziges. (Hört! hört!) Das ist die Rechtsgleichheit, die hier von den Behörden geübt wird.

Der Maurermeister Kraft in Altenburg — das ist um so wichtiger, als namentlich die Denkschrift gar nicht genug Klagen kann über alle Ungehörigkeiten streikender Arbeiter — sagte eines Tages zu Arbeitswilligen, die auf dem Bahnhof anlangen: „Schlagt jeden mit der Wasserwanne über den Kopf, der sich Euch nähert!“ Der Baumunternehmer wird von einem meiner Genossen wegen dieser Drohung denunziert. Darauf bekommt er am 13. Juni 1897 eine Justizstrafe des Staatsanwalts, worin derselbe erklärt, daß er das Verfahren nach §§ 151/53 des Strafgesetzbuches eingestellt habe, (Hört! hört! links) und zwar, weil die fragliche Aeußerung nur eine bei der Haltung der streikenden Maurer damals angebrachte Warnung und Aufforderung enthält, sie nötigenfalls mit Gewalt zu vertreiben. Nun aber war Polizei auf dem Bahnhof, die die Leute auf die Arbeitsstätte geleitete. Diese Aufforderung zu Gewaltthätigkeiten war also ganz unentschuldigbar. Aber es war ein Arbeitgeber, und wurde kein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Hätte ein Arbeiter diese Drohung gebraucht, 6 Monate Gefängnis wären ihm sicher gewesen. (Sehr richtig! links.)

So könnte ich Ihnen noch nach den verschiedensten Richtungen mit weiterem Material aufwarten. Namentlich die Denkschrift der Generalcommission enthält eine gewaltige Fülle von Thatsachen und sie steht an Sachlichkeit, Objektivität und Material weit über der Denkschrift der veränderten Regierungen. (Lachen rechts; Zustimmung links.)

In den Motiven zum Entwurf steht noch nicht ein einziges Wort gegen die Unterneher, mögen sie thun, was sie wollen. Eine bessere Beweisführung für den Klassencharakter der Vorlage in seiner ganzen Einseitigkeit kann man nicht verlangen.

Wie gehen denn nun die Unterneher vor? Da habe ich hier eine Einladung, die im Frühjahr dieses Jahres von den Vereinigten deutschen Möbelfabrikanten und deutschen Tischlermeistern zur Abwehr unberechtigter Forderungen der Arbeiterschaft ausgeht. Darin wird angefordert zur allgemeinen Organisation. Dann wird ein Rechenexempel aufgemacht: „Angenommen, es beteiligen sich vorläufig 200 Fabrikanten mit durchschnittlich je 60 Arbeitern und es komme nun vor, daß in einer einzigen Fabrik an einem Orte die Arbeiter einen Streik inszenieren, so würden nummehr sofort alle 200 Fabrikanten ihre 10 000 Arbeiter auf die Strafe setzen, um auf diese Weise die Streikmasse in kurzer Zeit leer zu machen.“ Ist das kein Mittel der Drohung, des Zwanges gegen die Arbeiter? In einer der bekannten Reden habe es ja: „Strenge Strafe dem, der einen freiwillig arbeiten Wollenden an der Arbeit hindert.“ Hier aber treten die Unterneher auf und organisieren sich, um die bestreikenden Arbeiter, die streiken, nicht etwa nur am Streikorte matt zu sehen, nein, um in ganzen Bezirken, in ganz Deutschland die Arbeiter des Gewerbes auf die Strafe zu werfen. Insbesondere wird als einer der Punkte, die man unter keinen Umständen bewilligen will, die Zulassung von Arbeiterkommissionen zur Prüfung von Streitigkeiten im Betriebe, wodurch die Arbeitgeber nicht mehr Herr in ihrem eigenen Hause sein würden, hervorgehoben; ferner frivole und übermäßige Lohnerhöhungs-Forderungen. Was aber frivole und übermäßige Lohnerhöhungs-Forderungen sind, das entscheiden selbstverständlich die Arbeitgeber und nicht die Arbeiter. Ich habe hier ein Schriftstück vor mir von dem Obermeister der Innung „Gauhütte“ in Bremerhaven. Da wird sämtlichen Maurermeistern mitgeteilt, daß ein Streik ausgebrochen sei. Es wird eine Seite mit 336 Namen beigefügt und gesagt, diese Leute solle man in ganz Deutschland nirgendwo zur Arbeit annehmen, solange in Westfalen nicht Ordnung zwischen den Unternehmern und Arbeitern hergestellt sei. Genau in derselben Art und Weise ist ein Circular gehalten, das die Firma Jung in Alstedt am 1. Juni dieses Jahres verjagt hat. Dasselbe findet statt bei dem Verband der Dresdener Metallindustriellen. Auch hier wird ein vollständiger Fragebogen an sämtliche Mitglieder versandt, der ausgefüllt werden muß, wenn ein Arbeiter die Arbeit verläßt, gleichviel aus welcher Ursache. Besonders wird hier gefragt, ob er an einem Streik sich beteiligt habe, ob er Wähler, Krachler, unbotmäßig gegen seine Vorgesetzten gewesen sei usw. Ja die Sache geht noch weiter. Nicht allein wird es den Arbeitern unmöglich gemacht, irgendwo Arbeit zu finden, man will ihnen auch ihre bürgerlichen Rechte nehmen. So z. B. hat vor einiger Zeit, im April, in Reumünster, der Redner der Frh. v. Stimm, eine Versammlung von Maurern stattgefunden, die eine Arbeitseinstellung beschloß. Darauf wurde von dem Bauerverbände für Reumünster und Umgegend erklärt, jeder Arbeiter, der künftig eine derartige Versammlung besucht, wäre von der Arbeit ausgeschlossen. (Hört! hört! h. d. Soc.) Also das wichtigste politische Recht wird ihnen damit benommen! In Leipzig hat im Augenblick der Verein der Metallindustriellen 178 Arbeiter auf zwei Jahre ausgeperrt, weil in einer einzigen Fabrik ein Streik ausbrach und die Leute nicht vor dem Gebot des Unternehmers zu Streue kriechen wollten. Was für ein Druck auch von seiten der Staatsbehörden unter Umständen auf

Unternehmer ausgeübt wird, beweist folgender Fall: Bei Magdeburg streikten die Steinbrucharbeiter. Einige hatten sich besonders in der Organisation hervorgetan und erhielten am 20. Mai 1899 folgenden Brief: „Bedauere sehr, Euch mitteilen zu müssen, daß ich Euch beide muß aus der Arbeit entlassen. Das Landratsamt teilt mir mit, daß, falls ich Euch behalte, mir weder Kreisarbeiten noch Provinzialarbeiten überwiesen werden und daß ich die Arbeiten der Stadt Gommern erhalten, wenn ich Euch nicht beschäftige. Es thut mir sehr leid, daß ich Euch nicht behalten kann. Denn ohne Arbeit kann ich auch nicht leben. Der Arbeitgeber also bedauert, daß er sie entlassen muß, aber das Landratsamt und die sonstigen Behörden zwingen ihn zur Entlassung seiner Arbeiter, wenn er nicht seine Existenz einbüßen will. Wozu also noch dieses Gezei? Im Anfang April haben die Gebrüder S t u m m ihren Arbeitern den Besuch einer Wirtschaft verboten, in der eine sozialdemokratische Versammlung getagt hat, also ein Mittel des Zwanges und der Drohung, wie man es stärker sich nicht denken kann.“

Um auf ein anderes Gebiet überzugehen, wollen Sie bestreiten, meine Herren, daß von Seiten der Unternehmer Zwang und Drohung angewandt wird gegen Unternehmer, welche „Klingen“, „Zrusis“ usw. nicht beitreten wollen? Wenn die Unternehmer alle Mittel der Ehrverletzung, des Verfalls, der Drohung freistehen, um Leute in eine Verkaufsvereinigung usw. zu zwingen, die den Preis der Waren zu erhöhen bezweckt, so sollten allerdings solche Mittel auch den Arbeitern freistehen.

Ich erinnere an das *Z u d e r s h n d i k a t*, das notorisch die stärksten Mittel in Anwendung gebracht hat, um die einzelnen Fabrikanten in das Syndikat hineinzuzwingen. Vom *K o h l e n s y n d i k a t* sind dergleichen alle möglichen Mittel angewandt worden; eine Reihe von Werken haben ihre Arbeit einstellen müssen, und eine große Anzahl unglücklicher Arbeiter hat darunter gelitten. — In einer Korrespondenz teilte ein Unternehmer mit, er betreibe eine kleine Drahtstrickfabrik, nicht sowohl, um daran zu verdienen, sondern um einigen alten Arbeitern Beschäftigung zu geben, müsse aber die Fabrik aufgeben, weil er keinen Draht mehr bekommen könne, da er sich geweigert habe, dem Drahtstrick-Syndikat beizutreten. Wenn das seine Verurteilung ist, dann weiß ich wirklich nicht, worin eine solche bestehen soll. Der vor einigen Monaten gegründete Spiritusverein droht in einem Flugblatte, jeden, der nicht mitmachen will, wie ein Bild zu hängen. (Hört! hört! links.) Und was sagt das Bündlerorgan, die „Deutsche Tageszeitung“, zu dieser Gewaltthat? Es sieht in ihr eine ernste Mahnung an die noch Fernstehenden, der Gemeinschaftsarbeit zu dienen. (Hört! hört! links.) Hier wird also der schärfste Boykott gebilligt im Interesse eines Berufsstandes. Wenn die Arbeiter auf einem Bau andere zum Streiken nötigen, so geschieht das auch im Interesse des ganzen Berufsstandes, genau so wie bei Ihnen: wenn es also im ersten Falle nicht strafbar ist, darf es auch im zweiten nicht strafbar sein.

Und nun, meine Herren, noch einige Worte über die *D e u t s c h e s c h r i f t*. Dieselbe ist in der That das Unnützlichste, ich möchte sagen das *G e h ä s s i g s t e*, was mir jemals in meinem Leben, in einem offiziellen Schriftstück begegnet ist. (Sehr wahr links. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf V alleström :

Herr Abg. Bebel, eine Vorlage der verbündeten Regierungen dürfen Sie nicht gehässig nennen.

Abg. Bebel (fortfahrend):

Es sind in dieser Denkschrift eine ganze Masse von Angaben der verschiedensten Art enthalten, ohne daß man sich auch nur im entferntesten klar darüber werden kann, was an der Sache eigentlich ist. Keine Namen werden genannt, keine weiteren Bezeichnungen angegeben. So sind dieselben Streiks dort manchmal 30 Mal aufgeführt, so daß sie den Anschein von 30 verschiedenen Streiks erwecken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst eine Zeitung wie die „Nationalzeitung“ sagt, daß es bei manchen Erörterungen der Denkschrift schwer sei, erst zu bleiben, und das möchte man doch zum mindesten verlangen bei einer so ernsten Sache. Da wird uns z. B. die tiefgründige Weisheit erzählt, daß man die und die Personen, die das und das gemacht hätten, nicht habe bestrafen können, weil man sie nicht erwischen habe! (Weiter links.) Es ist wirklich wunderbar, wie ein Mann, der Jura studiert hat und bei dem man doch eine gewisse logische Denkfähigkeit voraussetzen muß, eine solche Denkschrift abfassen konnte, und vor allem, daß die Regierung dem Reichstag eine solche Denkschrift vorlegen konnte. Das ist geradezu eine Verleumdung für den Reichstag!

Die Denkschrift bringt vor allen Aussagen von Polizei-Organen. Nun, ich meine, man brauchte sich in solchen Fällen wirklich nicht an die Polizei zu wenden. Jeder Polizist betrachtet sich gewissermaßen als Stellvertreter Gottes und möchte alles regieren. Ebenso wenig war die Staatsanwaltschaft geeignet, Auskunft zu geben. Jeder Staatsanwalt betrachtet es heutzutage geradezu als eine Herabsetzung seiner Person, als eine persönliche Verleumdung, wenn ein Uebelthäter, dessen Verurteilung er beantragt hat, freigesprochen wird. Daher ist es natürlich, daß sie auf Verschärfung der Gesetze dringen, damit so etwas nicht vorkommen kann.

Auf Seite 89, der Denkschrift heißt es: Größere Ordnungsstörungen, Zusammenläufe, Verwundungen usw. wurden bei den Stuttgarter Ausständen von den Streikleitern in der Regel mit Bedacht vermieden, um den Schein des Geheißlichen scheinlich zu wahren. An strafbaren Ausstellungen fehlte es indes nicht. Das ist auch eine der Stellen, die meine lebhafteste Heiterkeit erregt haben. Ich muß gestehen, ich würde mich schämen, so etwas zu schreiben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Besonders wird in der Denkschrift häufig hingewiesen auf das Ausstellen von Streikposten. Diese suchen die zurechtenden Arbeiter durch Zahlung des Streikgeldes zur Rückkehr zu bewegen, heißt es. Nun, das ist doch ganz selbstverständlich. Nun da ist gar kein Streit möglich! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das geschieht ohne Körperverletzung, ohne Verleumdung, so muß es auch erlaubt sein. Es wäre ein Skandal, wenn es strafbar wäre. In Bezug hierauf heißt es: Da man aber hierbei wohlweislich von der Anwendung strafbarer Handlungen regelmäßig abließ, so konnte in den seltensten Fällen eingeschritten werden. Abgesehen von der so wunderbaren Logik sieht man aus dieser Stelle auch den Schmerz heraus, daß nicht weit mehr hat verurteilt werden können.

Die gesamte Arbeiterpresse ist einmütig in der Beurteilung der Denkschrift und besonders des von ihr vorgebrachten Thatfachenmaterials. Ich möchte noch stundenlang weiter zu Ihnen reden, wollte ich alles das anführen, was an tatsächlichen Missethungen schon jetzt vorliegt. Im Gegensatz zu dem, was die Denkschrift über die Zustände in Bayern und Baden sagt, stehen schon die Berichte der dortigen Gewerbe-Inspektoren. Diese beweisen gerade, daß überall da, wo Arbeiterorganisationen bestehen, dies im höchsten Maße dazu beigetragen hat, daß die Streiks einen friedlichen Charakter annehmen. In verschiedenen Landtagen, in denen unsere Parteigenossen vertreten sind, hat man die Regierungen bereits zur Rede gestellt, wie es möglich war, daß die Denkschrift zu solchen Äußerungen kam, aber nirgends hat man eine genügende Erklärung geben können. An einer Stelle sagt die Denkschrift, daß man in vielen Fällen die Thäter nicht hat feststellen können. Man darf danach wohl mit Sicherheit behaupten, daß weit mehr als 100 Verurteilungen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung vorgekommen sind. Das überhaupt der Staatsanwalt, aber beweisen thut er gar nichts. Ebenso hätte er statt hundert Vergehen tausend Vergehen sagen können, und wir hätten nichts dagegen erwidern können. Wenn wirklich Vergehen vorkommen, dann können dieselben auch heute schon bestraft werden.

Noch auf ein möchte ich eingehen. Die Arbeiter werden oft wegen beleidigender und verletzender Äußerungen bestraft, die sie in der Erregung gethan haben. Man sollte aber doch diese Arbeiter in dieser Beziehung nicht mit dem Maße messen, mit dem man einen den höheren Gesellschaftsklassen Angehörigen mißt. Wer die Umgangssprache der Arbeiter, namentlich der ländlichen Arbeiter, kennt, der weiß allerdings, daß

sie keine Salonsprache untereinander führen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus sollte man solche Fälle beurteilen. Brauchen doch selbst Unternehmer Arbeitern gegenüber Ausdrücke wie Lump, Esel, traurige Gesellen usw. Da sollte man zum mindesten auch auf die Gewohnheiten, die Umgangsformen der Arbeiter Rücksicht nehmen.

Besonders wendet sich die Denkschrift gegen die Agitatoren. Nun, wenn ein Arbeiter, wie es in Folge der schwarzen Listen leider vorkommt, nirgends mehr Arbeit findet und er eignet sich zum Agitator, so ist es doch ganz selbstverständlich, daß die Partei ihn als solchen anstellt. Das thun doch die übrigen Parteien auch. Ein solcher Agitator verhält sich genau so seine Ueberzeugung, wie es Herr v. Wangenheim für den Bund der Landwirte thut! Belommt doch jetzt Herr Schweinburg für seine Korrespondenz 12 000 M. pro Jahr. Er läßt sie jedenfalls von einem Schreiber machen, dem er höchstens 3000 Mark zahlt. (Heiterkeit.) Einen Sozialdemokraten nennt man aber dann Hege, wästen Agitator usw., Andruide, die ein gebildeter Mensch überhaupt nicht gebraucht.

Wie denken Sie sich die Wirkung dieses Gesetzes auf die Arbeiter? Etwas so den Klassenhaß Erregendes, etwas so die ganze Gesellschaft in ihren untersten Tiefen Aufrührendes hat es noch niemals gegeben.

Ich glaube, es wäre im Interesse der Regierung und des Reichstags, wenn diese Vorlage so rasch wie möglich erledigt wird. Eine Kommissionsberatung jetzt ist ja ausichtslos, die Vorlage wird aber eventuell bis zum Herbst liegen bleiben. Dazwischen liegen circa vier Monate und Sie können versichert sein, diese Zeit werden wir auf das allergründlichste ausnützen. Das betrachten wir als unsere heiligste Pflicht, und zu ihrem Vorteil wird es nicht ausfallen, darüber täuschen Sie sich nicht. Daher sollten sie selbst dahin übereinkommen, nach Schluß der Generaldebatte unmittelbar in die zweite Beratung einzutreten und die Vorlage dahin zu befördern, wohin sie gehört, in den Papierkorb. Wird diese oder eine ähnliche Vorlage Gesetz, so gereicht das Deutschland zur Schande und Schmach. (Lebhafte, langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Weiterberatung wird darauf auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Schluß der Sitzung 5/4 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die zukünftigen Justizauswärtigen darf man nicht hochleben lassen. Genosse Klingner in Bodejuch (Pommern), der das in einer Versammlung gethan, wurde dafür wegen groben Unfugs durch polizeiliches Strafmandat zu 3 Wochen Haft verurteilt. Das von ihm angerufene Schöffengericht erhöhte die Strafe auf 4 Wochen und die Strafkammer bestätigte am Sonnabend dieses Urteil.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Steinseger. Die Unternehmer haben bisher als Hauptgrund für die Ablehnung der Forderungen der Arbeiter angeführt, daß sie denselben nicht zustimmen könnten wegen des enormen Schadens, der ihnen aus der Verwilligung erwäke. Schon das Schiedsgericht hat einstimmig erklärt, daß dieser Grund als stichhaltig nicht zu betrachten sei. Jetzt wird auch von dem Steinsegermeister Baumann, der auch mit zum Innungsring gehört, durch die Thatfachen der Beweis geliefert, daß das Schiedsgericht damit den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Derselbe hat nämlich eine Anzahl der in seinem Geschäft Ausständigen eingeladen und ihnen erklärt, den geforderten Stundenlohn von 85 Pf. zahlen zu wollen — allerdings bei zehnstündiger Arbeitszeit. Da hierbei nun aber die bekannten Aushewpauern auch dieselben bleiben, wie bisher, so bedeutet dieses Angebot des genannten Unternehmers eine noch höhere Belastung seines Arbeitslohnkontos, als es bei Annahme des Vergleiches oder des Schiedspruches der Fall gewesen wäre. Es ist also lediglich Eigensinn, der die Unternehmer von ihrem Standpunkt nicht abgehen läßt, wie das ganz treffend einer der Unternehmer-Beisitzer des Einigungsamtes hervorgehoben hat.

Wie lange noch werden die städtischen Behörden diesem Unternehmer-Eigensinn zu Liebe stillschweigend zusehen, daß die Straßen der Hauptstadt in einem geradezu skandalösen Zustande liegen bleiben?

### Deutsches Reich.

Der allgemeine Normerstreik in Leipzig ist zur Thatfache geworden. Die genannte Kommission hat dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes den Beschluß der Versammlung vom 15. d. M. mitgeteilt, daß sie die Jurisdiktion des auf zweijährige Aussperrung der 186 Arbeiter der Firma Veder u. Comp. in Leipzig gerichteten Beschlusses fordert. Der Vorsitzende, Herr Müller, hat der Normerkommission erklärt, daß er diesen Beschluß den Verbandmitgliedern mitgeteilt, von diesen aber keinen Auftrag in der Angelegenheit erhalten habe. Eine Versammlung von 1200 Normern und Gießereiarbeitern, die am Sonntag im „Pantheon“ in Leipzig tagte, beschäftigte sich mit dieser Erklärung des Unternehmervertreters und beschloß, Montag die Arbeit einzustellen. Der Beschluß soll sich indes nicht auf die Hilfsarbeiter beziehen.

Dieser Beschluß wurde geschlossen durchgeführt. Sämtliche Normer haben die Arbeit niedergelegt.

### Ausland.

#### Die Massenaußsperrung in Dänemark.

Die dänischen Unternehmer sind sich ihres Unrechts und ihres brutalen Vertragsbruchs sehr wohl bewußt und deshalb fürchten sie den Spruch des Schiedsgerichts. Denn dieser Spruch muß bei der klaren Sachlage unbedingt gegen sie ausfallen. Sie suchen ihn daher mit allen Mitteln zu hintertreiben oder doch wenigstens so lange wie möglich hinauszuziehen. In der ersten Sitzung des Schiedsgerichts, die am 15. d. M. stattfand, suchten sie die Zuständigkeit dieses auf ihr Verlangen gebildeten Gerichts zu bestreiten. Nachdem dieser Angriff abgesehen war und das Gericht seine Zuständigkeit ausgesprochen hatte, verlangten nun nach mehrtägiger Verhandlung die Vertreter der Unternehmer, obwohl sie die Sachlage genau kennen, daß das stenographische Protokoll der bisherigen Verhandlungen gedruckt werde; eher könnten sie sich nicht entschließen, ihr Veto abzugeben. Diese Manipulationen werden gemacht, weil der Spruch des Gerichts die öffentliche Meinung noch mehr zu Gunsten der Arbeiter beeinflussen wird.

Die Unternehmer verfahren indessen mit der größten Brutalität. Eine Maschinenfabrik in der Nähe von Kopenhagen hat am 15. d. M. 50 ausgesperrte Arbeiter aus den der Fabrik gehörigen Wohnungen hinausgeworfen; darunter befand sich eine hochschwangere Frau, die infolgedessen am andern Tage gestorben ist.

In den Blättern wird ein Schreiben der Unternehmer an einen Geistlichen veröffentlicht, der sich zu Gunsten der Arbeiter ausgesprochen hatte. Darin wird dem Geistlichen erklärt, daß er von den Unternehmern bezahlt würde, und deshalb sei es seine Pflicht, ihre Brutalitäten zu verteidigen.

Die Aussperrung greift mehr und mehr um sich. Bis jetzt haben sich die Ziegelwerke und die Kalköfen außerhalb der Arbeitsperre befunden, aber am Freitag hat ein größeres Kalkwerk in der Nähe von Kopenhagen seine Arbeiter ebenfalls auf die Straße geworfen. Hiernach scheinen die Kalk- und Ziegelöfen auch in die Aussperrung miteinbezogen werden zu sollen.

Sch u m a e r haben seit längerer Zeit einen Streik zur Verbesserung ihrer Lohn- und Verhältnisse geführt, während die eigentlichen Schuhwaren-Fabriken nicht in diesen Kampf verwickelt waren. Nun haben die letzteren damit gedroht, ebenfalls ihre Arbeiter auf die Straße werfen zu wollen.

Von anderer Seite, so schreibt unser Berichterstatter, werden große Anstrengungen gemacht, die Masse von Kindern, welche wegen der Aussperrung Hunger und Not leiden, auf dem Lande anzu-

bringen und scheint es, daß es uns für einen großen Teil derselben glücken wird.

Morgen, Montag, wird die Aussperrung zur Verhandlung in der Kopenhagener Stadtverordneten-Versammlung kommen, und man darf hierüber eine scharfe Debatte sowohl mit dem Magistrat als mit den kapitalistischen Stadtverordneten erwarten.

## Der Riesenkampf im Baugewerbe

hat seit unseren letzten Berichten in der Sonntagsnummer wenig Veränderungen erfahren; die Zahl der Streitenden bezw. der Aussperrten dürfte noch so ziemlich dieselbe sein. (Vergleiche die Berichte über die Versammlungen der Arbeiter in der 2. Beilage). Die nächsten Tage müssen jedoch nach der einen oder anderen Seite eine Wendung bringen. Geben die Unternehmer oder wenigstens die Majorität derselben nicht nach, bleiben die Maurer ausgesperrt, so werden auch bald die P u g e r feiern müssen, da ihre Arbeit zu Ende geht. Die P u g e r haben in ihrer heutigen Versammlung in nächster, fähiger Weise über die Lage beraten; um ihre Bereitwilligkeit zu friedlicher Lösung zu zeigen, haben sie davon Abstand genommen, den allgem. Ausstand zu beschließen, sie wollen zunächst abwarten, ob die Verträge des Vorstehenden des Gewerbegerichts, Herrn v. S c h u l z, eine Einigung herbeizuführen, von seiten der Unternehmer ein Entgegenkommen finden werden.

Von dem Verhalten der Unternehmer wird es überhaupt abhängen, ob der Kampf einen baldigen friedlichen Abschluß finden soll, oder ob er sich noch weiter ausweiten wird. Die Arbeiter sind, wie immer, so auch jetzt bereit, zu unterhandeln; hätten die Unternehmer das gleiche Entgegenkommen gezeigt wie die Arbeiter, die im Frühjahr an sie herantraten, um eine Vereinbarung bezüglich der Lohnhöhe, und zwar eine solche auf 80 Pfennig pro Stunde, zu treffen, dann wäre der jetzige Kampf vermieden worden. Die deutschen Baugewerksmeister, die Montag nachmittag zu einem Kongreß im Abgeordnetenhause zusammengetreten sind, werden zu dem Kampfe Stellung nehmen. Ein Bericht über die hinter verschlossenen Thüren gepflogenen Verhandlungen liegt uns zur Zeit noch nicht vor; wie die Blätter melden, soll auch die Generalaussperrung für ganz Deutschland in Erwägung gezogen werden. Diese Drohung ist wohl kaum ernst zu nehmen, sollten sie sie dennoch beschließen, so würden sie ein arges Fiasko erleiden. Aber die Drohung ist ein recht deutliches Symptom für die Herrenwillkür, für den Terrorismus der Unternehmer. Nur weil einige hundert Berliner Maurer — denn mehr kamen nicht in Frage — Lohnforderungen gestellt, sollen hunderttausende von Personen im ganzen Reiche darunter leiden.

Aber auch gegen diejenigen ihrer eigenen Kollegen, welche gewillt sind, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, wenden sie sich; sie versuchen diesen das Baumaterial abzusuchen, indem sie auf die Lieferanten, Steinhändler, Mörtelfabrikanten usw. einzuwirken suchen.

Ist das kein Terrorismus? Werden durch dieses Vorgehen, falls es Erfolg hat, nicht Tausende an freiwilliger Arbeit gehindert?

Was wird Herr v. P o s a d o w s k y zu diesem Vorgehen seines Schuhbefehlsheren sagen?

## Soziale Rechtspflege.

Die Viehtreiber auf dem Central-Viehhof sind nicht gegen Betriebsunfälle versichert. Die etwa 600 Viehtreiber auf dem Berliner Central-Viehhof verteilen sich auf 100 Arbeitgeber, die sich Viehtreiber nennen. Der bei dem Obertreiber H o f f e l d beschäftigte Treiber L e h m a n n war von einem Eber erheblich verletzt worden und hatte darauf bei der Fleischer-Vereinsgenossenschaft um eine Unfallrente nachgesucht. Berufsgenossenschaft und Schiedsgericht wiesen jedoch seinen Anspruch zurück. Sie gingen davon aus, daß der Betrieb des Obertreibers H o f f e l d nicht als versicherungspflichtig angesehen werden könne, weil regelmäßig weniger als 10 Personen (gewöhnlich 5) in diesem Betriebe beschäftigt würden. Das Reichs-Versicherungsamt als Rekursinstanz holte über die Art der Beschäftigung der Viehtreiber vom Polizeipräsidenten noch eine Auskunft ein. Diese erging dahin, daß es zu den Aufgaben der Viehtreiber gehöre, das zum Verkauf bestimmte Vieh an den Ort des Verkaufs hinzutreiben, oder, wenn der Transport mit der Bahn erfolgt, das Vieh aus den Eisenbahnwagen auszuladen und für seine Fütterung bis zum Augenblick des Verkaufs zu sorgen. — Das Reichs-Versicherungsamt verwarf dann den Rekurs des Klägers mit der Begründung, daß sein Unfall auf dem Central-Viehhof bei der Arbeit in einem nicht-versicherungspflichtigen Handelsgewerbe ereignet habe. Dies Erkenntnis demonstriert von neuem die Mangelhaftigkeit unserer Versicherungs-gesetzgebung, die die Art der Erledigung der Frage, ob ein verunglückter Arbeiter zu seinem Rechte kommen soll, oft von hundert Zufälligkeiten abhängig macht. Wäre es zu beantworten, wenn der Arbeiter einer solchen Socialgesetzgebung Vertrauen entgegenbrächte, zumal in einer Zeit, wo die Regierung, die mit der einen Hand dies fürchtete, „Juderrot“ darreicht, in der anderen die Peitsche des Justizausgesetzes in Bereitschaft hält!

## Gerichts-Beitrag.

Aus dem Untersuchungsgefängnis beim Landgericht II ist der Kaufmann E i t n e r, der sich selbst begünstigt, den Bauern und Handelsmann K ü h l e auf der Landstraße hinter Spandau ermordet zu haben, zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Neue Charité übergeführt worden.

Im Prozeß R a p p - K ü h l e r zu Darmstadt hat das Gericht den Angeklagten R a p p im vollen Umfange der Anklage der Wechsel-fälschung und des Betrugs, sowie des Vergehens gegen die Konturordnung und der Begünstigung z. schuldig erachtet. Das Gericht ist der Ueberzeugung gewesen, daß sämtliche Konzeptionen an den Landgerichtsdirektor K ü h l e r nur zum Zwecke der Sicherung und nicht zur Verleumdung gemacht wurden. Eine vertragmäßige Abmachung wegen dieser Sicherungen hatte nicht stattgefunden und Landgerichtsdirektor K ü h l e r hatte kein Recht auf eine spezielle Art der Sicherung. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren vier Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust unter Abrechnung von vier Monaten auf die erlittene Untersuchungshaft.

In Alexandria (Italien) ist nach achtägiger Verhandlung der Erzbischof Verzone zu 17 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er hatte die Bauerin V o n g i aus Furcht vor angelegten Verleumdungen durch Hammerschläge ermordet und den Leichnam in einen Graben geworfen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Planegg, 19. Juni. (B. Z. B.) In Gegenwart des Thronfolgers Prinzen Ludwig und anderer Mitglieder des königlichen Hauses sowie der Spitzen der Behörden fand heute Nachmittag die Einweihung der ersten bayerischen Volkshelmskätte für Lungentranke im Planegger Wald statt, für die der Schloßherr von Planegg Baron H i r s c h 100 000 M. gespendet hat. Die Leitung der Anstalt liegt in den Händen der Ärzte Dr. R a h und Dr. K r e b s, welche Bayern auch auf dem Tuberkulose-Kongreß vertreten.

London, 19. Juni. (B. Z. B.) Nach einer Meldung des Gouverneurs von Hongkong sind dort in der letzten Woche 109 neue Erkrankungen an Pest und 117 Todesfälle infolge Pest zu verzeichnen gewesen.

Reichstag.

66. Sitzung. Montag, 19. Juni 1899. 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Graf v. Posadowsky, v. Bülow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Handelsprovisatoriums mit England.

Abg. Fehr. Hehl zu Herrnsheim (natl.) beantragt folgenden Zusatz: Diese Ermächtigung gilt nur denjenigen Gebietsteilen des britischen Reiches gegenüber, welche den Angehörigen und den Erzeugnissen des Deutschen Reiches das Weisbegünstigungsrecht gewähren.

In der Generaldiskussion begründet

Abg. Fehr. Hehl zu Herrnsheim (natl.)

(Ziemlich unverständlich, da er der Tribüne wieder den Rücken zugehrt) seinen Antrag. Die Kolonien seien England gegenüber in Bezug auf die wirtschaftlichen Maßnahmen selbständig, sie können daher auch selbständig getroffen werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich bitte dringend, den Entwurf so zu lassen, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist. Wir werden uns keinen Augenblick bestimmen, denjenigen, der uns differenziert, auch unsererseits zu differenzieren. Ich würde es mir so schädlich halten, die Vollmacht jetzt zu beschränken, als sie doch nur auf ein Jahr gilt.

Sollten Sie sich aber doch zur Annahme des Antrages Hehl entschließen, so bitte ich Sie, den Gesetzentwurf in eine Kommission zu verweisen, da ich dann noch einige Ausführungen zu geben habe.

Ich bitte um so mehr um die unveränderte Annahme der Vorlage, als soeben von der englischen Regierung die Antwort auf unsern Handelsvertrags-Vorschlag eingegangen ist. (Hört! Hört!)

Abg. Lieber (C.)

empfehl die unteränderte Annahme des Gesetzentwurfs. Die Regierung darf das Vertrauen für sich beanspruchen, daß Sie von der Vollmacht nur den Gebrauch machen wird, der im Sinne der Wünsche des Reichstags liegt. Eine Kommissionsberatung ist gänzlich überflüssig; wir werden ja ohnehin Gelegenheit haben, bei der Beratung des vom Abg. Graf Kanitz angelegentlich Gesetzentwurfs alle einschlägigen Punkte in größter Ausführlichkeit zu behandeln.

Abg. Broemel (fr. Vg.):

An sich würde ich ja stets gern bereit sein, eine Vollmacht, die dem Bundesrat gegeben wird, möglichst zu beschränken, da dadurch die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags besser gewahrt werden. Aber dieser konstitutionelle Gesichtspunkt kann hier nicht maßgebend sein. Hier würde die vom Abg. Hehl vorgeschlagene Beschränkung eine Schwächung unserer Position in handelspolitischer Beziehung bedeuten. Der Antrag läßt keine Rücksicht auf den besonderen Fall zu. Im Interesse der Sache würde es liegen, wenn der Antrag zurückgezogen werden würde. Andersfalls muß der Reichstag ihn ablehnen. Eine Kommissionsberatung scheint mir aber in diesem Stadium der Beratung nicht mehr angängig.

Abg. Köstke (Vd. der Landwirte):

Wir halten nach wie vor unsern Standpunkt für den einzig richtigen (Weiterleit). Wir werden aber unsern Antrag vor der zweiten Lesung nicht wieder einbringen, sondern werden uns auf den Antrag Hehl einigen. Auf der Basis des Antrages Hehl wird die Regierung sich genötigt sehen, England als Ganzes aufzufassen (Widerspruch) und keine weiteren Konzessionen zu machen.

Abg. von Kardorff (Rp.):

Der Vorbehalt, der im Antrag Hehl liegt, scheint mir doch notwendig, weil er uns einen gewissen Schutz sichert.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.)

empfehl Kommissionsberatung. Der Antrag Hehl bedeutet keinen Angriff gegen England. Es handelt sich nur darum, der Regierung schärfere Waffen zu geben und dem Ausland zu zeigen, daß die Geduld des deutschen Volkes sich auch einmal erschöpft. Der Antrag Hehl wird entschieden zur Folge haben, daß England sich mit dem Handelsvertrag beileben wird. Jetzt sucht die englische Regierung durch Hinhalten Vorteile für sich herauszuschlagen. Die Stimmung unseres Volkes gegen England ist keineswegs freundlich. Man muß ihr Rechnung tragen. Eine Niederlage in handelspolitischen Dingen verlegt den berechtigten deutschen Nationalstolz. Das nationale Bewußtsein ist verletzt durch die Vorgänge auf Samoa und die toburchische Thronfolge-Angelegenheit. (Lachen links.) wo man in England über deutsche Fürstenthronen verhandelt, wo die englische Presse in die Verhältnisse eines deutschen Staates einzudringen sich erfreut. (Uff! Uff! links.) Es ist notwendig, daß man das verletzte nationale und monarchische Bewußtsein wiederherstellt. (Lachen links.)

Abg. Fehr. Hehl zu Herrnsheim (natl.)

beantragt, die ganze Vorlage nebst seinem Antrage nach der Generaldiskussion einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Staatssekretär Graf Posadowsky

bittet nochmals um Ablehnung des Antrages Hehl. Dem Vorredner nach Samoa oder Rubug zu folgen, müsse er ablehnen. Zur Sache selbst wolle er seine vorigen Mitteilungen dahin ergänzen, daß die Antwort Englands auf der englischen Vorlast eingetroffen sei. Ob er aber in der Lage sein werde, in der Kommission schon eingehende Mitteilungen über den Inhalt der englischen Vorschläge machen zu können, sei ihm recht zweifelhaft.

Abg. Dr. Hahn (wüdl.)

teilt für den Antrag Hehl ein.

Staatssekretär v. Bülow:

Unsere Haltung in der Samoafrage habe ich dahin präzisiert, daß wir weder selbst den Rechtsboden verlassen noch uns dazu drängen lassen. Nach der Samoa-Affäre sind alle Veränderungen an unsere Zustimmung gebunden. Auf Grund dieses Prinzips der Einstimmigkeit hat inzwischen die Samoa-Kommission die Leitung der Regierung auf Samoa übernommen. Die konsularischen Vertreter der Mächte sind angewiesen worden, sich der Kommission unterzuordnen. Die von unserem Vertreter in der Kommission bisher eingelaufenen telegraphischen Mitteilungen lauten durchaus befriedigend. Die Kommission hat zunächst die Aufgabe, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. In die Streitigkeiten über die Thronfolge werden wir uns nicht einmischen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Kommission zu einem den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit entsprechenden Ergebnis gelangen wird. Wir werden jedenfalls nicht um eines Haars Breite von unserem guten Recht abweichen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Lieber (C.):

Meine politischen Freunde teilen nicht das Mißtrauen des Abgeordneten Hahn gegen unsere Regierung. In die Samoafrage Angelegenheit mich zu verlieren, habe ich keinen Anlaß. Ebenjowenig liegt es im Interesse des Reichstags, auf die toburch-gotbalische Erbfolge-Angelegenheit einzugehen. Was den vorliegenden Gegenstand anlangt, so will ich mich dazu nicht weiter äußern, nachdem der Antrag auf Kommissionsberatung eingereicht ist; auch ich bin der Meinung, daß dieser Weg der gangbarste ist.

Abg. Fehr. Hehl zu Herrnsheim (natl.)

(wieder unverständlich, da er wieder der Tribüne den Rücken zugehrt) erklärt, daß die Fuzage der Regierung, überall da zu differenzieren, wo wir differenziert werden, ihm mit großer Befriedigung erfüllt

habe. Um so weniger begreife er, wie die Regierung aus seinem Antrag ein Mißtrauen habe herauslesen können. Er bezwecke in der Sache nur das, was die Regierung soeben zugesichert.

Damit schließt die Generaldiskussion. Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Zuchtthandvorlage (Gesetz zum Schutze des gevelblichen Arbeitsverhältnisses).

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst:

Meine Herren! Noch ehe der Gesetzentwurf, der uns heute beschäftigt, dem Reichstage vorgelegt war, wurden lebhaft Angriffe gegen denselben erhoben, sowohl in der Presse wie auch in öffentlichen Versammlungen; diese Angriffe haben auch bereits im Reichstage mehrfachen Ausdruck gefunden. Und doch bringt das Gesetz Ihnen nichts Neues und Unerwartetes.

Schon vor acht Jahren hat der Minister v. Verelshof die spätere Wiederaufnahme der damals abgelehnten Regierungsvorlage mit gleichen Zielen ausdrücklich in Aussicht gestellt. Nach den Erfahrungen, die man in der Zwischenzeit bei Ausständen gemacht hat, konnte niemand voraussehen, daß die Verbündeten Regierungen ihre Absicht dauernd aufgeben würden, den Terrorismus, der bei Ausständen den Arbeitswilligen gegenüber angewandt wird, energisch zu bekämpfen.

Die abfällige Kritik der gegenwärtigen Vorlage wird nun insbesondere von der sozialdemokratischen Partei in lebensschafflicher Weise ausgeübt, und zwar ohne Zweifel aus dem Grunde, weil sie die Folgen des Gesetzes ihren Interessen für nachteilig hält. (Zurufe bei den Sozialdemokraten; Glode des Präsidenten.)

Präs.: Ich bitte, den Herrn Reichskanzler nicht zu unterbrechen.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst: und befürchtet, daß die Macht, welche sie auf die Arbeiter ausübt, dadurch beeinträchtigt werden könnte.

Daß diese Beforgnis nicht unbegründet ist, muß ich zugeben. Ich begreife deshalb vollkommen, daß die Herren der sozialdemokratischen Partei den Gesetzentwurf bekämpfen. Was ich aber nicht begreifen würde, wäre, wenn diejenigen Parteien, deren Bestrebungen wieder auf die republikanische Staatsform, noch auf den Kollektivismus abzielen, sich auch an der grundsätzlichen Beschimpfung des Gesetzes beteiligen wollten. (Lachen links. Sehr richtig! rechts.) Denn, meine Herren, das Koalitionsrecht der Arbeiter soll nicht im geringsten beschränkt werden. (Weiterleit links.) Arbeitgebern wie Arbeitnehmern bleibt nach wie vor das Recht und die Möglichkeit, sich zur Einwirkung auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen behufs gemeinschaftlicher Verabredung zusammenzuschließen; Arbeiterausstände bleiben wie bisher möglich. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine Liebetreibung, wenn man behauptet, daß dem Arbeiter die Möglichkeit abgeschnitten werden solle, bessere Bedingungen für seine Arbeit zu erreichen. Das Gesetz soll lediglich die Beschränkung der Willensfreiheit des Einzelnen durch Terrorismus, vor allem aber das Treiben gewerkschaftlicher Agitatoren und Heher verhindern. Wenn wir das Gesetz erst in letzter Stunde vorgelegt haben, so lag der Grund der Verzögerung in Hindernissen, die die Verbündeten Regierungen zu besitzigen nicht in der Lage waren. So kam das Ende der Tagung heran. Nach den feierlichen Ankündigungen der Thronrede und bei den Gerüchten, die über den Inhalt des Gesetzes tendenziös verbreitet wurden, durften die verbündeten Regierungen nicht zögern, das Gesetz dem Reichstage vorzulegen, um damit die künstlich geschaffenen Beforgnisse zu zerstreuen. Wenn ich nicht irre, ist dieser Zweck erreicht. Jeder Unbefangene wird zugeben, daß die verbündeten Regierungen noch auf dem Standpunkte stehen, auf dem sie 1890 gestanden haben. Ich hoffe, daß wir, wenn auch nicht jetzt, doch bei späterer Behandlung ein Gesetz zu Stande bringen werden, das die Interessen der Arbeiter zu schützen geeignet ist. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

Gestatten Sie, meine Herren, daß ich den allgemeinen einleitenden Worten des Herrn Reichskanzlers noch einiges hinzufüge. Ich verpflichte mich dazu, wenn Sie meine Ausführungen befehren. Ihnen ernsthaft und aufmerksam zuzuhören. Der Herr Reichskanzler hat bereits angedeutet, daß diese Vorlage in der Öffentlichkeit seitens ihrer radikalen Gegner vorzugsweise bekämpft werde aus allgemeinen politischen Gründen und nicht aus sachlichen Gründen. In der gegnerischen Presse habe ich keine ruhige, objektive Erörterung der Frage gefunden: sind überhaupt die Zustände, wie sie sich zur Zeit entwickelt haben, länger vereinbar mit der staatlichen Ordnung? Man behauptet, wir wollten zwar formell die Koalitionsfreiheit dem deutschen Arbeiter lassen, wollten sie ihm aber thatsächlich nehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Behauptung ist unrichtig. (Widerspruch links) und diejenigen Herren, welche diese Behauptung aufstellen, wissen, daß dem so ist. (Lachen links.) Meine Herren, wir denken nicht daran, die berechtigten Koalitionsfreiheit der deutschen Arbeiter aufzuheben oder auch nur zu beschränken. Im Gegenteil, ich persönlich behaupte, daß diese Koalitionsfreiheit gewissermaßen im wirtschaftlichen Interesse aufrecht erhalten werden muß. (Zurufe: Gewiß! bei den Sozialdemokraten.) Es haben sich infolge der modernen Industrie gegenwärtig Arbeitsstätten gebildet, die den Umfang und die Einwohnerzahl einer kleinen, ja einer Mittelstadt enthalten.

Durch die wachsende Volksbildung der deutschen Arbeiter, durch die zunehmende Wohlhabenheit der übrigen Klassen sind ganz naturgemäß auch die Ansprüche der Arbeiter an ihre Lebenshaltung gewachsen und auch ihr Selbstbewußtsein. Dieses Selbstbewußtsein der Arbeiter hat sich wesentlich gesteigert unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlerchts. Die Arbeiter haben erkannt, daß ihre Interessen zum Teil solidarisch sind und daß für sie ein Vorteil darin liegt, wenn sie ihre Interessen solidarisch vertreten. Wie die Syndikate einerseits die Preise durch ihre Koalition zu erhöhen suchen, so koalieren sich unter Umständen die Arbeiter, um den Wert dessen, wovon sie leben, ihren Arbeitslohn, zu steigern. Das sind wirtschaftliche Erscheinungen, gegen die sich nichts machen läßt, mit denen das moderne Erwerbsleben meines Erachtens rechnen muß. Man kann sich damit trösten, daß jene Ueberparnung der natürlichen Wirtschaftsgüter von einer Partei oder der anderen schließlich zu einem Niedergang führt und darin ihre natürliche Korrektive findet. Ich bin in dem Hause hier häufig genug auf Aeußerungen gestoßen, die das Uebervorbereiten über die englische Arbeiterbewegung gehen hat. Selbst diese Schriftsteller, die in ihrer Weise auf einem arbeiterfreundlichen Standpunkte stehen, schreiben über englische Streilverhältnisse folgendes. Es heißt da: Das bedeutet den Stillstand ungeheurer Betriebe, das gezwungene Feiern von hunderten anderer Arbeiter, den Verkauf ihres Hausrats und das langsame Verhungern tausender an dem Streik nicht Beteiligter. (Hört! hört! rechts.) Die Wirkungen waren nicht auf diese vorübergehenden Erscheinungen beschränkt, sondern die Arbeiter haben in der That den Unternehmern in die Hände gearbeitet. Die Gewerkschaften wurden dadurch zerstört. Die inneren Kämpfe haben in allen Vereinen einen Zustand von Schwäche hervorgeworfen, von der sie sich bis jetzt noch nicht erholt haben. Aus diesem Zeugnis geht auch hervor, daß Arbeiterausstände doch ein zweifelhaftes Gut sind. Wir wollen also in diese natürlichen Verhältnisse nicht eingreifen und glauben auch, daß man darin nicht eingreifen kann. Aber wenn der Arbeiter sein Recht vertritt, kann er das in einem Rechtsstaate nur nach dem Grundsatz: nemo tenet, qui suo jure violator. Man darf von seinem Recht nur Ge-

brauch machen, soweit man das Recht eines andern nicht verletzt und nicht in seine Rechtsphäre eingreift. (Sehr richtig rechts, Unruhe links, viele Zurufe.)

Präsident Graf Vastefrem: Meine Herren ich bitte Sie, die Herren Mitglieder des Bundesrats nicht zu unterbrechen. Sie werden dann zu Worte kommen, um ihnen zu antworten und dann werde ich dafür sorgen, daß Sie auch von den Mitgliedern des Bundesrats nicht unterbrochen werden. (Große Heiterkeit.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky (fortfahrend): Meine Herren, ich verpöche, der Beizung des Herrn Präsidenten zu folgen (Weiterleit). Ich meine also, ein solcher Begriff der Koalitionsfreiheit, wie ihn die radikalen Gegner dieser Vorlage definieren, ist unvereinbar mit der Sicherheit und Ordnung irgend eines geordneten Staatswesens. (Sehr richtig! rechts.) So sehr an der Deutlichkeit, die einfach eine Zusammenstellung der Berichte lokaler Verwaltungsbehörden ist, Kritik geübt ist, so beweisen doch die Thatsachen, die diese Deutlichkeit enthält, daß man die Koalitionsfreiheit seitens der Arbeiter in einem Sinne ausgelegt hat, der mit der wahren Freiheit sowohl der Arbeitgeber, wie der Arbeitnehmer nicht mehr vereinbar ist. Ich würde es für ganz richtig halten, anstatt Ihnen hier eine besondere Vorlage vorzulegen, einfach qualifizierte Bestimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit ins Strafgesetzbuch aufzunehmen, denn die Bestimmungen dieser Vorlage bezwecken nichts, wie einen durch die Erfahrung gebotenen verstärkten Schutz der persönlichen Freiheit. (Lachen links.) Was ist Koalitionsfreiheit, was ist überhaupt Freiheit? (Weiterleit links.) Meine Herren, ich werde Ihnen die Antwort darauf erteilen und ich werde sehen, ob sie meine Antwort widerlegen können. Freiheit ist jedenfalls, etwas zu thun oder etwas zu lassen. (Stimmliche Heiterkeit links.) Meine Herren, ich begreife nicht, daß Sie so aufgeregt sind; wer das gute Recht für sich zu haben glaubt, der hat den Mut der Kaltblütigkeit. (Lachen links; Sehr richtig! rechts.) Koalitionsfreiheit ist also jedenfalls die Freiheit, sich zu koalieren oder eine Koalition abzuschließen. Es fragt sich also, wie weit sind Gewerkschaften befugt, durch Nötigung und alle die Mittel, die hier unter Strafe gestellt sind, ihre Erwerbsgenossen oder Arbeitgeber zu zwingen, etwas zu thun oder etwas zu unterlassen. In dem führenden Journal der Sozialdemokratie, der „Neuen Zeit“, heißt es bei der Besprechung dieses Gesetzentwurfs: (Der Herr Staatssekretär sucht längere Zeit vergeblich nach der betreffenden Paragrafen der Sozialdemokraten: Beberst du das die Vorlage? Sehr gut präpariert!) Also es heißt da: Das Koalitionsrecht ist eine innere Notwendigkeit der Arbeitsverhältnisse, die durch einen freien Vertrag von rechtlich freien Arbeitern geschlossen werden. Den Arbeitern das freie Recht der Koalition durch Gesetzgebung, Verwaltungsmahregeln, Rechtspredigung, Zwang seitens der Unternehmerschaft oder sonstwie — oder sonstwie, meine Herren! — zu nehmen, heißt den Arbeitern das Recht nehmen, es abzuschließen, nur unter Bedingungen zu arbeiten, die allein der Arbeitgeber vorschreibt. Auf diese Ausführungen kann ich mich durchaus beziehen. Wir wollen auch den Arbeitern das vollkommen freie Selbstbestimmungsrecht geben, unter welchen Bedingungen sie arbeiten wollen oder nicht. Die Deduktion des sozialdemokratischen Blattes enthält nur eine schwere Lüge. Die Koalitionsfreiheit ist hier nur gefordert gegenüber den staatlichen Behörden und gegenüber den Arbeitgebern, aber dieselbe Koalitionsfreiheit, die im Namen der freien deutschen Arbeiterchaft gefordert wird, verwandelt sich sofort in einen unerbittlichen Zwang, sich einer Koalition anzuschließen, sobald von Berufs-Agitatoren oder einer Minderheit von Arbeitern ein Zustand beschlossen wird. Das ist eine sehr einseitige Koalitionsfreiheit. Wenn einer Minderheit von Arbeitern die Arbeitsbedingungen nicht mehr zusagen, so verlangt sie, daß dann sofort der Beschluß, zu streiken, angehen wird als eine höhere Gewalt, als ein Epidemiaspruch, dem sich jeder fügen muß. Sie betrachtet jeden Arbeiter als Verräter, der sich diesem Spruch nicht fügt. Sehr bezeichnend in dieser Hinsicht ist eine kleine Notiz, die ich kürzlich las, über eine Aeußerung, die ein sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter in einer Berliner Versammlung gehalten und die sehr wenig paßt zu dem Begriff der Koalitionsfreiheit, den ich vorhin definiert. Der betreffende Reichstags-Abgeordnete sagte da: In der Deutlichkeit (zu dem vorliegenden Gesetzentwurf) wird besonders betont, daß es eine Pflicht des Staates sei, die Arbeitswilligen zu schützen, da diese gerade für den Staat besonders nützliche Elemente darstellten. Also diese Schlämreden, diese Dummen, die noch nicht zur richtigen Erkenntnis ihrer Lage gelangt sind (Sehr richtig! links), die sind die würdigen Stützen des Staates! Was muß das für ein Staat sein, der sich nur auf Dumme stützt! (Sehr wahr! links.) Und diese Leute soll man nicht verachten? Einen Schuft kann man nur als einen Schuft ansehen! (Sehr wahr! links.) Also wenn jemand sagt: ich bin zufrieden mit meinem Lose, ich will mich einem wildfremden Agitator nicht fügen, so ist er ein Schuft und ein Dummer! In Ihren Augen ist ja jedes Mittel entschuldbar, was dazu führt, daß die anderen sich Ihren Ansichten fügen. Es ist in Ihrer Presse immer besonders darauf hingewiesen worden, daß diese Vorlage ein unerhörtes Attentat auf die Koalitionsfreiheit (Sehr wahr, links), eine Vernichtung dieses Rechtes darstellt (Sehr wahr! links). Aber Sie werden in die Enge getrieben durch den Nachweis, wie konsequent die Vorlage unterscheidet zwischen der berechtigten Ausübung der Koalitionsfreiheit und dem durch ein übertriebenes Machtbethunsein der Arbeiter hervorgerufenen Mißbrauch derselben (Lachen links). Ohne ein Recht zu drohen den Gegnern gegenüber wäre in der That das Koalitionsrecht völlig wertlos“, so sagt der „Vorwärts“ in seiner Bekämpfung der Vorlage. Nun ist dabei gerade das äußerst interessant, daß durch die betreffende Bestimmung der Vorlage gerade die bisherige Bestimmung der Gewerbeordnung, die eine Drohung mit einer berechtigten Handlung nicht unter Strafe stellt, aufrecht erhalten wird. Es folgt daraus, daß Sie nach Ihrer Auffassung auch das Recht für sich in Anspruch nehmen, mit unberechtigten Mitteln zu drohen. Das bedeutet aber das Aufgeben der Staatsgewalt.

Ich verweise Sie da noch auf einen sehr interessanten Artikel in der „Neuen Zeit“. Da heißt es: Die Quintessenz der zehn Paragraphen besteht darin, durch eine Reihe von Kaufschulbestimmungen alles das zu hindern, was zur wirksamen Durchführung eines Streiks notwendig ist (Sehr wahr! links). Denn es giebt keine zur Durchführung des Streiks notwendige, überhaupt keine Handlung mehr, die nicht unter irgend eine Bestimmung dieses Gesetzes gebracht werden könnte. (Sehr wahr! links.) In diesem Entwurf ist aber keine Handlung unter Strafe gestellt, die nicht in dem Mittel des körperlichen Zwanges, der Drohung oder Sachbeschädigung besteht. Sie bezeichnen also diese offensibaren Rechtswidrigkeiten als notwendige Voraussetzung für die Ausübung der Koalitionsfreiheit in Ihrem Sinne.

In dieser Beziehung bemerkenswert ist eine im „Vorwärts“ abgedruckte Aeußerung des Organs des Malerverbandes. „Wehe dem“, so heißt es da, „der es wagen sollte, dem freirechtlichen Ideale der Arbeiter zu nahe zu treten. Die Annahme der Zuchtthandvorlage wäre die Proklamation der Revolution.“ Das Blatt folgert dann weiter: „Es bleibt nach der Annahme dieses Gesetzentwurfes für die Arbeiterklasse nur die Alternative: entweder sie verläßt auf jede Verbesserung ihrer Lebenslage oder sie begeben sich auf den Boden der Ungeleglichkeit. Ersteres werden die Arbeiter nie thun. Es bleibt ihnen also nur das zweite.“ Nun, meine Herren, die Drohung mit der Revolution, die kennen wir sehr gut. Sie haben ja auch gedroht mit dem großen Kladderadatsch; Sie hatten sich aber inzwischen davon überzeugen müssen, daß in der Weltgeschichte die Dinge sich nicht so schnell vollziehen, wie man es wohl manchmal in einem Vereinslokal hofft! (Sehr gut! rechts. Lachen links.)

Seit 1891 haben Sie in Ihrer Auffassung vom Recht der Arbeiter ja recht erhebliche Fortschritte gemacht. Noch 1891 hat die socialdemokratische Fraktion durch ihre Anträge zur Gewerbe-Ordnung die Verantwortlichkeit der oben bezeichneten Kampfsmittel ausgesprochen, damals haben Sie selbst diese Mittel nicht für notwendig gehalten, um das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter zu wahren. Und jetzt haben Sie den Fortschritt gemacht und sagen, ohne Drohung kann man das Koalitionsrecht überhaupt nicht ausüben! Das heißt doch nichts anderes als die offene Erklärung der Partei, daß sie die Staatskompetenz für sich in Anspruch nimmt. Sie sagt einfach: Wir beschließen, was die Arbeiter zu fordern haben, wir nehmen auch für uns das Recht in Anspruch, diesen Beschluß zu erfüllen. Wenn der Staat das dulden wollte, so legt er das Schwert der Gewalt aus seiner Hand in die der socialdemokratischen Partei. (Sehr richtig! bei Abg. v. Kardorff.) Zwangsrechte kann nur der Staat ausüben, wie ein Privatmann oder eine Partei. Darin beruht eben der logische Mangel Ihrer Deduktion, daß Sie sagen, weil die Arbeiter in ihrer Gesamtheit bessere Bedingungen durch das Koalitionsrecht zu erwerben wünschen, deshalb muß nun jeder Arbeiter sich zur Verfügung der Partei oder ihrer Führer stellen. Sie wollen zwangsweise in dem bestehenden Staat einen Staat bilden, Sie wollen die Solidarität aller Arbeiter, die vielfach gar nicht vorhanden ist, erzwingen. Ich frage Sie: Wie verträgt sich das mit Ihrer Erklärung, daß Sie für den freien Arbeiter den freien Arbeitsvertrag und zwar für jedermann verlangen? Jedermann ist doch nicht nur Arbeitgeber und Staat, sondern vor allen Dingen der Mann, der der Arbeiterbevölkerung angehört; auch der muß seinen Mitarbeitern gegenüber frei dastehen.

Es ist richtig, daß die Vorschriften der Vorlage wesentlich eingehender sind, als diejenigen der Gewerbe-Ordnung von 1869, aber selbst die Herren Socialdemokraten werden mir zugestehen, daß seit 1869 die Verhältnisse sich sehr verändert haben. Mit der zunehmenden Vergrößerung der Industrie, mit der wachsenden Volksbildung, mit der Zunahme der allgemeinen Wohlhabenheit im deutschen Volk und nicht zuletzt auch durch die Beteiligung der Arbeiter an den Reichstagswahlen hat sich das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse sehr gesteigert. Und das hat Sie dazu geführt, eine Macht für die Arbeiterbevölkerung in Anspruch zu nehmen, die mit den Interessen der übrigen Bevölkerung und der Staatsordnung absolut unvereinbar ist.

Wer die Verechtigung der Vorlage bestreitet, der muß den Nachweis führen, daß die Handlungen, die wir unter Strafe gestellt sehen wollen, sittenlos und nicht widerrechtlich sind und auch nicht die persönliche Freiheit eines anderen beschränken. Oder er muß beweisen, daß die bestehenden Gesetzesbestimmungen schon vollkommen ausreichend sind, um diese Handlungen zu treffen. Wir sind nun der Ansicht, daß diese Handlungen allerdings strafwürdig sind, und daß auch, wie die juristische Erläuterung gelehrt hat, die bisherigen Vorschriften sich als ausreichend nicht erweisen wollen. Daß wir Licht und Schatten vollkommen gleich verteilen wollen, geht daraus hervor, daß wir auch die Arbeitgeber unter Strafe gestellt haben (Lachen links), die durch ungesetzliche Mittel die Arbeiter von der Koalition fernhalten wollen. Der gleiche Antrag wurde 1891 bei Beratung der Gewerbenovelle vom Abg. Hirsch gestellt, aber vom damaligen Handelsminister Frhr. v. Berlepsch nicht angenommen. Um Ihnen zu zeigen, daß wir durchaus gerecht und unparteiisch sind, haben wir diese Bestimmung besonders in das Gesetz aufgenommen, weil es nach der Jurisdiction zweifelhaft war, ob diese Bestimmungen auch auf Arbeitgeber Anwendung finden. (Lachen links. Unruhe rechts.)

Dazu kommt, daß es bei der Anwendung dieser ungesetzlichen Mittel sich nicht einmal immer um Fragen handelt, die mit der Verbesserung des materiellen Loses der Arbeiter zusammenhängen, sondern um reine Machtfragen, vor allem darum — und das halte ich für das Bedenklichste — daß Streiks lediglich deshalb hervorgerufen werden — weil organisierte Arbeiter nicht mit unorganisierten Arbeitern zusammenarbeiten wollen, oder weil man einen Werkführer befeitigen will, der korrekt der Ansicht ist, daß er der Vertrauensmann der Arbeitgeber ist und nicht der Sozialrat der Arbeiterorganisation. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Ein englischer Socialpolitiker schreibt unter anderm über die Praktiken, die die Trade Unions in dieser Beziehung anwenden: „In jedem System der Sittenlehre ist doch das Recht zu arbeiten unbestritten, und das Recht Arbeit zu geben gleichfalls. Die Trade Unions beschließen aber den Arbeitern: Ihr sollt nicht arbeiten! Da ist schon die Sklaverei humaner gewesen.“ (Lachen links.) In dem Bericht der Royal-Commission, die sich mit diesen Dingen zu beschäftigen hatte, wird ausdrücklich festgestellt, daß es die allgemeine Politik der englischen Gewerkschaften sei, ihren Mitgliedern das Arbeiten mit unorganisierten Arbeitern zu untersagen, und daß vielfach über die Rigorosität dabei Klagen geführt wird. Deshalb hat diese Kommission auch das Bedürfnis anerkannt, die Gesetzgebung von 1875 zum Schutze der Arbeitswilligen weiter auszudehnen, um diese vor gewaltsamer Behinderung zu bewahren. Sie hielt die Kongregations-Bill von 1875 nicht mehr für genügend, und war der Ansicht, daß man die Nichtorganisierten mehr als bisher vor dem unerhörten Druck seitens der Organisierten schützen müsse. Ich will nun noch mit ein paar Worten auf den Paragraphen der Vorlage eingehen, der besonders Gegenstand der heftigsten Angriffe gewesen ist, auf den das Postenstehen betrifft.

Das Postenstehen wird von der socialdemokratischen Presse als etwas ganz Harmloses hingestellt: Da stehen so ein paar Leute vor der Thür, die beobachten, ziehen Erkundigungen ein und thun keinem Menschen was zu Leide; sie halten nur vertrauliche Rücksprache mit ihren Arbeitsgenossen. Thatsächlich liegt doch aber die Sache so, daß wenn ein großer Streik ausbricht, die organisierten Arbeiter eine Art Belagerungszustand nicht nur über die Arbeitsstätten, sondern auch über die arbeitswilligen Arbeiter verhängen. Derselbe englische Sachverständige sagt: In jenen harmlosen Beschäftigungen würden 500 Personen genügen, in dem Streikpostenstehen sind aber 11 000 beschäftigt. Wozu werden also die übrigen 10 500 gebraucht? Das Postenstehen trägt unzweifelhaft den Charakter der Drohung und der Einschüchterung. (Sehr richtig! rechts.) Um nachzuweisen, wie unbedeutend es ist, sich wegen Verbots des Streikpostenstehens auf englische Verhältnisse zu beziehen, hat eine Berliner Zeitung die Aeußerung eines bekannten englischen Gewerkschaftsführers eingeholt: „Sagen Sie, wenn behauptet wird, der Artikel 7 des englischen Versöhnungsgesetzes sei noch in Kraft, ein Bild auf die Urteile des obersten englischen Gerichtshofes bewiese das Gegenteil.“ Meine Herren, soweit ich informiert bin, ist die Behauptung, daß das Verbot des Streikpostenstehens zu einem anderen Zwecke als im Nachhinein zu geben oder zu empfangen, in der conspuration bill obsolet geworden oder aufgehoben sei, vollkommen irrig. Einem Urteil vom 13. April 1890 des court of justice wird die Siffer 4 der Section 7 des genannten Gesetzes ausdrücklich zu Grunde gelegt. Es handelt sich um einen Streik in Halifax, wobei die Streitenden die Dampfmaschinen besetzt hielten, um den Zugang fernzuhalten. Das wird als ungesetzlich erklärt. Eine Gesetzgebung, die bei uns als Attentat auf die Koalitionsfreiheit bezeichnet wird, gilt also in England als in Kraft stehend; ja die commission of labour verlangt noch ihre Verschärfung.

Es ist ferner eingewendet worden, die Bestimmungen des Gesetzes gingen viel zu weit, denn jeder Zwang, jede Drohung, jede Einschüchterung seien unter sie. Das ist ein Irrtum. Nur insoweit als Drohungen usw. vorgenommen werden, um einen Zwang in Zusammenhang mit einer Koalition oder Aussperrung auszuüben, oder soweit sie sich gegen jemand richten, der sich solchen Bestrebungen nicht angeschlossen hat, fallen unter das vorgeschlagene Gesetz.

Um den Terrorismus bei Streiks zu bekämpfen, haben wir auch die Ankäufe und Zusammenrottungen bei Ausständen unter Strafe gestellt. Für ein geordnetes Staatswesen ist es ein unerhörtes Verbrechen, daß Arbeitswillige in besondere Fabrikstädte für die Nacht untergebracht werden müssen, daß sie von Polizeikommanden zur Arbeit geführt werden müssen, wie zu Zeiten eines Bürgerkrieges. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Die Streitenden bedrohen

sie und auch ihre Angehörigen an Leib und Leben. (Widerspruch links.) Bei solchen Wasseranläufen ist es dann schwer, den Schuldiener zu finden, deshalb soll jeder bestraft werden, der an solchen Ansammlungen teilnimmt in dem vollen Bewußtsein, daß sie dazu bestimmt sind, die Arbeitswilligen einzuschüchtern. (Sehr richtig! rechts.)

Besonders scharf sind die Paragraphen des Entwurfs angegriffen worden, die sich auf die Gemeingefahr beziehen. Es ist behauptet worden, daß bei jedem Streik in einem größeren Establishment von einer Gemeingefahr gesprochen werden kann. Das ist juristisch vollkommen unzutreffend. Eine gemeine Gefahr kann nur eintreten in Bezug auf Rechtsgüter und in Bezug auf eine individuell nicht begrenzte Zahl von Personen. Ein Streik, der einem einzelnen Industriellen Schaden bringt, fällt niemals unter den Begriff der gemeinen Gefahr.

Wir haben schließlich eine Anzahl von Vergehungen, die bisher Antragsvergehungen sind, als solche qualifiziert, die von Amtswegen verfolgt werden. Zu dieser Aufzählung sind wir veranlaßt worden dadurch, daß bei Streik-Ausschreitungen unter Umständen ein solcher Terrorismus geübt wird, daß sogar die Zeugen nicht nur aus dem Stande der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer verjaget, weil sie nicht den Mut haben, öffentlich die Wahrheit zu reden aus Furcht vor den organisierten Arbeitern.

Vielmehr werden auch die schwarzen Listen von der Kritik angegriffen und man hat der Vorlage gegenüber eingewendet, daß die Nichtbestrafung der schwarzen Listen eine offenkundige Doppelmoral gegenüber den Arbeitern wäre, daß es ein ausgedehnteres Klassengesetz sei, das Streikpostenstehen zu verbieten und die schwarzen Listen nicht. Ich will zugeben, daß die schwarzen Listen unter Umständen ein oböses und wenig würdiges Mittel sind. Aber was wollen Sie? Die schwarzen Listen sollen bewirken, daß bestimmte Arbeiter, die besonders agitatorisch hervorgetreten sind, die Führer, in anderen verwandten Betriebszweigen nicht wieder aufgenommen werden. Ganz dasselbe Recht haben die Arbeiter nach dem bestehenden Gesetze auch; sie haben das Recht, eine Arbeit, die ihnen angeboten wird, nicht anzunehmen und brauchen bei bestimmten Unternehmern nicht anzutreten. Die Sache ist die: Die radikalsten Gegner der Vorlage wünschen zwar die Aufrechterhaltung der absolutesten Koalitionsfreiheit gegenüber den Arbeitgebern und den Organen der Staatsgewalt, sobald es aber darauf ankommt, die Freiheit dieser zu schränken, die sich einer Koalition nicht anschließen wollen, sind sie nicht zu haben. (Sehr richtig! rechts.) Die Koalitionsfreiheit der Socialdemokratie ist eben ein Januskopf mit zwei Gesichtern; das eine trägt die Züge der Freiheit, das andere die des absoluten bedingungslosen Zwanges. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wir wollen dafür sorgen, daß auch das Zwangsgehalt gegenüber den Arbeitswilligen die Züge gesicherter Freiheit bekommt. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Ihr Parteiheld Herr Marx (Lachen bei den Socialdemokraten) hat einmal gesagt, es wäre lächerlich, den gesicherten, fest gesügten historischen Staat auf einmal zur Explosion bringen zu wollen. Man müsse allmählich einen neuen Staat im alten Staate gründen, und wenn dieser Staat fertig wäre, müsse man die alte Schale sprengen und der Zukunftskaat wäre da. (Lachen bei den Socialdemokraten: Sie verstehen Marx ja gar nicht.) Ich verstehe Marx sehr gut! Herr Abgeordneter. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Nach diesem klugen Rezept verfährt die Socialdemokratie zur Zeit. So wie die Socialdemokratie sich entwickelt hat, trägt sie den Charakter eines Staates im Staate. Sie haben eine eigene Presse! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das Unglück ist, daß Ihre Freunde nie erfahren, was in den anderen Zeitungen steht. (Lachen d. b. Socialdem.) Sehr richtig! rechts.) Dadurch wird es unmöglich und wenn wir mit Engelszungen reden, an die Arbeiter heranzukommen. (Lachen d. b. Socialdem.) Neben Ihrer Presse haben Sie eine wohlorganisierte Polizei, die Ihre Anhörer recht weit streift und sogar in den Besitz geheimer Aktenstücke kommt, die sie auf dem Ministerische findet. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Mit dem bekannten Erlaß habe ich ja die Erfahrung gemacht. (Heiterkeit.) Sie haben weiter eine vollkommene Finanzverwaltung und ein ausgebildetes Steuersystem. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Was sind denn Ihre Streiklisten anders, als ein Steuersystem mit Zwangsverbuchung. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Leugnen Sie doch nicht, jeder Arbeiter, der nicht seine Streikliste bei sich hat, der nicht, wie Sie sagen, „reine Bälge“ hat, wird sofort hinausgeworfen. Wir haben ja gesehen, daß Arbeiter, besonders die Arbeiter der christlichen Arbeitervereine, von Baustellen zu Baustelle gehetzt wurden und keine Arbeit finden konnten, weil sie nicht steuern wollten. Also, die bürgerliche Gesellschaft thut gut daran, sich ernstlich zu überlegen, daß zum socialdemokratischen Staat im Staate alles vorhanden ist. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Es ist ja alles da. (Heiterkeit.) Ja, Sie nehmen ein Staatshoheitsrecht, das Recht der Exekutive für sich in Anspruch. Sie verfolgen und ächten den Arbeiter, der sich Ihrem Zwange nicht fügt. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Thun Sie das etwa nicht? Wir haben die allemöglichen Beweise. Sie sagen doch selbst: ohne Drohung kein Streik. Was heißt das anders als, es wird ein Zwang ausgeübt, zu dem nur der Staat berechtigt ist auf Grundlage des Gesetzes: nulla poena sine lege! Das ist der erste juristische Grundlag.

Es giebt viele Leute, die in der Anonymität der Presse außerordentlich mutig sind. Wenn es aber gilt, auf die Schenken zu steigen, dann verschwindet man im Dunkel des Waldes. (Sehr richtig! rechts.) Ich hoffe, daß diese ernste Zeit auch ein starkes, mutiges Bürgerthum findet. (Wahnspruch rechts. Auf Zurruf bei den Socialdemokraten.)

#### Abg. Webel (Soz.):

Ich hatte bis zu Beginn der Sitzung geglaubt, es handle sich hier um einen Entwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, ich bin aber durch die Reden der Herren Regierungsvertreter eines anderen belehrt worden. Ramentlich aus den Ausführungen des Grafen Posadowsky ging hervor, daß es sich eigentlich um ein verdecktes Ausnahmengesetz gegen die Socialdemokraten handelt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn Sie glauben, mit diesem Entwurf der Socialdemokratie irgendwie zu Leide gehen zu können, so wäre das eine große Thorheit. Denn, täuschen Sie sich nicht, mit diesem Entwurf werden Sie gegen die Socialdemokraten nichts erreichen. Sie werden aber damit Hunderttausende von Arbeitern, die heute noch nicht zur Socialdemokratie gehören, und in die Arme werfen. (Sehr wahr! links.) Wenn es einen Gesetzentwurf giebt, der von Rechtswegen betitelt sein sollte: „Gesetzentwurf zur Agitation und zum Vortell der Socialdemokratie“, dann müßte der hier vorliegende so genannt werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten; Lachen rechts.)

Der Herr Reichsanwalt hat gemeint, wir würden durch diesen Entwurf nicht abertastet worden sein. Da hat er vollkommen recht. Der Entwurf steht ja jetzt nahezu 2 Jahre als Wetterwolke am politischen Himmel, und wir hätten ihn erwartet, auch wenn er nicht in der Thronrede angelündigt worden wäre. Wir haben uns nur gewundert, daß er so lange auf sich warten ließ, und wir haben ja heute aus dem Munde des Herrn Reichsanwalts endlich gehört, daß das lange Jögern an „allerlei Hindernissen“ gelegen habe, d. h. weil vermutlich eine Anzahl von Regierungen, wie ich zu deren Ehre annehme, doch nicht so bereitwillig für den Entwurf zu stimmen bereit waren, wie man es von der Regierungseite gewünscht hat. (Widerspruch vom Bundesrathssitze.) Aber, meine Herren, wie dem auch immer sei, Sie irren gar gewaltig, wenn Sie glauben, uns, der Socialdemokratie mit dem Entwurf Schaden zu können. Sobald der Entwurf bekannt würde, entstand in einem großen Teil der Unternehmungsklassen allgemeiner Jubel. Auf der anderen Seite, und zwar soweit es deutsche Arbeiter im Deutschen Reich giebt, hört man nur einen allgemeinen Schrei des Jorns und der Entrüstung, und eine Empörung, wie ich sie in einem langen politischen Leben noch niemals in den Waffen gefunden habe. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Der Herr Reichsanwalt hat gemeint, daß, weil wir in erster Linie gegen den Entwurf Stellung genommen haben, damit bewiesen sei, daß

er ausschließlich die Socialdemokratie treffe. Wäre er besser von seinen Unterbeamten unterrichtet, so müßte er wissen, daß in der gesammten deutschen Arbeiterwelt, auch bei den katholischen, den evangelischen, den liberalen Arbeitern, ohne Unterschied der politischen und religiösen Ueberzeugung der Sturm der Entrüstung der allgem. Meinung ist, daß es vom Standpunkt der Regierung, der Staatsbehörden, kein unglücklicheres und ungeheureres Vorgehen geben konnte, als diese Vorlage. (Sehr richtig! bei den Soc. Widerspruch rechts.) Die Folgen werden Sie, wenn dieser Gesetzentwurf in der vorliegenden oder in einer ähnlichen Form Gesetz werden sollte, an eigenen Leibe zu spüren bekommen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. Lachen und Jurnse rechts.) Wir wissen ja alle, wo die Anregungen zu diesem Gesetz gegeben wurden. Es war in einer Privatunterhaltung in der Wachtelstraße zu Weßel bei Bielefeld, und die ganze Zeit über waren wir gefaßt, daß ein solcher Gesetzentwurf kommen würde. Die verbündeten Regierungen freilich sagen, sie hätten ja den Gesetzentwurf schon eigentlich im Jahre 1891 durch die Erklärung des Herrn von Berlepsch angelündigt, insofern als damals die sehr große Majorität des Reichstages diejenigen Bestimmungen auf den § 153 der Gewerbe-Ordnung nicht annahm, sondern ablehnte, und zugleich die Verichterstatte, der Herr Abg. Hise in blühiger Weise der Regierung eine Abfage gab, auf diesem Gebiete etwas zu ändern. Es wäre in der That vernünftiger und richtiger gewesen, die verbündeten Regierungen hätten diese damalige Abfage sich etwas besser zu Herzen genommen, als es geschehen ist. Denn sie konnten doch nicht im Zweifel darüber sein, daß, solange die Majorität des Reichstags so zusammengesetzt sei, wie sie damals war, und wie sie es noch heute ist, auf eine Verbesserung des § 153 nicht zu rechnen sein würde. In jenem Berichte des Herrn Hise wurde ausdrücklich als die Meinung der großen Mehrheit der Kommission gesagt: näher als die Verkürzung des Rechtes hätte einem Gesetze, das die Bedingungen des Arbeiterdaseins verbessern will, die freie Gestaltung und gesetzliche Anerkennung der beruflichen Organisationen der Arbeiter gelegen und seit einer Reihe von Jahren hat in dieser Richtung die Majorität des Reichstags Gesetzentwürfe eingebracht und angenommen, und nur die Regierung war es, die stets entgegenrat und bis heute sich ablehnend verhalten hat.

Man verlangt in der gesamten deutschen Arbeiterwelt, nicht bloß in der socialdemokratischen, nicht eine Einschränkung, sondern eine Erweiterung der Koalitionsfreiheit. (Sehr wahr! links.) Man sieht diesen Gesetzentwurf als eine vollständige Vernichtung nicht nur des Koalitionsrechtes, sondern auch des Organisationsrechtes der deutschen Arbeiter an. (Sehr richtig! links. Jurnse rechts.) Jawohl, meine Herren von den Rechten, sehen Sie sich nur die Bestimmungen im § 1 an, und wenn Sie dann noch behaupten, daß fernher noch eine Arbeiterorganisation bestehen kann, dann verstehen Sie den Sinn dieses Paragraphen nicht. Der § 153 der Gewerbe-Ordnung war an sich schon ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterklasse. Interessant war es mir heute, aus dem Munde des Herrn Staatssekretärs zu hören, daß man die Ueberzeugung gewonnen habe, daß auf Grund dieses § 153 die Unternehmer nicht in gleicher Weise wie die Arbeiter getroffen werden könnten. Früher haben Sie das entschieden bestritten. Als das einseitige Klassengesetz, das sich denken läßt, hat sich dieser § 153 bisher erwiesen. Ein Artikel der „Germania“ sagt, kein Jurist werde leugnen können, daß die im § 153 enthaltenen allgemeinen Ausdrücke so unbestimmt sind, daß der Kunst der Auslegung hier ein unbegrenzter Spielraum gegeben ist. Nach unserer Meinung sollten für Vergehen bei Streiks keine anderen Bestimmungen maßgebend sein, als die für alle geltenden. Indem man hier für die Arbeiter ein ganz specielles Ausnahmengesetz macht, spricht man aus, daß die Arbeiter in der heutigen Gesellschaft eine Ausnahmestellung einnehmen.

Der Herr Staatssekretär bemerkte, wie heute die Unternehmerklasse durch Dinge, Trübsal, Epidemien und dergl. alles aufbiete, um für ihre Produkte bessere Preise zu gewinnen. Welchen Druck welche Verursachung sie ausüben, werde ich später darlegen. Aber das Recht, das die Unternehmer haben, müssen die Arbeiter auch haben, ja in noch höherem Grade, weil sie die social unterdrückten sind. Etwas anderes kommt hinzu: Infolge der großkapitalistischen Entwicklung bilden sich überall mächtige Arbeiterherde. Die Zahl der Arbeiter ist von 1882 bis 1896 um circa 2 Millionen gewachsen, während die Zahl der Unternehmer abgenommen hat. Und dieser stets wachsenden Zahl der Arbeiter muß die Möglichkeit gegeben werden, ihre Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen. Wenn ein Arbeitgeber, der ein jährliches Einkommen von 30 000 Mark hat, durch günstige Konjunkturen es auf 40 000 Mark erhöht, so fällt es ihm nicht ein, deshalb seine Bedürfnisse so zu erweitern, daß er 10 000 Mark mehr ausgiebt. Wenn aber 100 Arbeiter 10 000 M. mehr pro Jahr erwerben können, so haben 100 Familien eine bessere Lebenshaltung, wovon dann der Krämer, Fleischer, Bäcker, Kaufmann, Hausbesitzer usw. den Vorteil davon haben. Und gerade Sie (nach rechts), die Sie die sogenannte Mittelstandspolitik betreiben, sollen mit aller Macht darauf hinarbeiten, daß dem Arbeiter sein Koalitionsrecht möglichst erweitert wird, damit er durch Erhöhung seiner Lebenshaltung dem Mittelstande nicht. Heute können die Arbeiter die günstige Konjunktur gar nicht so ausnutzen, weil sie den Unternehmern gegenüber zu schwach sind. Wir haben gesehen, wie in den letzten Jahren die Dividenden der Aktiengesellschaften ins kolossale gewachsen sind. Die Arbeiterlöhne sind dagegen in einer ganzen Reihe von Berufsgruppen kaum gestiegen. Der neueste Bericht der sächsischen Gewerbe-Inspektion, und die ist doch wirklich nicht arbeiterfreundlich, konstatiert, daß trotz des ausgezeichneten Geschäftsganges die Löhne wenig oder gar nicht gewachsen sind. Das höhere Einkommen ist lediglich auf die höhere Arbeitsdauer und die Ueberstundenarbeit zurückzuführen. Alles das zeigt, wie notwendig ein größeres Koalitionsrecht für die Arbeiter ist.

Die Unternehmer haben hundert Mittel an der Hand, sich den Arbeitern gegenüber zu vertheidigen. 2000 Arbeiter zu vereinigen hält viel schwerer wie 20 Unternehmer. Dazu kommt noch, daß heute die Arbeitgeber-Organisationen den Arbeiterorganisationen weit überlegen sind. Die Unternehmer sind nur zu einem kleinen Theil nicht organisiert, die Arbeiter leider in ihrer großen Mehrzahl. Und was haben die Unternehmer nicht für Mittel an der Hand! Ihre Versammlungen werden nicht abgewagt, mögen sie auch hochpolitische Themata behandeln! Es wird eben mit zweierlei Maß gemessen. Gewerkschaften werden in solchen Fällen sofort als politische Vereine bezeichnet, denen das Inverbindungtreten verboten ist. Allerdings, der Herr Reichsanwalt hat ja hier feierlich versprochen, daß § 8 des preussischen Vereinsgesetzes aufgehoben werde, aber Versprechen und Halten ist bei den Herren von der Regierung zweierlei. (Sehr gut! links.)

Der Herr Staatssekretär hat sich auch auf die Schrift der Webb's bezogen und hat auch auf einen englischen Socialpolitiker Bezug genommen, um zu beweisen, daß in England die Dinge ungünstiger liegen als bisher in Deutschland. Aber leider ist sein Studium der Webb'schen Schrift sehr unglücklich ausgefallen. (Heiterkeit.) Denn wenn das, was die Webb's in ihrem Werk vertreten, bei uns durchgeführt werden soll, da wären diese Vorschläge unmöglich. (Sehr richtig! bei den Soc.)

Es ist ja wahr — und in der Denkschrift ist es auch deutlich ausgesprochen —, daß die Regierungen ihre Sympathien den Arbeitswilligen entgegenbringen und ihren ganzen Gesinnungsreifer gegen diejenigen Parteien legen, die auf dem Wege der Koalition und des Streikes ihre Lebensweise zu verbessern trachten. Wenn Sie meinen, daß die Arbeiter, die streiken und sich dabei der Gefahr aussetzen, hungern und ihre Familien in Not und Elend zu lassen, wenn Sie meinen, daß die Arbeiter das leichtsinnig thun, dann fernen Sie die Arbeiter schlecht. (Jurnse: Streikloffen!) Nun ja, Streikloffen sind da, sogar gefüllte Streikloffen. Glauben Sie aber ja nicht, daß diese Streikloffen allein einen Streik, wenigstens einen größeren, glücken lassen. Aus einer Zusammenrottung unglücklicherer Reichstagskollegen Legien in „Theorie und Praxis“ des

deutschen Koalitionsrechts\* können Sie erkennen, daß allein der große Hamburger Hafenarbeiterstreik über 25 Millionen gekostet hat. Dazu haben auch die Arbeiter außerhalb der Association beigetragen, und ich betrachte das als ein sehr schönes Zeugnis von Solidaritätsgefühl.

Ich behaupte, jeder Arbeiter muß das Bestreben haben, seine Lebenshaltung zu verbessern. Einzelne ist aber der Arbeiter wehrlos gegenüber dem Unternehmer; er fliegt hinaus, wenn er sich irgend einer Zustimmung desselben zu widerlegen wagt. Dem Arbeiter ist daher die Koalition notwendiger als dem Unternehmer; ohne Zusammenschluß sind die Arbeiter machtlos. Nun behaupte ich: indem die Arbeiter sich zusammenschließen, um ihre Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern, begehren sie eine **kulturfördernde Tat**. Denn je besser die Lebenshaltung der Arbeiter ist, um so größer ist das Gesamtwohl unserer ganzen Gesellschaft; je mehr die Arbeiter in dem Streben nach einer höheren Lebenshaltung gehindert werden, desto größer ist ihre Verbitterung und ihr Haß gegen die bestehende Ordnung der Dinge. Wie stellen sich die Dinge nun aber in der Regierungsvorlage? Dort werden die Arbeitswilligen als ruhige Leute und für Staat und Gesellschaft besonders nützliche Elemente dargestellt, denen persönliche mit den Staatsinteressen zusammenfallende Interessen zu schenken eine wichtige und dringende Aufgabe der Staatsgewalt ist. Mit anderen Worten: **der Arbeiter, der als politisches Lebewesen eine Schafsnatur hat, der ist der richtige Idealarbeiter** (Sehr gut! links; große Heiterkeit); je dünner, je anspruchsloser, je billiger der Arbeiter ist, desto mehr entspricht er dem wahren Staatsideale. So brauchen Sie den Arbeiter: rüchständig, willig, gefügig allen Anforderungen seines Unternehmers. (Sehr gut! links.) Wenn Sie glauben, mit einer solchen Arbeiterklasse Ihren Staat auf die Dauer aufrecht erhalten zu können, dann täuschen Sie sich ganz gewaltig. Friedrich der Große soll auf seinem Totenbette ausgesprochen haben, er sei müde, über Sklaven zu herrschen; die heutigen Regierungen aber wünschen, über Sklaven zu herrschen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

(Schluß im Hauptblatt.)

## Lokales.

**Von Parteigenossen des vierten Wahlkreises** ist zum nächsten Sonntag in Schloß Weiskensee das übliche Volksfest veranstaltet worden. Seit Jahren stehen die sommerlichen Arrangements des Kreises nicht nur im Osten, sondern unter der Arbeiterschaft ganz Berlins in gutem Ruf, und so ist denn wohl auch an dem Festtage des diesjährigen Festes nicht zu zweifeln. Daß vom Festkomitee alles ausgebaut ist, um den Tag interessant zu gestalten, versteht sich von selber. „Auf nach Weiskensee!“ wird am nächsten Sonntag die Parole lauten.

**In hohem Grade beschämend für den Magistrat** ist es, was das „Berl. Tagebl.“ von einem Besuch der Schüttenlohnung in den der Stadt Berlin gehörenden Gutes Blankenfelde berichtet: „... Wir gingen unerkannt durch die Blankenfelder Häuslichkeiten und können deshalb ganz objektiv berichten... Die Schütten sind in zwei kleinen alten Gebäuden untergebracht, der ehemaligen Schule und einem Rätnerhaus. Jede Wohnstube ist für ungefähr 10-20 Personen eingerichtet. In der Mitte stehen in zwei langen Reihen die Läden. In dieser Lage bewohnt jede Familie ihre Vorräte an Wäsche, besserer Kleidung und Geld usw. auf; sie dient zugleich als Stühl; ein paar Holzstühle davor sind die Sitzgelegenheit. An den Wänden entlang ziehen sich Holzregale; jede Familie besitzt darin einige Bretter, auf denen sie ihren Konrat, Tassen usw. aufbewahrt. Die übrigen Kleider und Schuhe müssen noch im Schlafraum Platz finden. Das Kochen besorgt eine Frau, die auf einem riesigen Herd die einzelnen Töpfe — denn jeder kocht für sich allein — die die anderen vor dem Weggang angefetzt haben, abwechselnd ans Feuer schiebt und bewacht. — Seit acht Tagen, seitdem die Sache im Reichstage zur Sprache gekommen ist, hat man eine neue Raumverteilung vorgenommen. Aber noch immer schlafen in der ehemaligen Schlafstube elf Personen, je zwei und zwei in einem Bett. In den mächtig großen Kammern des anderen Hauses schlafen auf dieselbe Art je zehn Personen. Die unverheirateten Männer und Frauen sind natürlich getrennt; aber da die Eheleute sich nicht scheiden wollten und man keinen anderen Raum zur Verfügung hat, so schlafen noch immer fünf Ehepaare in fünf Betten in demselben mächtig großen Zimmer. Das einzige niedere Fenster war ganz ausgehöhlen — bei Tage war die Luft also erträglich, aber des Nachts? Und kommen wir zur moralischen Seite der Sache, so fragen wir kopfschüttelnd, wo da die Heiligkeit des Familienlebens bleibt? Und traurig und beschämt nehmen wir einen Zustand wahr, der den Menschen nicht viel höher wertet, als Haustiere.“

Stellt man sich zu diesem empörenden Wilde noch die feindliche Haltung vor, die verschiedene höhere Kommunalbeamte den städtischen Arbeitern gegenüber bekunden, sobald diese von ihrem Koalitionsrechte Gebrauch machen, so kommt man zu dem Schluß, daß der Berliner Magistrat sich eben so häßlich wie die preussischen Junkler dem Reich mit dem Zuchthausgesetz anzupassen versteht.

**Der Ausschuss für die Erhaltung des Botanischen Gartens als Park** hat am Sonnabendabend wieder eine Sitzung abgehalten, in welcher beschlossen wurde, eine im Auftrage des Ausschusses von Fräulein Josefine Freitag verfaßte Broschüre über den Botanischen Garten und namentlich seine historische Entwicklung im weitesten Umfange zu verbreiten, vor allem sei aber mittels erneuter Immediateingabe dem Kaiser zu überreichen sowie ferner allen denjenigen Behörden und Persönlichkeiten zuzustellen, welche auf die angestrebte Erhaltung des Gartens als Park irgendwie Einfluß ausüben könnten. Ferner sollen die Stadtdirektion von Berlin und Schönberg gebeten werden, gemeinschaftlich darüber zu beraten, wie der drohenden Vernichtung des Gartens durch die Baupervikulation entgegengewirkt werden könne. In der vorkühnten Broschüre wird nachgewiesen, daß der Botanische Garten ursprünglich städtischer, d. h. Berliner Grund und Boden gewesen, dann dem „Großen Fürstlichen“ zur Anlage eines Lustgartens überlassen worden ist. Aus diesem ist allmählich der königliche Botanische Garten geschaffen worden, ohne daß sowohl von der Stadt noch von der Krone die Frage des Besitzrechts an dem Terrain des Gartens geregelt worden wäre. Das Gelände ist der Krone seitens der Stadt niemals in irgend einer rechtlichen Form zum Eigentum abgetreten, sondern nur zu gemeinnützigen Zwecken: als Gemeingut zum Nutzen der Allgemeinheit, stillschweigend belassen worden, und es ist demnach auch keine Urkunde über einen Schenkungsakt beizubringen gewesen, wie ebenso wenig ein rechtlicher Uebereinstimmung seitens der Krone an den Staat vorliegt. Daraus zieht die Verfasserin den Schluß, daß die Stadt noch heute Witzebesitzerin des Terrains des Botanischen Gartens sein dürfte und bei Aufhebung der gemeinnützigen Zwecke des von ihr nur zu diesem der Krone überlassenen Geländes ihr volles Besitzrecht daran wieder dürfte geltend machen können; daß andererseits zwar auch in Frage kommen könne, ob durch Verjährung des Anspruchsrechtes der Stadt die Krone Eigentümerin geworden sei; daß aber die Staatskasse kein materielles Recht an den Grund und Boden des Gartens habe, weil auch die Krone den etwaigen Besitz des letzteren niemals an den Staat abgetreten habe.

Derartige Auseinandersetzungen haben ja immer, wo einzig Rechtsfragen in Betracht kommen, nur einen akademischen Wert. Sie allein werden den Staat von seinem Streben, unter Umständen einen Akt des Vandalismus vorzunehmen, nicht im geringsten ablenken.

**Die Inschrift, die Inschrift!** In der Verwaltungskreisliche des hiesigen Magistrats gegen den Polizeipräsidenten wegen des Vortrags auf dem Friedhofe der Märzgefallenen hat der Bezirksausschuss weiteren Verhandlungstermin auf Freitag, den 30. Juni d. J. festgesetzt.

**Unsere Oeffnen und Befrei.** Die Spielergeschichte des Klubs der Darmlosen zieht immer noch weitere Kreise.

In den letzten Tagen haben noch wieder zahlreiche Vernehmungen von zum Teil aktiven Offizieren und von Gutsbesitzern aus der näheren und weiteren Umgebung Berlins stattgefunden. Auf neue Spuren scheinen namentlich die Geständnisse eines ehemaligen Gärtners Herzfeld und eines früheren Kammerdieners Rosenfeld geführt zu haben, die in dem Klub ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Rosenfeld ist am Freitag in Untersuchungshaft genommen worden. Die beiden hatten einmal Gelegenheit, für einen jungen Aristokraten aus hochgestellten Kreisen ein Darlehen von 100 000 Mark zu vermitteln, das auf einen Wechsel über 200 000 Mark gegeben wurde. Diese und andere Beziehungen halfen ihnen, außer ihrem sicheren und gewandten Auftreten, Eingang in den Klub zu finden. Hier spielten sie die Geldmänner oder auch die Vermittler von Geldgebern. Geriet ein Spieler in Verlegenheit, so halfen sie aus. Wenn dann der Schuldner Glück hatte und mit einem entsprechenden Gewinn abschloß, so wurde davon das Darlehen mit nicht zu wenigen Zinsen abgezogen; in anderen Fälle machte man Wechsel. Ein ehemaliger Jurist und Gutsbesitzer aus Pommern hat im Klub der Darmlosen den größten Teil seines Gutes gelassen. Den Rest vertauschte er gegen ein Haus in Berlin W. und eine Hypothek. Diese fiel jedoch aus, und das Haus kam unter den Hammer und wieder in andere Hände. Auch an holder Weiblichkeit fehlt es in dem Spielerprozeß nicht. Verschiedene „Herren“, namentlich auch ältere, begünstigten sich mit dem einseitigen Amisement im Klub nicht, sondern spielten lieber in kleineren Kreisen in Damengesellschaft. Untertun bot ihnen dazu eine Dame, deren adliger Name in der Mark nicht ganz unbekannt ist und auch bei sonderbaren Beitelgeschichten schon vor Jahren häufiger genannt wurde.

**Die Untersuchung gegen den schätigen Bankrotteur Ernst Rond** nimmt einen immer größer werdenden Umfang an, da noch fortwährend Meldungen von geschädigten Gläubigern bei der Polizei einlaufen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft sind die Geschäftsbücher beschlagnahmt und die Geschäftsräume versiegelt. Der Klägsatte ist ein großer Lebemann, der für seine noblen Passionen im Verkehr mit „Ladies“ unheimlich vergewaltete. Die Höhe der Aktiva und Passiva konnte bisher noch nicht festgestellt werden, umsoweniger, als Rond Rechnungen als bar bezahlten in den Büchern eingetragen hat, während er statt des Geldes seine Aktepte gegeben hatte. Die vorhandenen Warenvorräte dürften etwa 25 000 M. betragen, denen jedoch über 100 000 M. Schulden gegenüberstehen. Als Kontrollverwalter ist der Kaufmann Brinkmeyer ernannt.

**Zur Warnung.** Durch eine Matronenflut, wie Kinder sie sich in Selterbuden und Kramläden zu kaufen pflegen, ist Sonntagmorgen die sechsjährige Tochter Anna des Handelsmanns Jacob aus der Demminstr. 18 schwer zu Schaden gekommen. Das Mädchen zerbrach die aus sehr dünnem Glas bestehende Flasche, und mehrere Splitter drangen in die Mundhöhle und den Schlund ein. Auf der Rettungswache in der Kastanienallee holte der Arzt einige Scherben heraus, andere aber waren schon so tief eingedrungen, daß man das Kind zu einer Operation in die königliche Klinik bringen mußte.

**In Gegenwart ihres Geliebten erschossen** hat sich in der vergangenen Nacht die 22 Jahre alte Verkäuferin Helene Predaw in der Kesselsstraße 6. Das junge Mädchen, das aus Reu-Kuppeln stammt, war vor zwei Jahren in einem Geschäft im Norden der Stadt thätig. Damals lernte ein Apotheker Franz W., der hier angestellt ist, sie kennen und knüpfte ein Verhältnis mit ihr an. Schon vor einem halben Jahre machte Helene Predaw, die damals in der Treustraße wohnte und zuletzt im Friedrich-Wilhelmstädtischen Bazar beschäftigt war, einen Selbstmordversuch, weil ihr Geliebter ihr die Ehe nicht versprochen wollte, wurde aber durch W.'s Eingreifen gerettet. Der junge Mann, der demnach in seine Heimat zurückkehren soll, beobachtete nun seine Geliebte härter und suchte sie auf andere Gedanken zu bringen. Sie glaubte jedoch, die bevorstehende Trennung nicht überleben zu können, und griff schließlich zum Revolver. Seit einem Vierteljahre wohnten beide junge Leute in der Kesselsstraße Nr. 6, wo sie von einer Frau S. je ein möbliertes Zimmer gemietet hatten. Die Verkäuferin ging zuletzt nicht mehr ins Geschäft, da sie Rheumatisismus im Arm hatte. Vorgestern schmückte sie ihr und ihres Geliebten Bild mit einer Lode, die der junge Mann ihr zu diesem Zwecke hatte abschneiden müssen. Beide Bilder sollte er in die Heimat mitnehmen, ebenso einen Ring, den sie ihm schenkte. In einem Briefe, den sie verpackt hinterlegte, bat sie den Geliebten, seine Geschenke, einen Ring mit einem Totenkopf und ein Armband, ihr ins Grab mitzugeben. Vorgesestern abend holte sie ihn dann wie gewöhnlich wieder von der Apotheke ab. Zu Hause fragte sie ihn ansehnlich harmlos, wo das Herz liege, und er zeigte es ihr auch, ohne sich weiter etwas dabei zu denken. Die jungen Leute begaben sich dann zu Bett. In der Nacht gegen 1 Uhr fiel plötzlich in W.'s Zimmer ein Schuß. Als er Licht machte, sah er seine Geliebte im Nachkleid blutüberströmt regungslos auf dem Fußboden liegen. Mit einem Revolver, den sie schon längere Zeit besaß, hatte sie sich, obwohl es dunkel war, genau an der von ihm gezeigten Stelle ins Herz geschossen. W. schlug Lärm und rief zum Fenster hinaus um Hilfe. Die Polizei und ein Arzt kamen bald, aber eine Rettung war nicht mehr möglich, der Tod war bereits eingetreten. Heute morgen wurde die Leiche nach dem Schauhaufe abgeholt.

**Fahrrad Diebe** haben in der Nacht zum Sonntag mit Erfolg auf dem Grundstück Warfgrabenstr. 88 gearbeitet. Hier liegen im Erdgeschosse am ersten Hof die Kontor- und Lageräume der Gesellschaft für Fahrräder und Nähmaschinenwerke. Ein Kontorbienner hatte am Sonnabend ein Fenster nicht fest verschlossen, und mit Hilfe einer Leiter drangen die Diebe ein und holten sich zwei Herrenräder heraus. Die Diebe hatten sich wahrscheinlich auf dem Grundstück einschließen lassen und fährten ihr Werk zwischen 2 1/2 und 3 1/2 Uhr morgens aus.

**In Brand geraten** war Sonntagmorgen 1/3 Uhr ein Motorwagen der elektrischen Bahn der Linie Zoologischer Garten—Schlesisches Thor am Görlicher Bahnhof. Die Flammen schlugen aus dem vorderen Radkasten unter lautem Geräusch plötzlich weit heraus, wodurch die Fahrgäste veranlaßt wurden, schlammig den Wagen zu verlassen, während das Fahrpersonal den Brand löschte.

**Beim Spielen auf der Straße** überfahren wurde Sonntagmorgen von einer Droschke an der Ecke der Frucht- und Frankfurterstraße der vierjährige Sohn Erich des Tischlers Pfeifer aus der Fruchtstraße 41. Der Verunglückte erlitt einen Bruch des rechten Armes.

**Seinen Verletzungen erlegen** ist der Gasarbeiter Richter, der am Donnerstag voriger Woche am „Phlytum“ in der Taubenstraße 24 bei der Arbeit von der Leiter stürzte und mit zerbrochenem Schädel in ein Krankenhaus gebracht wurde.

**Die dem Berliner Aquarium** jorden zugegangenen Transporte von Meerestieren bereichern insbesondere die Abteilung der Krustler, und der Besucher gerät in Verwunderung und Staunen, da er eine derartige Mannigfaltigkeit der Gestalt und Formen und solche Abwechslung hinsichtlich der Größe (von der Länge eines kleinen Fingers bis zu einem halben Meter) innerhalb eines so ansehnlich engumgrenzten Kreises, wie ihn die „Archie“ darbieten, nicht für möglich hält. Nicht weniger als dreizehn Arten verschiedener Gattungen und Familien kamen an, um die vorhandenen Bestände zu ergänzen. Der Meise unter den Krabben ist die zur Familie der Dreieckkrabben gehörende große Meeresspinne oder Teufelskrabbe, deren dreieckige, vorn zugespitzte rötliche Kappe zwar nur handlang ist, deren Größe jedoch infolge der langen kräftigen Beine sich viel bedeutender ausnimmt.

**„Das Zuchthauslied.“** Ein Schrei des Jorns war die Antwort des Proletariats auf das Knebelgesetz, das gegenwärtig im Reichstag zur Beratung steht. Aus Millionen Arbeiterleihen drang jener Schrei, der den herrschenden Klassen die elementare Kraft offenbarte, mit der das deutsche Proletariat trotz allen Hindernissen vorwärts schreitet auf dem Wege zur Freiheit. Da jammte es auch dem Richter, der Gewalt dieser Volksbewegung Ausdruck zu geben. In dem Zuchthauslied unseres Parteigenossen Ernst Freygang spiegeln sich die Gedanken der deutschen Arbeiterschaft wieder. In edler

Form ist hier ausgedrückt, was den Arbeiter bewegt gegenüber jener Gesetzesvorlage, in deren Angeficht selbst in bürgerlichen Kreisen die Frage laut wurde, ob denn die Leitung des Staates ihren sozialen Zweck darin sehe, das deutsche Volk zu billigen Arbeitskräften einer Handvoll Großkapitalisten zu dressieren?

„Sind wir denn feige Vögel?“  
„Sagt's, die Ihr uns bedroht!“  
„Den Kerker unsern Besten?“  
„Zuchthaus dem Kampf ums Brot!“  
„Sagt Ihr schon die Skelette?“  
„Der Frühgeforderten nah?“  
„Die große Schädelstätte?“  
„Der Arbeit Golgatha?“

„Und wenn's in unserm Reichen  
Nun blüht und zukt und großt,  
Dann laßt die Heuschrecken —  
Ihr habt es so gewollt!  
Ja oder Nein die Rede!  
Freund oder Feind im Streit!  
Und wollt Ihr denn die Fehde —  
Wir sind bereit!“

Der Vertrieb der im Selbstverlage des Verfassers erschienenen Dichtung, aus der wir hier einige Strophen wiedergegeben haben, ist von der Buchhandlung Bortwirts übernommen worden. Wir zweifeln nicht daran, daß die martigen Verse in der deutschen Arbeitererschaft Wiederhall finden und bald in aller Munde sind.

## Aus den Nachbarorten.

**Achtung, Großlichterfeste!** Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, findet bei Bagel, Hauptstr. 104, eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Rubeil über: „Die Zuchthausvorlage“ sprechen wird. Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vertrauensmann.

**Wilmersdorf.** Im sozialdemokratischen Verein bei Witte, „Volksgarten“, spricht Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, G. Wehrnd über: „Verschiedene Lohnformen“.

**Aus Spandau** wird berichtet, daß Ober-Bürgermeister Koelge den Strafantrag wegen Beleidigung gegen unseren Parteigenossen Stadtvordnerten Dusch zurückgezogen hat, nachdem dieser in öffentlicher Sitzung der Stadtvorordneten seine Anfechtung widerrufen hatte.

**Zwei Opfer** hat nun bereits die Abholzung der Schönhauser Heide bei Reider-Schönhausen, auf der eine Villenkolonie entstehen soll, gefordert. Der 55 Jahre alte Arbeiter Koch, der von einem fallenden Baume getroffen, mit einem Schädelbruch nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht wurde, ist hier gestorben. Der erste Fall betraf den 62jährigen Zimmermann Karl Vartus aus Jepernsd., dem ein Ast eines niederstürzenden Baumes mehrere Rippen und das Rückgrat zerquetschte, während er abseits einen anderen Baum zersägte. Vartus starb gleich nach der Ueberführung in ein Krankenhaus. Diese beiden Unfälle mit tödlichem Ausgang werden vielleicht noch ein gerichtlichcs Nachspiel haben, da es bei der Arbeit an der Anwendung der notwendigen Vorkehrungsmaßregeln zu fehlen scheint. — Ein dritter Unglücksfall trat sich, wie ein hiesiges Blatt meldet, wie folgt zu: Beim Fällen eines Baumes geriet ein Arbeiter unter den im Fallen begriffenen Baum. Der Arbeiter erlitt einen schweren Schädelbruch und verlor sofort. Ob denn nun endlich für die nötigen Sicherheitsmaßnahmen gesorgt ist?

## Verfassungen.

**Die Arbeiter und Arbeiterinnen** hielten am Montag eine öffentliche Versammlung bei Graumann, Hauptstr. ab. B. Jahn hielt einen Vortrag über: Die Ausbeutung des Proletariats und der Zuchthausarbeit. Der Redner erntete großen Beifall für seinen Vortrag; eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Weiße forderte die Anwesenden auf, recht regen dafür Sorge zu tragen, daß der „Vorwärts“ mehr in den Arbeiterkreisen gelesen wird. Der Bericht des Vertrauensmanns wies eine Einnahme von 27 M., eine Ausgabe von 21,50 M. auf. Dem Vertrauensmann wurde Decharge erteilt. Darauf wurde Hel. Trode als Vertrauensperson gewählt. Nachdem noch über die Tätigkeit in der Belvet-Fabrik gesprochen wurde, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Deutscher Senefelder-Bund.** Mitteilungsblatt Berlin. Heute abend 6 Uhr im Restaurant Wiesel, Stralauerstr. 67; Mittelglieder-Versammlung und Verhandlung.

## Vermischtes.

**Eisenbahnunglück.** Amlich wird aus Königsberg l. Pr. gemeldet: Sonntagabend 11 sind diezüge Nr. 17 und Nr. 88 in der Höhe Nr. 2 der Haltestelle Juditten aufeinander gefahren; der Zugführer des Zuges 88 ist an den Beinen verletzt, Zugführer des Zuges 17 und ein Reisender des Zuges 88 haben leichte Quetschungen erlitten.

**Aus Kaiserlautern** wird berichtet: In der Grube „Nordfeld“ ging Sonnabendabend ein Sprengschuß verpätet los. Zwei Bergleute wurden sofort getötet, ein Bergmann wurde lebensgefährlich, zwei leichter verletzt.

**In dem Schiffunglück bei Züschow** an der Oder wird noch weiter gemeldet: Es sind jetzt dreizehn Leichen geborgen worden; nach dem Knaben Schulz aus Stolzenhagen und der 21-jährigen Tochter des Kupferhändlers Beer in Grabow wird noch gesucht. — Das Gerücht, daß der Kapitän Gerte vom Dampfer „Böllig“ verhaftet worden sei, bestätigt sich nicht. Anlag zu dem Gerücht war der Umstand, daß der Kapitän einem längeren Verhör unterzogen wurde.

**Übermals eine Schiffskatastrophe.** Aus Frederiks-Havn, 18. Juni, wird gemeldet: Der Dampfer „Mauritius“ aus Glasgow, welcher sich auf der Reise von Kosta nach England befand, stieß in der Nacht mit dem Danziger Dampfer „Artus-Hof“, der von Wlch nach Danzig fuhr, zusammen. Mehr Minuten nach dem Zusammenstoß sank der „Artus-Hof“. Mehr Mann der Besatzung, darunter der erste Maschinist, sind ertrunken. Der Kapitän und sieben Mann wurden von dem „Mauritius“ aufgenommen, welcher hier mit starken Beschädigungen am Bug eingelaufen ist.

**Streit auf dem Technikum Mittweida.** Die Studierenden des Mittweidener Technikums haben beschloffen, die Vorlesungen bis auf weiteres nicht mehr zu besuchen. Gründe hierfür sind: 1. Die von der Direktion nicht bewilligte Absetzung eines Lehrers, der sich seitens der Direktion der größten Unbeliebtheit erfreut. Derselbe ist hervorgerufen durch die große Ungerechtigkeit und Parteilichkeit dieses Herrn seinen Zuhörern gegenüber. 2. Die allgemein als ungerecht anerkannte Ausweisung eines Studierenden von obigen Institut. Die Ausständigen sind entschlossen, die Vorträge nicht eher zu besuchen, als bis für sie ein günstiger Bescheid von seiten des Direktoriums erfolgt ist.

**In Wien** stürzte sich der 20-jährige Sohn des Reichstagsabgeordneten Stranzkewicz aus einem Fenster der elterlichen Wohnung und blieb schwer verletzt auf dem Straßenpflaster liegen. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht. Der Beweggrund der That ist räthselhaft, da der Verletzte ein vorzüglicher Schüler der Theresianischen Akademie war und mit den Eltern im besten Einvernehmen lebte.

**Opfer des Achtmillimeter-Geschosses.** In einem Garten-Restaurant der in der Nähe von Prag gelegenen Ortschaft Vodhor ging auf bisher unauferklärte Weise der Karabiner eines Gendarmen los, wodurch ein Waffner getötet und zwei verwundet wurden. — Wozu ist es eigentlich nötig, daß die Gendarmen Schießprügel tragen?

**In Charlton, Rußland,** ging am 16. d. M. ein verheerender Hagelschlag mit Sturm und starkem Gewitter nieder. Das Wasser trug eine ganze Schafherde davon. Zwei Hirten wurden vom Wllg erschlagen. Die Saaten haben sehr gelitten.

**Drei Tage hind gewandert.** Einer bewundernswürdigen Energie verdankt der 19jährige Wiener Schriftsteller Emil Hahl, der am 13. d. M. bei einer Besteigung der Raxalpe verunglückte, seine Rettung. Er war etwa 5 Meter tief abgestürzt, bis er fern ab von begangenen Wegen, eine steile Wand erkletterte wollte, und hatte sich dabei den rechten Unterschenkel gebrochen. In diesem Zustand bejaht er die Geistesgegenwart, alles Nötige zu seiner Rettung vorzunehmen. Er hatte einen Samariterkurs gehört und benutzte das, was er dort gelernt hatte, zu seiner Rettung. Das Wetter war trüb und regnerisch, Hahl konnte daher nicht erwarten, daß er von Touristen Hilfe erhalten werde. Er machte sich daran, eine Art Schiene für seinen gebrochenen Fuß herzustellen, indem er dazu seinen Stock und einige aufgekiesene Äste benutzte. Da er erkannte, daß er verloren sei, wenn es ihm nicht gelänge, an eine Stelle zu kommen, wo man seine Hilferufe vernehmen konnte, begann er, sitzend oder auf dem Rücken liegend, sich unter gräßlichen Schmerzen von Stelle zu Stelle bergab zu schieben. Den geschienten Unterschenkel legte er über den linken Schenkel. In diesem Zustande brachte er drei Tage und drei Nächte zu. Er hatte während dieser Zeit nichts zu essen und trank nur Wasser aus Rimpeln, an denen er vorbeikam. So legte er unter Qualen einen Weg zurück, zu dem ein Fußgeher höchstens anderthalb Stunden bedarf. Er ließ den Mut nicht sinken und bewegte sich immer weiter, bis er am dritten Tage so erschöpft war, daß er nicht mehr weiter konnte. Es war am 16., vormittags, als in der Nähe des Hotel Kaiserbrunn seine Hilferufe von einem Dienstmädchen vernommen wurden. Das Mädchen ging dem Rufe nach und fand den Verletzten ganz erschöpft auf einer Wiese liegend.

**Marktpreise von Berlin am 17. Juni 1899**  
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen	D. Cir.	16,30	15,10	Schweinefleisch 1 kg	1,00	1,10
*) Roggen		15,-	13,80	Rothfleisch	1,80	1,-
*) Futter-Gerste		13,50	12,80	Hammelfleisch	1,60	1,-
*) Hafer gut		15,60	15,10	Butter	2,40	1,80
*) mittel		15,-	14,50	Eier	60 Stüd	3,60
*) gering		14,40	14,-	Rarpien 1 kg	1,80	1,20
Nichtstroh		4,-	3,60	Kale	2,80	1,20
Heu		6,70	4,-	Zander	2,80	1,20
*) Erbsen		40,-	25,-	Hechte	2,40	1,20
*) Speisebohnen		50,-	25,-	Varische	1,60	0,80
*) Rindfleisch		70,-	30,-	Schleie	2,50	1,20
Rindfleisch, neue		6,-	4,-	Biele	1,40	0,80
Rindfleisch, alte 1 kg		1,60	1,20	Kreife	per Schock	14,-
do. Land		1,20	1,-			

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsscheite - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.  
†) Kleinhandelspreise.  
Produktenmarkt vom 19. Juni. Roggen zog um 1/4 M. an, im Anschluß hieran notierte auch Weizen um 1 M. höher. Hafer behauptet, aber weniger beachtet. Mais fest, Rüböl anziehend. Auf härtere Voco-jahre zeigte sich an der Haltung des Spiritusmarktes eine Abschwächung. Angeboren waren 90 000 Liter 70er Ware, die mit 40,30 M. (- 0,30 M.) Abnehmer fanden. 50er Ware nicht zugeführt.  
Kartoffelmarkte. Berlin, 19. Juni. Feinste Kartoffelstärke per 100 Kg. — M. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. 20—20,10 M., do. Supra 20,75 M., do. Secunda 15,00—17,50. Prima Kartoffelmehl per 100 Kg. 20—20,10 M., do. Supra 20,75 M., do. Secunda 15—17,50 M.

**Berlins Getreide- und Mehlzufuhren zu Wasser vom 17. Juni mittags bis 18. Juni mittags betragen** 180 Tn. Roggen, 500 Tn. Hafer, 110 Tn. Gerste, 12 Tn. Erbsen, 301 Tn. Mais, 2700 D. Cir. Weizenmehl.

**Witterungsübersicht vom 19. Juni 1899, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer Hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. F. C. u. F.	Stationen	Barometer Hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. F. C. u. F.
Swinemünde	758 RD		3/15 Seb	13	17	Saparanda	767 D		2	wolkig	17
Hamburg	756 SD		1wolkig	18	13	Petersburg	759 DRD		2	wolkig	13
Berlin	757 DSD		1heiter	16	14	Wort	753 DSD		3	wolkig	14
Wiesbaden	761 RD		3wolkig	15	12	Aberdeen	751 S		3	wolkig	12
München	758 SD		1heiter	16	15	Paris	757 SD		3	bedeckt	15
Wien	755 RD		1bedeckt	16							

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 20. Juni 1899.**  
Biemlich warm, teils heiter, teils wolkig bei schwachen südöstlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.  
Berliner Wetterbureau.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost)**  
Dienstag, den 20. Juni 1899, abends 8 Uhr.  
**Verammlung**  
im Lokale des Herrn Brüder, Waldemarstr. 75.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Invaliditäts-Novelle. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Molkenbühr.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Gäste haben Zutritt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr,  
im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstraße 42:  
**Verammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. Referent wird in der Verammlung bekannt gemacht.  
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Gäste haben Zutritt.  
Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg**  
Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Wernicke, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 39  
**Verammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Paul Jahn** über: „Welthandel und Kolonialpolitik.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Verein für Stralau-Rummelsburg und Umgegend.**  
Am Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
**Öffentliche Versammlung**  
im Lokale des Herrn Kroschky, Jr. Weichsmitz, Neue Prinz Albrechtstr. (Kie).  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Gen. **Dr. Freudenberg** über: „Die Bedeutung des Tuberkulose-Kongresses für die Arbeiterschaft.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr,  
in Cohns Festsaal, Deuth-Strasse Nr. 20/21, 1 Treppe:  
**Verammlung**  
der Vertrauensmänner sämtlicher Bezirke und Branchen.  
Tages-Ordnung:  
1. Die gegenwärtigen Streiks in unserem Beruf, die Ausperrungen der dänischen Arbeiter und der Berliner Rauer. [108/16]  
2. Wirtschaftstreit und Differenzen, Festsetzung der Streikbeiträge.  
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

**Rixdorf. Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Klenke, Bergstrasse 137:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. — Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend.**  
Montag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresdenerstrasse 45:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht. 2. Antrag des Vorstandes: Auflösung des Vereins.  
3. Mitteilungsblatt legitimiert.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
(Verwaltungsstelle Berlin.)  
Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Rautenberg, Cranienstrasse 180:  
**Vertrauensmänner-Konferenz für den Süden.**  
Das Erscheinen aller Vertrauensleute ist notwendig.  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Fliesenleger!**  
Am Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c:  
**Öffentliche Versammlung der Fliesenleger Berlins und Umgegend.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abfassung der Klagen. 2. Festsetzung der bestehenden Mißstände.  
3. Abfassung der wirtschaftlichen Lage.  
Der Vertrauensmann der Töpfer Berlins u. Umgegend.  
H. David.

**Zimmerer Berlins und der Vororte.**  
Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:  
**Grosse Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Ausperrung der **Mauerer** Berlins und der Vororte durch den Unternehmerbund. 2. Verschiedenes.  
**Kameraden! Die außerordentlich kritische Situation im Baugewerbe erfordert die Anwesenheit eines jeden Berufsgenossen.**  
Die Infolge der Rauerbewegung arbeitslos gewordenen Kameraden werden aufgefordert, sich im Laufe des Mittwochs in unserem Bureau Dragonerstrasse 15 zu melden.  
Die Vertrauensleute. J. A.: **Theodor Fischer.**

**Dachdecker und Berufsgenossen!**  
Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr:  
**Große öffentliche Versammlung**  
im „Englischen Garten“, Alexanderstrasse 27c.  
Tages-Ordnung:  
1. Wie stellen sich die Kollegen gegenüber den Weisern, welche unsere Forderungen bis jetzt noch nicht bewilligt haben? 54/8  
2. Verschiedenes.  
**Die Lohnkommission.**

**Achtung! Tabakpüker. Achtung!**  
Mittwoch, den 21. Juni, bei Zabell, Lindenstrasse 106:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Die Ausperrung der **Mauerer** und unsere Stellung dazu. Kollegen, da die Sache ernst ist, so erwarten wir, daß kein Kollege in der Versammlung fehlt.  
G. Gollert, Bevollmächtigter.

**Musikinstrumenten-Arbeiter!**  
Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
**Öffentl. Versammlung**  
im Lokale des Herrn Rautenberg, Cranienstrasse 180.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Streik der Steinleger, die Ausperrung in Dänemark und die Ausperrung der Rauer in Berlin.  
2. Wie können wir dieselben am thätigsten unterstützen.  
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen erwarten wir von allen Kollegen pünktliches Erscheinen.  
Der Vertrauensmann: **J. Arndt.**

**Achtung! Bauarbeiter-Achtung!**  
**Vertrauensmänner-Centralisation.**  
Am Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstrasse 27c:  
**Verammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Die Massen-Ausperrungen und wie gedenken wir in der Zukunft vorzugehen? 31/9  
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
J. A.: **Fr. Krüger, Vertrauensmann.**

**Töpfer Berlins und Umgegend!**  
Kollegen! Allen Beschlüssen der Töpfer Berlins zum Trost versuchen es einzelne Kollegen, Euch zum zweitenmal zu einer heute Abend stattfindenden öffentlichen Versammlung einzuladen. Nachdem alle ihre Machenschaften, unsere Organisation zu zerschlagen, sich als fruchtlos erwiesen haben, versuchen sie es nunmehr mit Versammlungen, die auf denselben Tag einberufen werden, an dem unsere Verbandsversammlungen stattfinden. In der vorigen Woche ist deshalb unsere Generalversammlung ausgefallen, damit die Kollegen die öffentliche Versammlung besuchen sollen. Da in dieser Versammlung die Kollegen gezeigt haben, daß sie mit dem Vorgehen dieser einzelnen Personen, in ihrer Mehrzahl nicht einverstanden sind, wendet man sich in einem 2. Aufruf an Euch und fordert Euch zum Besuch einer heute Abend stattfindenden öffentlichen Versammlung auf. In dieser Versammlung soll die abgelehnte Resolution Thema mit einer Güter Meinung (sicherlich Rechnung tragenden Änderung) durchgedrückt werden. Die Verantwortlichen dieser Versammlung beweisen aber dadurch, daß sie zum zweitenmal an demselben Abend, wo der Verband eine Versammlung anberaumt hat, auch eine öffentliche Versammlung einberufen, daß es ihnen nicht ernst mit der Aufhebung unserer wirtschaftlichen Lage ist. Man will neben den Leiden jetzt schon bestehenden zwei Organisationen noch ein drittes Institut ins Leben rufen. Kollegen! Es liegt in Eurem Interesse, die Bestrebungen jener Leute nicht zu unterstützen. Erscheint deshalb heute Abend in der bei **Bunske, Grenadierstrasse 33,** stattfindenden Versammlung des Verbandes, und laßt jene Personen, welche unter Beiseitehaltung der Beschlüsse der öffentlichen Versammlung vom 6. Juni 1897 die heutige öffentliche Versammlung einberufen haben, unter sich. Alle in dieser Versammlung gefassten Beschlüsse haben für die Berliner Kollegenschaft keine Gültigkeit. Am Donnerstag findet eine öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins statt, in der die nötigen Schritte erwoogen werden sollen, die es uns ermöglichen bei passender Gelegenheit in den Lohnkampf einzutreten.  
**Der Vertrauensmann der Töpfer Berlins u. Umgegend.**  
H. David.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Sonnabend, den 17. Juni, mittags 12 Uhr, verstarb an der Schwindsucht unser langjähriges Mitglied, der Instrumentenmacher **Otto Weinreich.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Prinzen-Allee, aus statt.  
112/16 Die Ortsverwaltung.

**Central-Kranken- u. Sterbefälle der deutschen Wagenbauer**  
Ortsverwaltung Berlin I.  
Nach langem Krankenlager verstarb der Tischler **Albert Schmidt.**  
Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Remerstr. 22, aus statt. 7163  
Um rege Beteiligung bittet  
Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Martha Horsch,** geb. **Sassenberg,** sage allen meinen Freunden, Bekannten und Genossen meinen tiefgefühltesten Dank.  
2091L **Paul Horsch.**

**Kranzbinderi u. Blumenhandlung von 16082**  
**Robert Meyer,**  
No. 2. Mariannenstr. No. 2.  
Wohnungs-Kränze, Guirlanden, Bouquets, Bouquets z. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.  
auf Teilszahlung.  
**J. Kellermann,**  
Prinzenstr. 97,  
parterre, Eingang vom Flur. 1

**Sophastoffe**  
auch **Reffe**  
in Rippe, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelins und Plüsch (preisbillig!) 16092  
Proben franco!  
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.  
Länderstoffe  
**Emil Lefèvre,** Berlin S., Cranienstr. Nr. 158.

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:  
**Das Zuchthaus-Lied**  
Von Ernst Proczag.  
Preis 10 Pf. Buchhandlung Vorwärts.  
Wiederverkäufer Rabatt.

**Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Deutschlands**  
(Filiale Berlin I, Steindrucker und Berufsgenossen).  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Alexanderstrasse 27c:  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Genossen **Zubell.** 3. Diskussion. 90/12  
4. Verschiedenes.  
Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
Die Verwaltung.

**Anarchisten. Achtung! Sozialisten.**  
Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gouisenstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstrasse 37:  
**Volks-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Unsere Stellung zur Zuchthausvorlage. Referent: Genossin **Fanny Jule.** 2. Diskussion. 69/7b  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Einberufer.

**Verband der Sattler, Tapezierer und verwandter Berufsgenossen.**  
Heute Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Roll, Abalberstrasse 21:  
**Gemeinschaftliche Versammlung der drei Filialen Berlins.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn **Dr. Weyl** über: „Was hat der Pungen-tuberkulose-Kongress dem Proletariat gebracht?“ 2. Diskussion. 3. Erziehung eines Liedes zum Central-Kundsch. 4. Verschiedenes. [157/1  
Zahlreiches Besuch erwarten  
Die Vorstände.

Zur Massenausperrung der Berliner Maurer.

Ueber die Situation des Streiks bezw. der Ausperrung liegen uns von den Gruppensammlungen der dabei beteiligten Arbeiterkategorien nachstehende Berichte vor:

Die Maurer

Hielten am Montagvormittag eine sehr stark besuchte Versammlung bei Keller ab. Die Versammlung tagte unter Leitung von Silberjahn und Regle, Mitglieder der Lohnkommission der centralen und lokalen Richtung. Auch in Zukunft werden diese gemeinsamen Versammlungen von den durch den Central-Ausschuss hierzu bestimmten Personen geleitet werden.

Nach dem Bericht, den Silberjahn erstattete, ist eine wesentliche Aenderung der Situation, wie sie von uns in der letzten Sonntagsnummer geschildert worden ist, nicht eingetreten. Allerdings ist wieder auf einigen Bauten und zwar von maßgebenden Firmen der geforderte Stundenlohn bewilligt worden.

Obwohl die Vertreter der Arbeiter vor dem Gewerbebericht v. Schulz erklärt haben, daß sie eventuell zu Verhandlungen geneigt wären, ist kaum zu erwarten, daß auch die Unternehmer zu Verhandlungen geneigt sind, um eine Einigung herbeizuführen.

Die Stimmung unter den Ausständigen ist eine in jeder Hinsicht vorzügliche, und sie sind auf alle weiteren Schritte, welche von dem Unternehmertum unterommen werden, genügend vorbereitet.

Die Bager

die gestern, Montagvormittag bei Keller, Koppenstraße, eine Versammlung abhielten, um zu der Aussperrung der Maurer Stellung zu nehmen, und die von fast allen in Berlin und den Vororten arbeitenden Bägern besucht war, beschloßen folgende Resolution:

„In Rücksicht darauf, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts Einigungsversuche eingeleitet hat, hält die Versammlung der Bäger Berlins und Umgegend eine sofortige Arbeitseinstellung zu Gunsten der ausgesperrten Maurer nicht thunlich und beauftragt die Lohnkommission, zu Donnerstagnachmittag 4 Uhr eine Versammlung zur weiteren Beschlußfassung einzuberufen.“

Außerdem gelangte ein Antrag zur Annahme, nach welchem jeder Bager, der gearbeitet hat, verpflichtet ist, für die verfloßene Woche 3 M. an den Fonds der Bäger abzuführen.

Zu der Diskussion wurden die Maßnahmen der Unternehmer lebhaft kritisiert und das Verhalten der Maurer allgemein gutgeheißen. Alle Redner bekräftigten ein solidarisches Handeln gegenüber den Maurern.

Hauptsächlich kommt es auf diejenigen Bauten an, wo bereits die Bäger ihre Thätigkeit begonnen haben, weil in diesen Bauten ein ungeheures Kapital in Frage kommt und die Unternehmer naturgemäß bestrebt sind, diese fertigstellen zu lassen, während ihnen durch die Arbeitsruhe auf den anderen Bauten weniger, unter Umständen gar keine Nachteile erwachsen.

In Betracht kommt noch, daß es den Bägern nach Beendigung der jetzt in Angriff genommenen Arbeit schon nach kurzer Zeit, falls der Kampf nicht bald beigelegt wird, an weiterer Arbeitslosigkeit mangelt und sie sowieso zur Arbeitslosigkeit verurteilt sein werden. Ein Teil der Bauten dürfte, wenn die Arbeit von den Bägern fortgesetzt wird, schon in den nächsten Tagen fertig gestellt sein. Aus diesem Grunde war die Stimmung für die sofortige Arbeitseinstellung, um die Maurer dadurch zu unterstützen, vorherrschend.

in Aussicht auf die schwebenden Verhandlungen vor dem Gewerbebericht und um wieder die Bereitwilligkeit der Arbeiter zur Beilegung des Kampfes zu erkennen zu geben, wurde von mehreren Rednern und auch von dem Verbandsvorsitzenden Bömelburg die obige Resolution, die die Zustimmung der großen Majorität der Versammlung fand, befürwortet. Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten, wurde die imposante Versammlung, die sich des Ernstes der Situation völlig bewußt war, mit der Anforderung zum Anschluß an die Organisation und mit einem begeisterten Hoch auf den guten Ausgang des Kampfes geschlossen.

Die Bauarbeiter (Hilfsarbeiter).

soweit sie durch die Aussperrung der Maurer in Mitleidenschaft gezogen sind, hielten am Montag vormittag eine Versammlung ab, die den Cohnschen Saal vollständig füllte. Es wurde mitgeteilt, daß sich die Situation seit der letzten Versammlung wenig geändert habe. Infolge der am Sonnabend erfolgten erneuten Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen von Maurern sei die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter ebenfalls vermehrt worden, jedoch ließen sich noch keine genauen Zahlen angeben. Um denjenigen, welche Berlin verlassen wollen, einen Leberbild über den auswärtigen Arbeitsmarkt zu geben, sollen die Orte, wo Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, im Verbandsorgan bekannt gegeben werden.

Am Freitag, vormittags 10 Uhr, findet wieder eine Versammlung im Cohnschen Saale statt.

Der Verband der Zimmerer

hatte für Sonntag eine Versammlung nach den Arminiahallen einberufen, um die durch das Vorgehen der Unternehmer des Baugewerbes geschaffene Lage zu beraten.

Der Referent Kube führte aus: Ohne Zweifel sei die Situation durch die Aussperrung der Maurer auch für die Zimmerer eine ernste geworden. Ein Teil der letzteren werde entlassen werden unter dem Vorwand, daß wegen der Aussperrung der Maurer Arbeitsmangel eingetreten sei. Es sei auch zu erwarten, daß die Verhältnisse, welche das Unternehmertum an den Maurern auslöst, den Zimmerern sowie den sonstigen Bauarbeitern spürbar gemacht werden solle.

Für den gegenwärtigen Kampf im Baugewerbe sei einzig und allein das Unternehmertum verantwortlich. Sowohl die Zimmerer wie die Maurer haben in diesem Frühjahr an den Bund der Baugewerksmeister das Verlangen gestellt, er möge sich mit der Organisation der Arbeiter auf Festlegung der neunständigen Arbeitszeit und des Stundenlohnes von 60 Pfennig einigen. Durch die Festlegung des von den Arbeitern im vorigen Jahre errungenen Tarifs sollte dem Kampfzustand im Baugewerbe ein Ende gemacht werden. Das sei die Absicht der Arbeiter gewesen. Die Unternehmer hätten aber das Verlangen der Arbeiter strikte zurückgewiesen und gesagt, sie würden sich niemals auf Festlegung eines Minimallohnes einlassen, sondern sie müßten in jedem Falle freie Hand hinsichtlich der Festlegung der Arbeitsbedingungen behalten. Die Arbeiter seien also nicht schuld daran, daß gegenwärtig wieder der Kampf ausgebrochen ist, sie würden sich aber nicht scheuen, den ihnen angebotenen Kampf anzunehmen. Der wahre Grund der Aussperrung der Maurer sei nicht die Lohnforderung derselben, sondern die Unternehmer hätten nur die Gelegenheit benutzt, um das auszuführen, was der Innungstag in Breslau beschloßen hat, nämlich die Arbeiter im Baugewerbe insgesamt auszusperrn, um die Kassen der Organisation zu sprengen.

Wenn die Aussperrung noch nicht auf die Zimmerer ausgedehnt worden ist, so liegt das nur daran, daß es den Unternehmern an einem Grunde fehlt, welcher einem solchen Vorgehen vor der Öffentlichkeit den Anschein der Berechtigung geben kann. In der Absicht der Unternehmer liege es — wie Redner bestimmt wisse — alle Arbeiter im Baugewerbe aus-

zusperrn, um die Organisationen derselben zu zerstören. Um den Unternehmern keinen Grund zur Aussperrung der Zimmerer zu geben, empfahl der Redner, vor der Hand keine Forderungen zu stellen, auch nicht wegen Durchführung des Stundenlohnes von 60 Pf., die Arbeit niederzulegen. Sollte es aber dennoch zur Aussperrung der Zimmerer kommen, so würden dieselben im Kampfe für die Organisation ihren Mann stehen. (Beifall.)

Der Redner gab hierauf das Resultat einer am 8. Juni vorgenommenen Kontrolle bekannt. Dieselbe erstreckt sich auf 402 Unternehmer, die insgesamt 3885 Gefellen beschäftigen. Es zählten: 25 Unternehmer an 259 Gefellen 55 Pf. pro Stunde, 44 „ „ 644 „ 55—57 1/2 „ „ 27 „ „ 295 „ 57 1/2—60 „ „ 299 „ „ 2019 „ 60 „ „ 6 „ „ 42 „ 60—65 „ „ 1 „ „ 6 „ 65 „ „

In der Diskussion wurde das Vorgehen der Unternehmer gegen die Maurer allgemein beurteilt und den Maurern die vollste Sympathie bekundet.

Kube bemerkte, dem Publikum werde seitens der Unternehmer Sand in die Augen gestreut durch die Behauptung, die Maurer und Zimmerer erhielten bereits einen Stundenlohn von 60 Pf. und könnten deshalb zufrieden sein. Diese Behauptung sei aber, wie auch die Kontrolle ergeben habe, nicht zutreffend. Nur bei ganz günstiger Geschäftslage werde ein Lohn von 60 Pf. gezahlt. Sobald die Arbeit aber nachlasse, würden sofort wieder Abzüge gemacht und der Kampf müsse von den Arbeitern immer wieder von neuem aufgenommen werden. Wenn also die Maurer diese Forderung stellten, so hätten sie damit nur die Unternehmer veranlassen wollen, auf die von den Arbeitern im Frühjahr beantragte Festlegung der Arbeitsbedingungen durch Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Organisationen einzugehen.

Kube sagte, er wolle über die auch in Arbeiterkreisen noch nicht überall bekannte wahre Ursache des Vorgehens der Maurer und der deshalb erfolgten Aussperrung folgendes mitteilen: Nachdem die Tarifvereinbarung von den Unternehmern abgelehnt war, hätten sich die Maurer gesagt: die Unternehmer wollen sich nicht auf den Lohn von 60 Pf. festlegen. Thatsächlich zahlen sie denselben auch nur da, wo die Arbeit drängt, und machen Abzüge, sobald die Konjunktur etwas nachläßt. Es kann uns deshalb niemand verdenken, wenn auch wir die Lage des Arbeitsmarktes ausnützen und 65 Pf. fordern, wo wir glauben, sie erhalten zu können, damit wir wenigstens eine kleine Entschädigung haben für den Ausfall an Lohn, den uns die Ausnutzung der Konjunktur durch die Unternehmer bringt. Die Unternehmer sähen jedoch nur darauf gewartet zu haben, daß sich ihnen durch die teilweise Arbeitsniederlegung der Maurer eine Gelegenheit biete, um den längst gefassten Plan: durch eine allgemeine Aussperrung die Organisation der Arbeiter zu vernichten, ins Werk zu setzen. Jetzt sei es Sache aller Arbeiter im Baugewerbe, diesen Plan der Unternehmer zu Schanden zu machen.

Der Redner ersuchte darum, daß sich jeder Zimmerer, der infolge der Aussperrung der Maurer seine Arbeit verliert, unverzüglich auf dem Bureau des Centralverbandes in der Stralauerstraße melden möge.

Als dieser Punkt der Tagesordnung erledigt war, beschloß die Versammlung nach kurzer Debatte, daß die Verbandsmitglieder, obwohl sie im Princip für die Beteiligung an den Wahlen zum Gefellenauschuss der Innung sind, für diesmal von einer Wahlbeteiligung absehen wollen, weil die Innung die Vorbereitungen zur Wahl mit solcher Heimlichkeit betrieben habe, daß den Arbeitern der auf Dienstag, den 20. d. M., festgesetzte Wahltermin erst jetzt bekannt geworden sei, und die Organisation daher nicht in der Lage sei, aus ihren Reihen geeignete Kandidaten, die bei Innungsmeistern arbeiten, aufzustellen. Man werde aber dafür sorgen, daß bei künftigen Wahlen organisierte Gefellen in den Ausschuss kommen. Hierauf wurden interne Verbandsangelegenheiten erledigt.

Schloss Weissensee. Sonntag, den 25. Juni 1899; Großes Volks-Fest. arrangiert von den Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten) unter Mitwirkung des Arbeiter-Sängerbundes. Volkabelustigungen aller Art. Turnerische Aufführungen. Schwimmklub. See- und Kasperle-Theater. Grosses römisches Pracht-F Feuerwerk, ausgeführt von dem Kunst-Feuerwerker Herrn Alberss. In beiden Sälen TANZ. Die Kaffeeküche ist bis 6 Uhr 215/9 geöffnet. Anfang morgens 8 Uhr. Das Komitee.

Achtung! Sänger! Achtung! Sänger! Die Gesangsvereine, die zum Volksfest mitwirken, werden ersucht, sich am Freitag, den 23. Juni, abends 9 Uhr, in Kellers Lokal, Koppenstrasse 29, zur Probe einzufinden. Dirigent: Herr Blobel. Geübt wird: Festgesang von Uthmann. Saat und Ernte von Himmel. Freiheit von Gitow. Liedeslust von Suchsdorf. Vorwärts von Kronnig. Sängermarsch von Uthmann. Gleichzeitig ersuchen nochmal diejenigen Gesangsvereine, die sich bis jetzt noch nicht zur Mitwirkung beim Volksfest gemeldet haben, sich recht zahlreich bei Keller einzufinden.

Blumenhandlung P. Abromelt, Berlin SW., Blücherstr. 7. Ring. Rosenstr. 7. Kranze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc. Billigste (Markt-)Preise bei geschmackvoller Ausführung. Rum, Liqueure, Cognac, Bärgwaldstr. 49 nur 5 p. auch Gräfestr. 6. im Laden.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer. Möbel und Polsterwaren. Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt Reichensbergerstr. 5. Auch Theilzahlung! Neu! Photographischer Apparat mit Platten, Papier, Chromalinen und Anfertigung haarscharfe Bilder 4x4 cm gebend, nur 1,50 Mk. Probefeld 10 Pf. Versand nur gegen Vorauszahlung des Betrages und 20 Pf. für Porto oder per Nachnahme. Theodor Grotewahl, Kassel.

la Fahrräder von 85 M. an Baer Sohn Chausseestr. 24a.

Neuestes (1873) Rabatt-Spar-System. Von heute ab erhält jeder Käufer das verbesserte Rabatt-Sparbuch gratis. Kaufhaus Max Mannheim Berlin O. Frankfurter Allee No. 89. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Nur 8 Mark Deutsch-Amerikanische Gitarre-Zither. Dieses Instrument ist das neueste, beste und einfachste, leicht ohne Lehrer nach der beiliegenden Schule zu erlernen. Mechanismus und Griffbrett sind in Wegfall gekommen. Musik ist wie bei einer Concert-Zither. Um das Griffbrett zu erleichtern und auch dem weniger Geübten das Auslösen der Accorde zu ermöglichen, sind die Begleitstrichen in einer Anzahl von Gruppen bereits angeordnet, das ist immer eine Gruppe eines Accord bildet. Durch diese elegante Anordnung der Begleitstrichen wird das Spiel leichter, indem es ist auch das Spielen weiterer Accorde vollständig aufgeschlossen, ein Umstand, welcher in hohem Grade für die Zweckmäßigkeit der Einrichtung spricht. Geschulte der Zither imitirt Violoncello, hoch- und tief, prachtvoll ausgestattet, 25 Saiten, 2 Accord-Gruppen, lennt sie an dieser Zither eine durch P. G. M. geschützte Stimmvorrichtung mit 26 Lösen angebaut, also für jede Saite eine Stimmstange, wosach jebermann die Zither sofort rein klingen kann. Versand complet mit Schule, Ring, Gaiton, Zerte Zither begleitet man einzig und allein durch die Musik-Instrumentenfabrik Heint. Suhr, Neuenrade i. W.

Cognac selber zu machen. Man nehme 1 Originalflasche Reichel's Cognac-Essenz für 75 Pfg. 1 Liter feinsten Weingeist (Spiritus vini) zu 1,40 M. und 1/2 Liter Wasser. Die Mischung ergibt ein reines, gelundes, feingehitztes Getränk, vollständig von dem vollen, natürlichen Bouquet und herrlichen Geschmack wie echter Cognac. Es giebt Nachahmungen, welche Cognac in nichts gleichen als in der Farbe und nur Wohlthun erregen. Tausendfach erprobt und anerkannt ist nur die unübertreffliche, unvergleichliche Reichel's Cognac-Essenz welche nicht nur mit meinem Namenszug einzig und allein nur direkt erhältlich ist bei Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4. Fernsprech-Nr. 4, 3190. Auf je 6 Flaschen eine halbe gratis. Bei 12 Flaschen außerdem franco Deutschland. Verkaufsstellen nirgends. Zusendung durch mein Gespann frei Haus, selbst einzelne Flaschen, auch Weingeist. Auswärts durch die Post. Die Selbstbereitung von Rum, Nordhäuser und sämtlichen Liqueuren mit den Combinierten Original-Reichel-Essenzen. (Patentamt. geschützt.) Prospekte mit Rezepten gratis u. franco, nebst Rec. zu hoch. Eier-Cognac. Stempel-Rabrit von 17400. Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142. liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung. Vorsicht! Typen, Verfertigung zum Zusammenheften einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.

Deutliche Kaffee-Mischung Die vielseitige Anerkennung, die meine tabellos gut schmeckende, ohne Gajur getriebene KAFFEE'S finden, veranlassen mich wiederum, den hochgeschätzten Conumenten auf meine billigen Preisvorteile hinzuweisen: p. Pfund 75 Pfg. Campinas-Bourbon-Mischung 85 „ Guatemala-Bourbon-Mischung 85 „ Deutsche Kaffee-Rösterei von A. PENNITZ, Berlin O., Rosenthalerstrasse 59.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, den 20. Juni.**  
**Spernhaus.** Der Ring des Nibelungen. Die Walküre. Anfang 7 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Auf Straßburg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opera-Theater (Kroll).** Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Die Räuber. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichens.** Der Schlafwandler. Controlleur. Vorher: Zum Einstudieren. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Die Wälder. Vorher: Pietro Garuso. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Die Räuber. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Waldmeister. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Liebesträume. Ein Schäferstündchen. Die schnelle Verlobung. In Civil. Anfang 8 Uhr.  
**Secke.** Alliance. Der Schlächtling. Hierauf: Jochen Pöfel. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich.** Wilhelmshäufchen. Der Nachkommens. Controlleur. Anfang 8 Uhr.  
**Alexanderplatz.** Rana. Anfang 8 Uhr.  
**Stadt.** Die Memoiren des Satans. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Berlin lacht! Anfang 8 Uhr.  
**Mythen.** Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Passage.** Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.

**Abend-Carl Weiz- Theater.**  
Gr. Frankfurterstraße 132.  
Zyklus vollständiger Vorstellungen.  
Kleine Preise! Partett 1,10 R.  
**Die Memoiren des Satans.**  
Lustspiel in 3 Akten v. L. Schneider.  
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend:  
**Tiane, die zweite Frau.**  
Im Garten: Sommerfest  
des 1. Berliner Witwen-Vereins.  
Specialitäten-Theater und Konzert,  
27 Nummern. Kur Kräfte 1. Rang.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Saisonkarten haben  
Gültigkeit. Großes Kaffeehaus.  
Wittwoch: Großes Kinderfest.  
Hensel und Gretel.  
Kasperle-Theater. Bouillon-Regen.  
Jedes Kind erhält ein Geschenk.  
Sonnabend: Extra-Vorstellung zum  
Besen der Krankenkasse der Lopezier  
und verwandter Berufsgruppen:  
Sommerachtsfest.

**Central-Theater**  
Direktion: José Ferenczy.  
Rechtes Werk von Johann Strauß.  
Zum 143. Male:  
**Waldmeister.**  
Operette in drei Akten von G. Davids.  
Musik von Johann Strauß.  
Morgen und folgende Tage:  
Waldmeister.

## Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Liebesträume.** Komödie in 1 Akt  
von Max Drever. Ein Schäfer-  
stündchen. Spiel in 1 Akt von  
Georg Engel. Die schnelle Ver-  
lobung. Lustspiel in 1 Akt von  
Paul Ernst. In Civil. Schwank  
in 1 Akt von Gustav Kadelburg.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Liebesträume. Ein Schäfer-  
stündchen. — Die schnelle  
Verlobung. In Civil.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Liebesträume.  
Ein Schäferstündchen.  
Die schnelle Verlobung.  
In Civil.**

## Apollo-Theater.

!! Stürmischer Erfolg !!  
Abends 9 Uhr:  
**Frau Luna**  
mit dem Luftballett  
**Grigolalis.**  
Ferner: 12 Specialitäten.  
Anfang d. Garten-Konzerts 7 Uhr.  
der Vorstellung 8 Uhr.  
Billet-Vorverkauf täglich im Theater  
und beim „Künstlerdank“, Unter  
den Linden 69.

## Metropol-Theater

Jeden Abend  
**sensationeller Erfolg!**  
**Berlin lacht!**  
Berliner Revue in drei Abteilungen.  
Hierzu:  
**Das Press-Ballett**  
und das phänomenale  
**Specialitäten-Programm.**  
Miss Dejo, die 6 Bonhairs,  
Frid-Frid, Paul Jülich.  
Reizender Sommergarten.  
Rauchen in allen Räumen gestattet.  
Wochentags Anfang 8 Uhr,  
Sonn- und Feiertags 7 1/2 Uhr.

## Prater-Theater

Rathen-Allee 79.  
Täglich: **Dorus Resi.** Selbst-  
spiel mit Gesang u. Tanz von Hugo  
Schulz, Musik von R. Kerlen. Kollum-  
fandrette bei Vierrath. Gebr. Millard,  
Vrot. Duett. Tauma-Quartett, Gesang  
und Tanz. Abous u. Campion, Re-  
turner. Br. Picardy, Gomb und Kopf-  
Equilibrist. Ballettgesellschaft Döring,  
Mr. Bartling, lebende Photographien.  
Konzert und Ball.  
Eintritt wochentags und Sonntags  
30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

## R. Ballschmieders

„Kastanienwäldchen“  
Konzertgarten u. Prachtvolle  
Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16.  
Täglich:  
**Gr. Promenaden-Konzert.**  
Jeden Donnerstag:  
**Elite-Streich-Konzert.**  
Sonntags: **Großer Ball** im  
neuerbauten Saal.  
Empfehle meine Säte zu allen Fest-  
lichkeiten.  
R. Ballschmieder.

## Urania

Taubenstrasse 48/49.  
Um 8 Uhr: Im Theater:  
**Das Land der Fjorde.**  
Invalidenstr. 57/62:  
**Tägl. Sternwarte.**  
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

**Passage-Panopticum**  
9 Uhr früh bis  
10 Uhr abends.  
Von 6 1/2 Uhr ab:  
Specialitäten.  
Um 8 Uhr:  
Sensational:  
**Die Athleten**  
im  
**Caféhaus.**  
Die Kunstschönen  
Valmor.

**CASTANS**  
**PANOPTICUM**  
Die sensationellen  
**lebenden**  
**Photographien!**  
mit Figuren in Lebensgröße.  
Die russische  
Damenkapelle „Mignon“  
in moskowsischen Kostümen.  
„Dreifuss“ mit 3 Beinen gebor.  
leb. Kosakenpferd.

**Reichshallen.**  
Im herrlichen Konzert-Garten  
resp. im großen Theater-Saal  
täglich:  
**Stettiner Sänger**  
Wiel.  
Pietro, Britton,  
Siedl, Krone,  
Kirchmayer,  
Schneider  
und Schröder).  
Zum Schluss:  
**Cavalleria schusticana.**  
Anfang wochentags 8 Uhr,  
Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. (für die Wochentage  
im Vorverkauf 40 Pf.) Numerierte  
Estrade 1 M., unnummeriert 75 Pf.

**Moabiters Gesellschaftshaus.**  
Alt-Moabit 80-81.  
Täglich:  
**KONZERT**  
und  
Specialitäten-Vorstellung.  
Kaffeehaus geöffnet.  
Entree: Sonntags 20 Pf., wochent. frei.  
Die Direction.

## Pahlmanns

**Vaudeville-Theater**  
Inhaber F. Lehmann,  
Schönh. Allee 148, Rathen-Allee 97/99.  
Täglich:  
**Konzert, Theater**  
u. Specialitäten-Vorstellung.  
**Ostbahn-Park**  
Hermann Imbs  
71 Rüdigerdorfer Straße 71,  
am Röhrliner Platz.  
Täglich: **Konzert, Theater-**  
und **Specialitäten-Vorstellung.**  
Nur erstklassige Nummern.  
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf.  
Kinder 10 Pf. Sperrtag Nachts. 20 Pf.  
Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf.  
Kinder 10 Pf. Sperrtag Nachts. 10 Pf.  
Jeden Dienstag:  
**Norddeutsche Sänger.**  
Hermann Imbs, Director.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstraße 111/112.  
Im Naturgarten oder Saal:  
**Täglich**  
Humoristische Soiree der  
**Norddeutschen Sänger**  
(Führmann,  
Horst, Walds).  
Anf. Sonntags  
präc. 7. wochen-  
tags 8 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Vorber. 10 Pf.  
Familienbillets  
3 = 1 R.  
Sonntag und  
Donnerstag nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**

**Sommer-Theater**  
**„Alter Dessauer“**  
Artilleriestr. 32.  
Inhaber: A. Ladewig.  
Schattiger Garten Berlins.  
Täglich: Theater und  
Specialitäten-Vorstellung.  
**W. Noacks Theater,**  
Brunnenstraße 16.  
Täglich: **Konzert, Theater- und**  
**Specialitäten-Vorstellung.**  
Neu! **Die Regimentnummer.**  
Pöffe mit Gesang in einem Akt  
von R. Reichardt.  
Robtät! Robtät!  
**Der treneste Mann.**  
Operette in 1 Akt von Carlos Duschon  
Musik von H. Bendis.  
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

**Sommertheater Marienbad**  
Bodstraße 35, 36.  
Regie: Willy Reusche. Direction:  
Max Meckelburg.  
Heute sowie täglich:  
**Konzert, Theater- und**  
**Specialitäten-Vorstellung.**  
Berlin wie's näht und trennt.  
Pöffe mit Gesang und Tanz  
in 2 Akten von R. G. G.  
Nach der Vorstellung: **Ball.**  
In Vorbereitung:  
Rosen aus dem Süden.

**Wedding-Park**  
Müllerstr. 178.  
Jeden Dienstag  
**Original-**  
**Norddeutsche**  
Sänger. 1976L.  
Biegler, Wolff, Hohenberg etc.  
Nachher Tanz. W. Trapp.

## Schweizer-Garten

Am Königsdörf (Ringbahn) Am Friedrichshain.  
**Täglich: Theater- und Specialitäten-**  
**Vorstellung.**  
Volksbelustigungen aller Art.  
**Freier Damentanz und Ball.**  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
An Wochentagen ist das Etablissement an Vereine zu vergeben

## Max Kliems Sommer-Theater

Hasonhalde 14-15. Kritische Leitung: Paul Milbich  
**Täglich: Großes Garten-Konzert.**  
**Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**  
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten-Personals.  
Nur erstklassige Kräfte.  
Georg Fischer (Fiederlänger), Karl Gursch (Tanz, Parodie), Kati Stöge  
(Kollum-Fandrette), Quilla Blanchetty (Parforce-Quilldröhr), Pötz Larell,  
Troupe (Cyclo-troupe) usw.  
**Neues gediegenes Familien-Programm.**  
Entree: Wochentags 20 Pf. Entree: Sonntags 25 Pf.  
Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.  
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.  
In den Resten: **Großer Ball.**  
Die Kaffeehaus ist geöffnet. **Max Klem.**

**Action-Brauerei Friedrichshain**  
früher Pöpps. Am Königsdörf.  
Größter Konzertgarten und größter Konzertsaal Berlins.  
**Heute (u. nur noch auf kurze Zeit)**  
**Konzert**  
von 2083L.  
**Eduard Strauss**  
kaiserl. und königl. österr. Hofball-Musikdirector  
mit seiner gesamten Kapelle  
aus Wien.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. resp. Platz 1 R.  
Bei ungünstiger Witterung im großen Konzertsaal.

**Neue Mühle bei Königswusterhausen.**  
Zu Dampfer- und Landpartien vorzüglich geeignet.  
**Otto Beyers Restaurant „Zur Schleuse“**  
1000 Personen fassend. Regelmäßige Kaffeehäuser. Volksbelustigungen.  
Für Vereine und Fabriken constanteste Bedingungen. 583b  
**Einzigste Dampfer-Anlegestelle in Neue Mühle.**

**Königsbank.** Gr. Frankfurterstr. 117.  
**Täglich: Frei-Konzert**  
anher Sonnabend. [2000L] **5 1/2** **50 Pf.**  
H. Albrecht's  
Bäckerei  
Wangelstr. 9. Kraussstr. 19.  
Faldensteinstr. 28. Laufferstr. 2.

**Butter**  
täglich frisch ankomend,  
offiziell meiner Kundschaft in nachstehenden Filialen:  
Koppen, Ecke Gr. Frankfurterstr. 117.  
Jornborferstraße 1.  
Kraussstraße 48.  
Langestraße 27.  
Cranichstraße 129.  
Budowierstraße 14.  
Memelerstraße 52.  
Rigauerstraße 1.  
Martschstraße 47.  
Andreas-Markthalle Stb. 115-118.  
Reihe E 15-18.  
Frankfurter Allee 134.  
**Gras-Butter** . . . . . Pfund R. **0,90**  
**Feine Gras-Tafelbutter** . . . . . **1,-**  
**Allerfeinste süsse Sahnen-Grasbutter** R. **1,10**  
**Eier**, täglich frisch eintreffend . . . . . **50-65 Pf.**  
**Käse**, nur bessere Qualitäten. (1822L)  
**J. Maeding**, Comptoir und **Kraussstr. 48.**  
Engros-Lager: **Kraussstr. 48.**

# Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**  
**Schankgeschäft** umständehalber zu verkaufen, Riete 900 Mark, passend für Anfänger. Röhred. Rüdorf, Riebschneide 39. 124  
**Schankgeschäft.** schöne Räume, Fabrik, verlässlich Kraussstraße 60. Schankgeschäftler. 75  
**Gebrauchter Bierapparat**, passend für Brauereien, billig zu verkaufen Rüdorf, Riebschneide 39. 725  
**Tischdecken** sollt man direkt vom Anfertiger. Schmeizler, Blumenstraße 13. 10673  
**Fahrräder!** Hochseine, elegante, stabile deutsche Maschinen. Garantie 12 Monate. Umständehalber 130 Mark. Fabriknebelage. Kranichstraße 33, II. 10648  
**Wäsche.** Bar und Teilzahlung täglich. Frankfurter Allee 110, I. Treppe, Ecke Königsdörfstraße. 4  
**Gelegenheitskauf.** Wabagoni Bonel-Taschensofa, Patentsofa, rote Plüschgarnitur, Säulenstühle mit Stoff, Küchenstuhl. Kaufmännstr. 20. Laden. 6935  
**Wahmaschinen** auch ohne An- zahlung. Reparaturen. Poststraße 10. Wabner, Bernauerstraße 75. 8974  
**Angeschmuckte Damenhanden** mit höchster Handarbeit, Weizenhaar, sonst tadellos, von 1,10 an. Oberste Damenhanden mit eleganten Stickereien von 1,20. Handarbeit. Wälschendorf Donig, Alexanderstraße 39, Vorderhand, I. Treppe 1282  
**Fahrräder** wegen Aufgabe des Fabriklagers äußerst billig zu verkaufen. Händler verbeten. Röhred. Kraussstraße 9. 6945  
**Herren-Fahrrad.** erstklassig, neu, 100,00. Damen-Fahrrad 90,00. Längler, Wasserthorstraße 39. 705b

**Strickmaschinen** für Familien- und Hausgebrauch, auch auf Teilzahlung. Gustav Dredered, Engel- Allee 20. 713  
**Schlafsofa.** Trueman, Kleider- spind, Vertikow verkauft Palm, Koppen- straße 95, I. 714  
**Handwerker.** Beamter usw., kann neues Haus, hoher Ueberdruck, Doppel- stiel 10 Jahre sch. sehr billig kaufen. Anzahlung 4000 Mark. Offerten D. 2 Expedition des „Vorwärts“. (4915)  
**100 verschiedene echte Briefmarken** 30 Pfennig, Porto 10 Pfennig. [385b] G. Vertig, Leipzig, Weßstr. 93.

**Vermischte Anzeigen.**  
**Vereinszimmer.** 20 und 40 Per- sonen. Groß Bier, Alle Jakob- straße 119. 10648  
**Vereinszimmer.** 40 Personen fassend, frei. Gustav Labewig, Kom- mandantenstraße 65, nahe Alle Jakob- straße. 10623  
**Wahfahren.** Lehrkursus 7,50, 12.000 Quadratmeter Fahrbahn. War- schauerstraße 33. 5006  
**Wahschneiderei** für Herren- und Damen in guten englischen und deutschen Stoffen. K. Taterow, Annenstraße 20, parterre, gegenüber Thalia-Theater.  
**Anfallsachen.** Klagen, Eingaben. Puyger, Steglitzerstraße 65.  
**Lehrkursus** Karten und Kaufauf- stempel liefert seit 20 Jahren für tausende Klagen und Vereine Jean Dölsch, Hamburg, Große Drehbahn 45. Jährliche Preislisten gratis. [134/1]  
**Fahrrad-Händler** kaufen sämtliche Zubehör und Rohstoffe, sowie Gefelle, gepannte Räder sehr vorteilhaft. Dantschenstraße 47, Fahrradartikel an- gros. 89/18

**Vermietungen.**  
**Schlafstellen.**  
Schlafstelle, 1 aus 2 Betten, separater Eingang, Reichender- straße 142, Seitenflügel IV. 7155  
Schlafstelle zu vermieten Oranien- straße 45, Hof III, Baumgarten. 7045  
Schlafstelle zu vermieten Franz- straße 4, Hof parterre, Böhme. 7055

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
Gesangs-Dirigent, noch einige Abende frei. Röhred. Pöffe, Belle- allianzplatz 6, IV. 7096  
Junger Mann, 6 Jahre in Gold- schmelzfabrik beschäftigt, sucht Stellung in besserem Geschäft, kann zwei- oder dreimal fahren. Gefällige Adressen erbeten an Julius Watzgat, Falden- steinstr. 27. 7130  
Wahschneiderei suche wohnt Weg- nitzerstraße 27 bei Weinert. [695b]

**Tüchtiger Kunstschmied** für bessere Arbeiten dauernd lohnende Beschäfti- gung. Angebots K 2 Expedition des „Vorwärts“. 7125  
**Feuerversicherungs-Acquisiteur,** Herren und Damen, für erstklassige liberalistische Gesellschaft gesucht; zahlr. für jeden perfekt gewordenen Auftrag 3,50 Mark. Sperrzeit vormittags 8 bis 10 Uhr. G. Redd, Pionier- straße 40, vorn links. [229\*]  
**Weichen** auf Paletots, dauernd Arbeit, verlangt Böttcher, Uebow- straße 12. 714  
**Klempner-Gezehrung** verlangt Joseph- straße 7. [90/13]  
**Junges Mädchen** für leichte Arbeit bei dauernder Beschäftigung verlangt Zimmerstraße 13, I. [702b]  
**Mamsells** auf bessere Arbeit, hohem Lohn, verlangt Gräfenstraße 6, Bettne. [7015\*]  
**Mamsell** auf gute Arbeit, noch 18 Mark Wochensohn, Arbeitszeit 7-8, verlangen Dirsch u. Jolepp, Kronenstraße 49/40. 7106  
**Lehrdame** sofort Gehalt. Kauf- haus Wälschendorf. 6755  
**Damenhanden-Röhredinnen** ver- langt Genzmer, Doppelnerstraße 48, Hof parterre. 7130  
**Geübte Vertikowgeherinnen** ver- langt Deutsch u. Wabmann, Wälsch- straße 4. 7126

**Tüchtige Mamsells**  
auf bessere glatte Arbeit sofort verl. Fr. 3,10, 3,20, 3,30, 3,40, 3,50-4 M. pr. Stück, sowie 25 Pf. Pferdebahnen-Vergütung per Stück. Hochgelobte im Hause. [6915]  
**M. Holz & Co.,**  
Marktalderstr. 43/44.  
**Wahschneiderei,**  
tüchtig, per sofort verlangt von **Bretsch, Dampf-Wahschneiderei,** Charlottenburg, Köpenickerstr. 4.  
**Achtung, Holzarbeiter!**  
Bei Eisholz, Kraussstr. 52. geben die Kollegen im Streit.  
**Achtung! Sattler.**  
In der Treibriemensfabrik von Schwarz u. Co., Müllerstraße 171, haben die Röhred die Arbeit nieder- gelegt. Wir erziehen die Kollegen, daselbst keine Arbeit anzunehmen.  
**Die Crispverwaltung,**  
156/20 Berlin II.  
**Achtung! Silberarbeiter.**  
In der Silberwarenfabrik von G. Meyerheim u. Sohn, Wälsch- straße 40, sind wegen Wahregelung Differenzen ausgedrohen. 71/1  
Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

**Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.**  
**Osten:**  
Robert Wengels, Prachtstr. 30, G.  
E. Bogel Wwe., Köpenickerstr. 83.  
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.  
**Nordosten:**  
J. Reul, Bernauerstr. 42.  
**Norden:**  
W. Wabmann, Grünhaldenstr. 64/65.  
Karl Wabner, Rathen-Allee 95/96.  
Emil Stolzenberg, Wälschendorfstr. 14.  
E. Tiedt, Röhred. 24.  
H. Tiedt, Invalidenstr. 124.  
G. Vogel, Demminstr. 32.  
**Nordwesten:**  
Karl Anders, Salzweidenerstr. 8.  
**Südwesten:**  
F. Chnefange, Bergmannstr. 23, G. II  
G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.  
**Süden:**  
Hans Bonte, Drebbenerstr. 62/63.  
F. Guttschmidt, Köpenicker Dam 8  
**Südosten:**  
Fritz Tiedt, Salzbergstr. 35.  
W. Gese, Wälschendorfstr. 58.  
Mariu Weich, Wälschendorfstr. 24  
**Centrum:**  
P. Gorch, Wälschendorfstr. 27.  
**Charlottenburg:**  
Gust. Schandberg, Schillerstr. 24 I  
H. Tiedt, Unter Friedrichstr. 37b.  
**Friedenau:**  
G. Bernier, Röhred. 15.  
**Friedrichshagen:**  
Anton Kopp, Friedrichstr. 4.  
**Pankow:**  
Kummert, Kaiser Friedrichstr. 15.  
**Rixdorf:**  
E. Ohermann, Hermannstr. 50.  
G. Hecheran, Hermannstr. 50.  
**Schöneberg:**  
Willy Baumler, Postel-Paulsdorfer 13  
**Wessensee:**  
Heinrich Wabmann, Weßbergr. 1.  
Julius Schilfert, Königsdörf 39a  
Hob. Weichswager, Gustav-Adolf- straße 16.